

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7090.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepalte Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeiger: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Dienstag, den 22. August 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Wenden oder winden?

Der Liberalismus träumt von preussischer Ministerherrlichkeit. Die diplomatischen Rechercheure lassen bereits das ganze Ministerium seinen Abschied nehmen. Herr v. Lucanus, der weiße Mann, der immer erscheint, wenn Minister sterben, hat eine Droschke auf Zeit genommen und fährt bei den Ministern herum und „besucht“ sie. Er ist übrigens auch beim Kaiser gewesen, der für Dienstag in Berlin zurück erwartet wird.

Eines scheint sicher: Das heutige Ministerium denkt gar nicht daran, irgend eine entscheidende Wendung in der Politik vorzunehmen. Sie ist vielmehr von dem innigen Wunsch befeuert, sich weiter durchzuwinden. Für diese Stimmung liefert der Beweis die ministerielle „Berliner Korrespondenz“, die sich sogar zu einer Extra-Ausgabe aufgeschwungen hat, um ihre Kanalweisheit zum Besten zu geben, von der wir einige Proben mitteilen wollen:

„Die Staatsregierung wird bei ihrer Stellungnahme zu den negativen Ergebnissen der dritten Lesung des Gesetzesentwurfs zur Herstellung einer Schiffsfahrtsverbindung zwischen Rhein und Elbe nicht bei dem engeren Kreise der Fragen, welche durch die Zurückweisung der Kanalvorlage bedingt sind, stehen bleiben, sondern darüber hinaus die gesamte Situation, wie sie sich gegenwärtig darstellt, in den Rahmen der Erörterung einbeziehen. Es liegt auf der Hand, daß neben den wichtigsten wirtschaftlichen Interessen hierbei auch die innerpolitischen Verhältnisse von maßgebender Bedeutung sein werden. Die Staatsregierung wird im Bewußtsein der auf ihr ruhenden Verantwortlichkeit ihre Entschlüsse zu der vorliegenden Einzelfrage nur im Zusammenhalt mit der eigenartigen Gestaltung der Lage fassen können, sie wird dabei, **unbeeinträchtigt von den wandelbaren Strömungen des Tages** und den irreführenden parteipolitischen Sonderbestrebungen, einzig und allein das Gesamtwohl des Vaterlandes wie bisher so auch fernhin als Leitstern sich dienen lassen.“

Da haben wir also die unentwegte Sammelpolitik. Es wird weiter gesammelt! Es bleibt alles beim alten.

Des weiteren redet das ministerielle Organ dem Centrum gut zu:

„Es könnte sich empfehlen, daß die Parteien ihr Verhalten in den einzelnen Phasen des parlamentarischen Kampfes um den Kanal einer kritischen Nachprüfung unterziehen. Aus solcher Sichtung müßte ihnen die Erkenntnis erwachsen, daß die speculative Strategie sie von ihren eigentlichen Zielen weit abgebracht hat. Bisher hat das Centrum nachträglich ein, daß keine bis zur letzten Stunde aufrechterhaltene schwankende Haltung dem Zusammenfassen aller principielle Kanalfreunde hinderlich gewesen ist. Der warme Appell eines seiner Wortführer unmittelbar vor der entscheidenden Abstimmung zu Gunsten einer teilweisen Annahme der Vorlage kam zu spät, um als Sammelungsparole zu dienen, nachdem durch das gewaltsame Hineinzerren jernabgelegener geistgeberischer Materien in die Kanalfrage, durch die Aufstellung einer Gruppe von „neutralen“ Centrumsabgeordneten, denen noch bei der zweiten Lesung die Lösung des Kanalproblems völlig gleichgültig gewesen sein soll, sowie endlich durch die zahlreichen Stimmhaltungen, um (wie die „Germania“ mittelst) der Staatsregierung ein Mißtrauensvotum „wegen ihrer Haltung während der letzten Session zu geben“ — der Boden für eine erprobliche Vermittlerrolle unempfanglich geworden war.“

Sehr komisch schließt der Artikel mit einem tapferen, drohenden — Riß zugsignal:

„In welcher Richtung die ferneren Maßnahmen der Staatsregierung auch liegen mögen, über einen Punkt bedarf es keiner weiteren Aufklärung. Die Staatsregierung wird — darüber darf auch nicht der mindeste Zweifel obwalten — den Kanalplan nicht fallen lassen, vielmehr trotz der ihm bisher zu teil gewordenen ungünstigen Aufnahme im Abgeordnetenhaus denselben weiter ausgestalten und seiner Verwirklichung entgegenführen. Der preussische Staat hätte niemals zu Größe und Ansehen sich hindurchgerungen, wenn die Herrscher und leitenden Staatsmänner derselben auf die beharrliche Vertretung ihrer wohlwollenden Pläne und Absichten verzichtet hätten, weil die Meinungen des Tages diesen Ideen widersprechen. Der Mittelkanal, den das Abgeordnetenhaus am Sonntagabend zu Grabe getragen hat, wird so lange widerkehren, bis die parlamentarischen Körperschaften zu der Einsicht bekehrt sind, daß die Verweigerung der Mittel für die Herstellung einer Wasserstraße vom Rhein zur Elbe gleichbedeutend ist mit der Vorenthaltung eines wichtigen Bausteins zum Fundament, auf welchem das zukünftige wirtschaftliche Gedeihen des Vaterlandes beruht.“ Der Mittelkanal muß und wird die allgemeine Anerkennung sich erobern. Die Ablehnung des Abgeordnetenhauses bedeutet in der Kanalfrage einen **Ausschub, keine endgültige Entscheidung.** Eine, in Wahrheit schauererregende Drohung. Die Vorlage, die noch in diesem Jahre Gesetz werden sollte, wird wiederkehren! Der Kanal sei nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben! Das ist ja alles, was die Junker verlangen. Sie wollen nur jetzt den Kanal nicht haben, sondern damit warten, bis die Handelsvertrags-Verhandlungen kommen, um den Kanal dann als Kompensations-Rasse in der Hand zu haben.

Diese ministerielle Auslassung ist die bedingungslose Unterwerfung der Regierung unter den Willen der Junkerschaft. Es fragt sich nur, ob es sich in diesem diplomatischen Stimmperwert etwa wirklich um den Schwanengesang der Sterbenden, um das Programm von gestern, oder um das der Zukunft handelt.

Auch von liberaler Seite wird einem Friedensschluß das Wort gegeben:

„Wenn die preussische Regierung nichtsdestoweniger ihnen (den Junkern) gegenüber ein Maß von Gehob an den Tag legt, das

vielfach erstaunlich gefunden werden wird, so ist daran nicht Mangel an praktischer Entschlossenheit schuld, sondern die Rücksicht auf das Interesse des Staates und der Nation im bestverstandenen Sinne.“

Man hat allerdings viel von einem bevorstehenden Systemwechsel gesprochen; die Konsequenzen eines solchen Vorschlags hat man sich jedoch schwerlich klar gemacht. Die Hoffnung, daß in diesem Fall der gemäßigtere Liberalismus der lachende Erbe der Konservativen sein würde, steht sicherlich auf sehr schwachen Füßen. Die etwaige Abgabe einer offiziellen Erklärung, daß die Regierung die Kanalvorlage mit Hilfe eines Landtags mit liberaler Mehrheit durchzusetzen suchen werde, könnte sehr leicht riskanter sein, als es die Langmut ist, mit der sie den Konservativen begegnet. End dem die Liberalen in irgend einer anderen Frage des Staatswohls im selben Sinne einig, wie sie es in der Kanalfrage sind? Die Freistimmigen, die neben der Kanalvorlage noch vieles dem gemäßigten Liberalismus nicht wünschenswertes erstreben, werden bei den Wahlen auch den letzten Rationalisten an die Wand zu drücken versuchen, um nur ihre freihändlerischen und antiagrarischen, antischutzöllnerischen Partisanen zunächst in den Landtag und dann in den Reichstag zu bringen. Den Gewinn daran hätte lediglich das Centrum. Dieses würde sich dann als Partei des Schutzes und des Schutzes der nationalen Arbeit aufspielen und den Kuhhandel in Permanenz erklären.“

In der „Post“ bietet der bekannte Zeitungspräsident bereits das Morphumpulverchen zur Veruhigung des Krisisfiebers an: Man solle erst eine große Kanal-Enquete veranstalten.

„Angesichts der ernststen Gefahren, welche weitere schwere Kämpfe zwischen den staatsverhaltenden Kräften mit sich bringen müssen und welche so groß sind, daß der Centrumsdreher am Sonntagabend eine Auflösung des Abgeordnetenhauses nicht mit Unrecht als ein nationales Unglück bezeichnen konnte, und angesichts der Zweifelhaftheit, durch Neuwahlen eine so starke Mehrheit, wie sich gegen den Mittelkanal-Kanal ausgesprochen hatte, in eine Minderheit zu verwandeln, erscheint es der ernsten patriotischen Erwägung wert, ob nicht nach einem der Dortmund Kaiserworte der Versuch unternommen werden sollte, durch eine den Mittelkanal-Kanal und sämtliche in Verbindung damit stehende Verkehrsrichtungen und Anlagen umfassende Enquete in die weitesten Kreise der Bevölkerung volle Klarheit über die wirtschafts-, verkehrs- und politische Bedeutung des Kanalplanes zu tragen, und so statt auf dem Wege des Kampfes auf dem der freien Ueberzeugung zu einem allseitig befriedigenden Abschluß zu gelangen.“

Da die Staatsregierung naturgemäß von der Güte ihrer Sache durchdrungen ist, kann sie mit vollem Vertrauen auf einen für sie glücklichen Ausgang diesen Weg einer eingehenden, vor der Öffentlichkeit geführten Untersuchung über die gesamte Kanalpolitik einschlagen. Der verhältnismäßig geringe Zeitverlust, welcher damit verbunden wäre, fällt gegenüber dem großen Vorteile nicht ins Gewicht, innere schwere Wirren und die gegenseitige Bekämpfung der staatsverhaltenden Kräfte zu Ray und Prommen der Demokratie aller Richtungen vermieden zu haben.“

Dieser „verhältnismäßig geringe Zeitverlust“ ist es ja, auf den es den Kanalgegnern ankommt.

Einen großen Dienst haben den Junkern die diversen Drohungen erwiesen. Die nicht sonderlich geschickte Rede Hohenlohes wirkt ganz vorzüglich, um die Agrarier in ihrem Widerstand zu bestärken. Die „Arenz-Zeitung“ läßt sich aus der Provinz schreiben:

„Ist die Rede des Fürsten Hohenlohe wirklich annähernd so gehalten, wie es in den Zeitungen steht, so ist das doch die empörendste Leistung, die lange vorgekommen. Der erste Vertreter der Regierung scheint sich nicht in einer unbedachten Drohung auszusprechen, daß die Regierung bei Abschluß der Handelsverträge künftig nicht noch pflichtmäßigern Erweisen des Wohl und Wehe der einzelnen Berufsstände gleichmäßig gut vertreten würde, sondern er sagt, sie würde diese Vertragsabschlüsse benützen, um den Berufsständen, die sich willig ihren Wünschen zeigten, Vorteile zu verschaffen.“

Das hat der Reichskanzler nun allerdings nicht gesagt, sondern er hat nur davon gesprochen, daß die Kanalangelegenheit „unheilvoll auf das Zusammengehen der staatsverhaltenden Elemente des Landes, namentlich auf das Zusammengehen auf dem Gebiete der Handelspolitik wirken“ müsse. Da aber unmittelbar vorher mit einer Aenderung des Verhältnisses der Regierung zu den Konservativen gewinkt wurde, da außerdem die Politik der Drohungen im größten und plumpsten Maße angewandt wurde, so ist sicher anzunehmen, daß die „Provinzialen“ die Handelsvertrags-Drohung des Kanzlers als eine wirksame Agitationsnummer beibehalten werden.

Sonst hat man heute die papierernen Einschüchterungsversuche eingestellt. Es ist nicht mehr die Rede davon, die kanalfeindlichen Beamten zu mahregeln. Man wiegelt ab. Und so wird man als Ergebnis der „Krisis“ das — Fortwursteln annehmen dürfen. Die Sieger werden nicht für ihren Sieg bestraft, und die Wortkerten nicht für ihre Niederlage durch die Verleihung der Regierungsfähigkeit getrostet werden. Möglicherweise — das hängt von dem nicht in sichere Rechnung einstellbaren persönlichen Willen ab — im Ministerium einige Veränderungen geben wird, kleine Gunst-Verschiebungen nach der industriellen Seite hin wollen wir nicht für ganz ausgeschlossen halten und auch ein Pairsschub, der das Herrenhaus um etliche Hofkonservative oder Hofliberale — das ist kein Unterschied — vermehrt, gehört zu den denkbaren Eventualitäten, aber daß eine grundsätzliche Wendung im Regierungssystem eintreten wird, wie es die Liberalen und freistimmigen Kanal-

naiven glauben zu machen suchen, das scheint uns ausgeschlossen.

Das preussische Abgeordnetenhaus, wie es das ihm aufgezwungene Wahlrecht zusammensetzt, ist eine ausschließliche Vertretung des Besitzes. Der Besitz aber ist in Preußen zweierlei Art. Ostelbisch agrarisch und westelbisch industriell. Daraus stammt der notwendige natürliche Interessengegensatz. Die Regierung hat zu wählen zwischen der liberalen Industriereaktion, der konservativen Agrarreaktion und der Merkantilreaktion, in der Industrie und Landwirtschaft in der Einheit der Konfession notdürftig zusammengehalten wird. Sie hat zu wählen, aber sie hat keine Wahl. Sie darf sich für keine der Richtungen entscheiden, sondern sie muß versuchen zwischen den habenden Interessenten zu labieren. Das ist weder moralisch noch intellektuell ein angenehmes Geschäft, es führt auch von Mißerfolg zu Mißerfolg. Aber diese Art Kriegsführung strebt nicht nach Erfolgen, sondern nach — Dauer, und die Niederlagen bilden die immerhin schätzbare Gelegenheit, weitere Niederlagen zu erleiden. Mehr kann eine Regierung nicht leisten, die ihren Ehrgeiz dazwischen setzt, zwischen den Interessengegensätzen des Besitzes zu schwimmen. Es giebt da keine Wendepunkte, sondern nur Bindungen.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 21. August.

Ein Junkerbohrtott gegen Rede.

Zum erstenmal, seitdem in der Konfliktzeit der Liberalismus zerdrückt worden ist, haben wir im preussischen Abgeordnetenhaus so etwas wie ein konstitutionelles Leben. Und die Ironie, von der in Preußen alle politischen Aktionen begleitet werden, will es, daß gerade die Güter der Reaktion im Kampfe für ein reaktionäres Werk den konstitutionellen Gedanken wieder erweckt haben. Man muß unseren Junkern das Zeugnis ausstellen: Energie beweisen sie. Jetzt, wo die Hauptkraft geschlagen, verharren sie nicht, wie manche Plätter doch glauben möchten, in zitternder Erwartung der Dinge, die da ganz von oben kommen sollen. Nein, sie gehen noch weiter und lassen die Schwere ihrer Hand noch die fühlen, die es versucht hatten, sich ihnen entgegenzustellen: Der Herr Minister von der Rede hat in der That in letzter Stunde eine Anweisung an alle Landräte, die zugleich Abgeordnete sind, ergehen lassen, die sie strikt aufforderte, für den Kanal zu stimmen. In der That: ein ungeheuerliches Vergehen, jemand eine Ueberzeugung verordnen zu wollen! Aber ist so etwas denn in Preußen gar so unehrer? Hat nicht vor ganz kurzer Zeit im Herrenhaus ein edler Graf von dem Justizminister verlangt, er solle den Richtern ein für allemal vorschreiben, wie sie sich Socialdemokraten gegenüber zu verhalten hätten? Aber jetzt haben eben dieselben Junker plötzlich Rechtsbewußtsein bekommen, jetzt ziehen sie die konstitutionelle Konsequenz: der Minister, der jene Beeinflussung versucht hat, muß gehen! Da bei uns aber der Grundtag unbekannt ist, daß Minister, die sich in so abnormer Weise unmöglich gemacht haben, von selbst abtreten, so muß man ihrem politischen Ehrgefühl ein wenig nachhelfen. Und so haben denn die Konservativen einfach beschlossen: alle von dem Herrn von der Rede eingebrachten Gesetzesentwürfe nicht mehr zur Beratung kommen zu lassen!

Den Anfang machten sie heute mit dem Gesetzesentwurf, betreffend die Polizeiverwaltung in den Vororten von Berlin. Auf Antrag des Abgeordneten von Heidebrand wurde beschlossen, ihn an die Kommission zurückzuverweisen. Die Absicht war sehr deutlich, und Herr Richter, dem bei aller Feindschaft gegen die Konservativen die Sache doch Spaß machte, sagte noch eine bodhafte Bemerkung über das Ende der Ministerherrlichkeit hinzu. Aber so ein preussischer Minister handelt immer noch etwas kläglich, als man vermutet. Herr von der Rede hat nicht verstanden, in Schönheit zu sterben. Er stammelte ganz demütig: er habe nichts gegen den konservativen Antrag, obgleich er eigentlich gar nicht wisse, was man mit dem Gesetz in der Kommission noch anfangen solle! Der arme Mann nicht leben und kann nicht sterben: er muß ja erst auf seine telegraphische Todesnachricht warten.

Die Herren Liberalen aber können von den Junkern lernen, wie man mit Ministern verfährt, wenn sie sich à la Rede benehmen. Nach dem traurigen Regierungsputsch mit dem Vereinsgesetz wagte es keiner der liberalen Männer, den Minister wegen des verächtlichen Attentats zur Verantwortung zu ziehen. Die Herren sind allerdings weit gekommen. Ist doch vor wenigen Tagen aus liberalen Kreisen heraus an die Regierung die Aufforderung ergangen, von ihrer Autorität gegenüber den Verwaltungsbeamten, die im Landtage sitzen, bei der Abstimmung Gebrauch zu machen! Die Liberalen sind vielleicht die eigentlichen intellektuellen Urheber jenes Verwundungsversuches, den die Konservativen jetzt so kräftig strafen.

„Die Konservativen haben Wind gefaßt und werden Sturm ernten“, so schrieb nach der Abstimmung ein kleines Berliner Blatt, das die allgemeine Desorganisation benutzen möchte, um seinen Wirkungskreis über Deminonde und Bockmarer hinaus bis in die Kreise der Regierung hinein auszudehnen. Es scheint, daß die Konservativen den Sturm nicht fürchten. Ein Wechsel in der eigentlichen preussischen Regierung kann nicht eintreten: mag das Ministerium gehen, das Junkertum bleibt!

Den Rest der heutigen Sitzung bildeten Petitionen. Darum kümmert sich in der Regel niemand, abgesehen von den einzelnen Abgeordneten, die ihren petitionierenden Wählern gegenüber ihr warmes Herz beweisen wollen, wozu sie sonst im Abgeordnetenhaus nicht allzu häufig Gelegenheit haben. Es waren auch lauter un-

wichtige Sachen. Nur eine verdient es, bekannt zu werden: Der Braunschweiger Kirchenrat hat sich darüber, daß der katholische Kirchenrat dadurch entweiht worden sei, daß man da einen Altarbau beabsichtigt habe! Ein besonderes Festschreiben für jenen Kirchenrat, der nach seinem Tode der heiligen Kirche noch jenen Vorzug angethan, wurde nicht verlangt. Man sieht, auch die Reichstagsübungen sind am Ende des XIX. Jahrhunderts von dem verderblichen Geist der Humanität ergriffen!

Der Dank der Regierung an die Kanalheifer.

Gegen die Parteipolitik wertet ein grimmiger Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“:

„Gewiß, es läßt sich nicht bestreiten, daß die Regierung einen Mißerfolg zu verzeichnen hat; einen Mißerfolg in ihrem Streben nach Hebung und Sicherung der Volkswirtschaft, einen Mißerfolg in ihrem Bemühen, ein Kulturwerk ersten Ranges, dessen Nutzen in vollem Umfange erst kommende Generationen erkennen dürften, in die Wege zu leiten, einen Mißerfolg schließlich auch in dem Verzuge, eine große wirtschaftliche Frage aus dem Gebiete der Parteipolitik loszulösen und der rein sachlichen Beurteilung anheimzustellen. Diesem Mißerfolge der Regierung entspricht der „Sieg“, den eine verbärgerte Parteipolitik im Verein mit einer unheilvollen, einseitigen Politik der Sonderinteressen über das Allgemeininteresse, eine unabhängige nationalökonomische Anschauung über eine gesunde, den elementaren Anforderungen der Gegenwart und Zukunft tragende Wirtschaftspolitik errungen hat. Das Votum des Abgeordnetenhauses vom Sonnabend zeigt, daß unser innerpolitisches Leben noch immer an einer bedenklichen Unreife krankt, deren Überwindung durch das Ueberwiegen parteipolitischer Rücksichten gehemmt wird.“

Wenn man aber glaubt, der Artikel sei in erster Linie gegen die konservativen gerichtet, so irrt man sich gewaltig. Es wird gegen die Liberalen geübt, die der Regierung den falschen Vorwurf gemacht haben, sie habe nicht früh genug auf die Konservativen eingewirkt. Und dann heißt es weiter:

„Wir können den Parteien, die für den ganzen Kanalplan eintreten, den Vorwurf nicht vorenthalten, daß sie bei Ablehnung des Dortmund-Rhein-Kanals in denselben Fehler verfallen sind, den sie an anderen getadelt haben, indem sie — sei es mit der Absicht, den Konflikt zwischen Konservativen und Regierung auf die Spitze zu treiben, sei es Rücksicht auf die Politik des Centrums — außer der Sache liegende politische Motive zu ausschlaggebenden machten. Klar hervorgehoben werden muß die unabweisbare Tatsache, daß die Mehrheiten des Abgeordnetenhauses vom Sonnabend aus den heterogensten Gesichtspunkten zusammengestellt waren, und daß sich in ihnen Intentionen vereinigten, die einander geradezu widersprachen. Die Forderung in der Erwählung der National Liberalen und der Freisinnigen ist vorstehend bereits charakterisiert; die Stimmhaltungen des Centrums bei der ersten Abstimmung sind auf Motive zurückzuführen, die völlig außerhalb des Rahmens der sachlichen Argumente liegen usw.“

Der Artikel schließt:

Auch bei dem energiegeltesten Gegner der Kanalvorlage mußte das Jünglein der Wage nahezu im Gleichgewichtspunkte stehen, und da konnte es für einen konservativen Mann kein Opfer des Intellekts und der Ueberzeugung bedeuten, wenn er der umfassenderen Sachkenntnis der Regierung und der Autorität der Krone in angemessener Weise Rechnung trug. Daß das nicht geschehen ist, wird dem Verfasser der konservativen Partei als einer monarchisch-loyalen nicht geringen Abbruch thun. Eine Modifikation des Verhältnisses zwischen der Regierung und den Konservativen ergibt sich aus dieser Sachlage von selbst. . .

Die Anschläge des Staatsministeriums und die Entschlüsse der Krone werden der Sachlage angemessen sein. Das Staatsministerium wird sich nach wie vor bewacht bleiben, daß es die Verantwortung für das Allgemeinwohl trägt, und im übrigen: Es ist das ausschließliche Recht der Krone in Preußen, Minister zu berufen und zu entlassen.

Was das weitere Schicksal des großen Kanalprojektes anlangt, so ist in Uebereinstimmung zwischen Krone und Staatsministerium bereits von beider Seite erklärt worden, daß dasselbe unter keinen Umständen aufgegeben ist. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß, wenn sich die Wogen der Erregung gelähmt haben und die bereits begonnene Auseinandersetzung innerhalb der einzelnen Parteien und der Parteien untereinander sich vollzogen hat, eine Klärung der Ansichten platzgreifen wird, die einen gewaltigen Rückschlag gegen die gegenwärtige Herrschaft der Partei-Interessen und der Parteipolitik bedeutet.“

Die Regierung ist demnach mit allen Parteien unzufrieden, und die eifrigen Krone- und Kanalreue haben auf keine parteipolitischen Erfolge zu rechnen. Es spukt jene selbe Miquel'sche Anschauung in diesem Artikel, die ihm einst die Günst des Kaisers zuwandte: Alle Parteien seien überlebt, seien ein Hemmnis für die weitsehende Thakraft. Es ist jene Politik des Sammelbeckens, in dem man die widerstrebenden Elemente zu mengen sucht. Mit dieser parteilosen Politik kann man vielleicht „Lokal-Anzeiger“-Abonnenten gewinnen, aber auf die Dauer nicht regieren. Angesichts der Tatsache, daß die wirtschaftliche Entwicklung unlösliche Gegensätze schafft, muß die Ausgleichsucht zur häßlichen Versumpfung führen. Große Politik treiben, heißt Partei nehmen, nicht im sensationellen Sinne, aber in dem principieller Weltanschauung. —

Der Reichstag als Retter der preussischen Regierung.

Das tragikomische Geschick der preussischen Regierung hat selbst in sozialistischen Kreisen hier und da Mitleid erregt, und so zerbricht man sich sogar in unseren Reihen den Kopf, wie man der ärmsten aus der Klemme helfen könne. Wir unterbreiten der löblichen Regierung den folgenden uns einigefandten Vorschlag zur Brüfung als ein Angebinde socialdemokratischer Großmut. In der Sache selbst sind wir freilich der Meinung, daß die Angelegenheit in Preußen durchgekämpft werden muß. Man schreibt uns:

Reichstag und Landrats-Kammer wurden schon oft gegen einander ausgespielt. War das Volkshaus einmal nicht mit allen Forderungen des Kriegsministers und Marine-Staatssekretärs einverstanden, wurde an unseren untergeordneten Justiz- und Polizeigewaltigen im Hause vor der Siegesfahle Kritik geübt, oder wurde gar über das Vergnügungsrecht des Königs von Preußen dem Reichstags-Abgeordneten eine Bemerkung gemacht, da erhob sich stets Don Limburg-Stürum oder einer seiner Sancho Pansa, um das Gewicht der Landratskammer gegen die unehrerbietigen, die preussische Tradition nicht hochhaltenden Reichsboten auszuspielen. Auch die Regierung hat es stets als ein Mittel ihrer von den gewöhnlichen Bürgern noch nicht erkannten Staatsweisheit betrachtet, den Landtag gegen den Reichstag auszuspielen, als ihr Ideal hat sie es trotz der entgegenstehenden Verfassungen-Vestimmungen betrachtet im Landtage das durchzuführen, was ihr im Reichstage verweigert wurde. Heute giebt es aber aus der verfahrenen Situation für das Ministerium Miquel-Bresfeld-Thielen—b. d. Rede keinen anderen Ausweg, als die Kanalvorlage durch den Reichstag Gesetz werden zu lassen. Man bedarf hierzu auch keiner künstlichen Interpretation der Verfassungen des Reichs und Preußens.

Art. 2 der Reichsverfassung bestimmt:

„Innerhalb des Bundesgebietes übt das Reich das Recht der Gesetzgebung nach Maßgabe des Inhalts dieser Verfassung und mit der Wirkung aus, daß die Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen.“

Art. 4 Absatz 8 der Reichsverfassung lautet:

Der Bewilligung seitens des Reiches und der Gesetzgebung desselben unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten:

8. . . Die Herstellung von Land- und Wasserstraßen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs.

Nach Meinung der Regierung handelt es sich bei dem für die leitenden Staatsmänner so unrühmlich gefallenen Kanalprojekte um Interessen der Landesverteidigung, nach fast allgemeiner Auffassung um bedeutungsvolle Verkehrsinteressen. Demnach stünde der Einbringung der abgelesenen Vorlage im Reichstage kein Hindernis entgegen. Ueberdies beweist ja die Durchführung des Nordostsee-Kanals, daß der Bau von Kanälen vom Reichstage bewilligt werden kann.

Der Einwand liegt freilich sehr nahe, daß dieses kostspielige Projekt eine spezifisch preussische Angelegenheit sei, so daß man mit einer Ablehnung der Vorlage schon im Bundesrat rechnen müsse. Diese Schwierigkeit ließe sich überwinden, wenn man das fast ebenso wichtige Unternehmen des Main-Donau-Kanals, der für die Industrie Bayerns eine Lebensfrage ersten Ranges ist, und vielleicht Korrekturen des Ober-Rheins und andere wichtige, aber wegen der beschränkten Mittel der kleineren Bundesstaaten zurückgestellte Fluß-Korrekturen und Uferschutz-Bauten mit der Mittelrand-Kanalvorlage zu einem Gesammtwerke verschmelzen und dem Bundesrat vorlegen würde. Dann wäre Einstimmigkeit oder eine große Mehrheit wenigstens unter den Vertretern der verbündeten Regierungen gesichert; die öffentliche Meinung, soweit sie nicht unter den gestikten Strohdächern der Kanäle gemacht wird, wäre einem so großen Kulturwerke sehr günstig, so daß auf eine Zustimmung des Reichstages auch ohne die Einwirkung von Kaiserreden gerechnet werden könnte. —

Deutsches Reich.

Die Ehrung der Standrechtsohner.

Aus Rastatt schreibt man uns unterm 20. August: Die Ehrung der toten Freiheitskämpfer auf dem alten Friedhof ging ohne Störung von statten. Deputationen der socialdemokratischen Organisationen trafen mit den Morgenzigen vom Oberland und von Karlsruhe und Umgebung ein. Sie trugen Blumenkränze und Vorbeerkränze, deren rote Schleifen mit Widmungen in goldenen Lettern versehen waren. Die Polizei und Gendarmerie war auf den Weinen; doch wurde den Vertretern der Arbeiterkraft — im Gegensatz zu früher — unbedenklicher Eintritt in den Friedhof gewährt. Nur als sich etwa 50 Personen um das schöne Denkmal gruppiert hatten, wurde das Thor geschlossen, bis wieder ein Teil der Leute sich entfernt hatte. Man schien durch Vermeidung eines großen Andranges die Grabstätte schützen zu wollen.

Der Speisefleisch, der genau 200 Stk. schwer ist, ragte gewaltig in der Morgensonne. Kränze um Kränze wurde an seinem hohen Sockel niedergelegt. Kränze stellten die Sozialisten von Rastatt („Durch Eueren Tod lebt für in unsern Herzen fort“), der „Volksheld“ in Karlsruhe („Den Freiheitskämpfern 1848“), der Soc. Verein Mühlburg („So ruhet sanft, ihr wahren Helden, Ihr habt gekämpft, wir kämpfen weiter“), der Landesvorstand der socialdemokratischen Partei, die Arbeiterkraft in Rastatt, der „Kommunist“ Karlsruhe, die socialdemokratische Partei des X. Wahlkreises, der Gesangsverein „Lassalle“-Karlsruhe, der Socialdemokratische Verein Karlsruhe, die Sozialisten in Offenburg („Und ob Ihr unterm Festungsmauer standredet die Gesang'nen singt“), der Wahlverein Rastatt, Socialdemokratische Verein Durlach, Wahlverein Pfluggenbüren, Wahlverein Weisshausen, der Vertrauensmann des VIII. Wahlkreises.

Auch die demokratische Partei war vertreten durch den Abg. Dellese und die Redacteure des „Landesboten“, welche Kränze mit schwarz-rot-goldenen Schleifen für den Volksverein Karlsruhe und den „Landesboten“ niederlegten. Es war eine würdige, erhebende Feier, die wieder zeigte, wie die Arbeiter die Kämpfer für des Volkes Recht und Freiheit ehren. Zahlreiche Teilnehmer begaben sich sodann nach Ludwigshafen bei Mannheim, wo der Abg. Viehbach im Gesellschafts-Saalbau vor über 1000 Personen eine zweistündige Gedächtnisrede hielt. Auch ihm sprachen die Abgg. Dreesbach und Ehrhart, sowie Apoteker Luy.

Ueber der Feier in Ludwigshafen wird uns noch geschrieben:

Die Ehrung der 1849 in Rastatt standrechtlich Erschossenen haben die badischen Parteigenossen nach dem jenseitigen Ufer des Rheins, nach Ludwigshafen, verlegen müssen. Das Ministerium Eisenlohr hat es für notwendig erachtet, der badischen Socialdemokratie für die im Herbst stattfindenden Landtagswahlen noch eine besondere Wahlparole zu geben. An Stelle der geplanten Veranstaltung wurde man sich unter dem Druck des Verbotes — selbst das gemeinschaftliche Mittagessen bot eine Gefahr für die Weiterexistenz des badischen Staates — mit einer Volksversammlung begnügen und diese hat vielleicht mehr erwirkt, als das ganze vorherige Programm. Nach einleitenden Worten durch Ehrhart, Ludwigshafen und Dreesbach, Mannheim nahm Genosse Lieblich das Wort, um die Ereignisse jener denkwürdigen Zeit zu schildern und den um die Freiheit ihres Vaterlandes dem Wei erlegenen Männer Worte der Anerkennung zu widmen. Mit den Worten: „Wir kämpfen, bis wir siegen“, schloß er seine mit stürmischen Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Nachdem noch Genosse Luy, Baden-Baden namens des Denkmal-Komitees den Dank abgestattet für die ihm zu teil gewordene Unterstützung, vereinigten sich die in erdrückender Anzahl im Saale Versammelten noch einige Zeit im Gehen.

So hat denn die Reaktion zu etwas ihre Mitwirkung verlihen, was sie gar nicht wollte. Das badische Volk wird im Oktober sich dafür prompt bedanken. —

Herr Lucanus war beim Kaiser am Sonnabend. Am Montag mittag 12 Uhr fuhr Lucanus beim Reichskanzler vor und hatte mit demselben eine halbstündige Konferenz. Alsdann begab sich Herr Lucanus zum Minister v. Miquel, bei welchem er etwa eine Stunde verweilte. Für Montag mittag 4 Uhr waren sämtliche Minister von Fürst zu Hohenlohe zu einer vertraulichen Sitzung in seine Amtswohnung geladen. Der Kaiser tritt am Dienstag nachmittag auf der Bildpavillon in Potsdam ein. Auf diesen Thatsachen beruhen die gesamten Krisiskombinationen der Presse. —

Die Notwendigkeit zu lügen sollten gerade Sieger nicht anerkennen. Die Korrespondenz des „Bundes der Landwirte“ bespricht die Stellung der Parteien zur Kanalfrage und bemerkt dabei:

„Der ‚Vorwärts‘ und seine rote Gefolgschaft erwarten mit Ungeduld den Sieg der Kanalvorlage. Sollte das nicht auch bei der Entscheidung über die Kanalfrage Berücksichtigung verdienen?“

Das ist bewusster Schwinkel. Die Socialdemokratie unterstützt natürlich jedes Kulturwerk, also auch den Kanal. Sie hat sich aber in der politischen Beurteilung der Frage von den liberalen und freisinnigen Kanalreue getrennt und vom konstitutionellen Standpunkt das Recht der Junter auf Opposition anerkannt.

Sind die Wähler plötzlich so feige geworden, daß sie nicht eingestiegen wagten, was die Wahrheit ist, weil sie die Anerkennung seitens der Woten konpromittierend finden? —

Zur Reichstags-Wahlwahl im S. sächsischen Kreise. Der soeben erschienene Wahlanruf für den antisemitischen Kandidaten ist unterzeichnet außer von der antisemitischen Organisation noch vom konservativen Landesverein und vom Bunde der Landwirte; außerdem haben ihn aber noch, wie der „Deutschen Tageszeitung“ geschrieben wird, eine ganze Reihe von Herren unterzeichnet, die der nationalliberalen Partei angehören oder nahestehen.“ Zu den Unterzeichnern gehört ein sächsischer Kammerforscher, der also seinen Fortschritt dadurch betätigt, daß er lieber einen Antisemiten wie einen Deutschfreisinnigen wählt.

Das ist furchtbar sowohl für die Verhältnisse im Kreise wie für die sächsischen Parteiverhältnisse überhaupt. Die Parteienamen konservativ, nationalliberal, fortschrittlich, freisinnig, antisemitisch und dergleichen sind dort nicht mehr wert, wie die Stiletten auf Weisflächen, die unter den verschiedensten hochtönenden Namen dieselbe ungenießbare Brähe enthalten.

Das zeigte sich auch bei der Stichwahl 1893, wo die freisinnigen Wähler mindestens in ihrer großen Mehrzahl, wenn nicht sämtlich, zum Antisemiten übergingen und diesem damit gegen den Socialdemokraten zum Siege verhalfen. Deshalb kann auch die „Deutsche Tageszeitung“ ruhig sein: kommt es, wie sie zu vermuten erklärt, zur Stichwahl, dann werden die „freisinnigen“ Wähler zeigen, daß ihr Freisinn sich vom Antisemitismus nur durch den Namen unterscheidet.

Wir vermuten jedoch, daß es nicht zur Stichwahl kommen, sondern daß unser Kandidat im ersten Wahlgange gewählt wird. Die Freisinnigen werden trotz aller Agitation nicht viel mehr Stimmen wie 1893 (632) anbringen, dagegen wird die Zahl unserer Stimmen infolge der außerordentlich raschen industriellen Entwicklung des Kreises und des damit verbundenen starken Arbeiterzuzuges erheblich steigen.

Der Kreis Pirna wird bald zu unseren sichersten Kreisen gehören.

Also doch blind? Einen „Arbeitswilligen“ hat Justitia in Bochum gegriffen. Wie der „Vergnapper“, Organ des Gewervereins christlicher Bergleute, mitteilt, ist am 2. August in Bochum der Bergmann O. Palla aus Hordhausen von der Strafammer wegen vorläufiger schwerer Körperverletzung und verführter Rötigung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, jedoch nach der Beurteilung auf freien Fuß gesetzt worden. Er behauptet, daß er von einem Streitenden bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen worden sei und sich nur schwach habe wehren können. Seine zwei Entlastungszeugen, die den Vorfall mit angesehen hätten, seien gar nicht vernommen worden. Nach Beendigung der Dauer ist O. P. zu seinem Wegner geflohen, er ging abends wieder zur Arbeit, da solle dieser nur nochmals zur Arbeit kommen; er werde sich schon einen tüchtigen Stock mitbringen. Darin wurde die verurteilte Rötigung erblickt, weil das Gericht annahm, daß er seinen Gegner an der Arbeit hindern wollte.

Der christliche Gewerverein gewährt dem O. Rechtshilfe zur Einlegung der Revision.

Wir bemerken hierzu noch, daß bei den Ereignissen in Pirna diesmal die Arbeitswilligen die Sympathien aller organisierten Arbeiter besaßen. —

Zum Kapitel der Leutenot wird uns aus Elsfeld-Parthagen geschrieben: Daß nicht bloß auf den Laifunden Pflanzens, sondern auch bei den Barzellsbauern in den gelegenen Landschaften der südwestlichen Reichsgebiete der Mangel an landlichen Arbeitern in allererster Linie auf die traurigen Verhältnisse zurückzuführen ist, unter denen jene zu leben gezwungen sind, das geht aus der folgenden Mitteilung hervor, die wir dem literalen, barmherzigen „Elfsfeld“ entnehmen. Er berichtet aus Parthagen:

„Jedes Jahr zur Zeit der Ernte kommt es vor, daß aus der Gegend von Elsfeld eine größere Zahl von männlichen und weiblichen Personen in das Elsfeld reisen, um bei den Erntearbeiten dort zu helfen. Dieselben bleiben meistens etwa 14 Tage aus. Bei sehr vielen Gutsbesitzern kommt es nun vor, daß diese Arbeiter (also männliche und weibliche) alle in einem Zimmer zur Nachtruhe untergebracht werden. Das sind Zustände, die unerbötlich sind und die man nicht dulden darf. Wenn diese Arbeiter in nächsten Jahre nicht mehr zur Ernte-Arbeit ins Elsfeld kommen, dann sind die Gutsbesitzer eben selbst daran schuld. Ihre stillosen Anschauungen sind jedenfalls nicht weit her.“

Hier wie anderwärts treten die Gutsbesitzer, bei denen unter den geschilderten Verhältnissen bezeichnerweise kein freier Arbeiter mehr in Dienste treten will, dann an die Militärbehörden heran mit dem Verlangen, ihnen Soldaten zur Erledigung der Erntearbeiten zur Verfügung zu stellen. So richtete kürzlich eine Deputation von Bauern aus der Umgebung von Mey an den kommandierenden General des XVI. Armeekorps, General Grafen Schäfer, ein diebezügliches Gesuch. Graf Schäfer, dessen entschlossenes Vorgehen gegen die Verwundung der Offiziersburden z. z. in Dienstboten-Arbeiten weitläufig bekannt ist, befiel die Bauernabordnung jedoch abzuwählen mit dem Hinweis darauf, daß die Mannschaften vor allem zum Zwecke ihrer militärischen Ausbildung unter der Fahne stünden. Wenn der in Mey erscheinende „Vorrain“ unterrichtet ist, hat die reichsständische Regierung dem Grafen Schäfer bereits zweimal die Abgabe von Soldaten zu Erntearbeiten nahegelegt, sich aber beide Male einen Korb geholt. —

Verichtigung. In Nr. 187 ist unter „Zur Kritik der amtlichen Streifenliste“ ein Druckfehler unterlaufen. Sollte II Zeile 28 von unten muß es heißen Druckmeister, nicht Bürgermeister.

Ausland.

Strafen-Urnhe; in Nordböhmen.

Am 19. d. M. fanden in Gossly Demonstrationen vor dem Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft statt, wobei sämtliche Fensterstößen im ersten Stock, insgesamt 200 durch Steinwürfe zertrümmert wurden. Infolge dieses Vorfalles wurde am nächsten Tage die Gendarmen um 15 Mann verstärkt. Seitdem Abend kamen in Gossly neuerliche Zusammenkünfte vor. Die Gendarmen versuchte die Menge zu zerstreuen. Blöglig wurde ein Steinwurf auf die Gendarmen von dem gegenüber liegenden Gasthause aus abgegeben. Sechs Personen wurden verletzt; später wurden von der Gendarmen Versuche gemacht, das Gasthaus zu räumen, was jedoch nicht gelang. Die aus etwa 400—500 Personen bestehende Menge, die sich wie toll gebärdete, warf mit Steinwürfen, Fingerringen und Kohlenstücken aus den Dachlukfen und Fenstern. Die Gendarmen zog sich etwa 100 Schritt von dem Amtsgebäude zurück. 10 Excedenten wurden verhaftet. Eine aus dem Bürgermeister, dem Führer der Deutsch-Nationalen Kriegelstein sowie zwei anderer Deutsch-Nationalen bestehende Deputation sprach dem Amtsleiter vor, um die Zurückziehung der Gendarmen und die Freilassung der Verhafteten zu verlangen, wogegen die Deputation das Abziehen der Vollmenge zufrüchte. Hierauf wurde nicht eingegangen. Der Bürgermeister erklärte, nicht mehr in Aktion treten zu wollen und auch der sächsischen Wache nicht zu gestatten, mitzuwirken. Am 19. Uhr nachts erschien neuerlich eine Deputation mit dem Bürgermeister an der Spitze beim Amtsleiter mit dem gleichen Begehren. Inzwischen fällt ein Schuß gegen die Gendarmen und ein Gendarmen-Bachmeister stieß von einem Steinwurf getroffen zu Boden. Hierauf macht die Gendarmen von ihrer Waffe Gebrauch. Zwei Tote und ein schwerer Verwundeter blieben auf dem Plage liegen. Unterdessen wurden auch aus einem anderen Hause Schüsse auf die Gendarmen abgegeben. Es wurden insgesamt sechs Personen verwundet, von welsch letzteren im Laufe der Nacht zwei starben. In der Nacht wurde noch ein Bataillon Infanterie vom Mandover-

terrain sowie weitere Verstärkung der Gendarmerie nach Graslitz einberufen. Von heute früh wird gemeldet, daß nach dem Einschreiten der Gendarmerie Ruhe eingetreten ist, die Erregung jedoch fortwährt. Die Menge sammelt sich wieder an und der Amtsdirektor wird auf dem Wege ins Amtsgebäude infalliert und mit Steinen beworfen.

Eine Verfügung Milerand's.

Genosse Milerand, der gegenwärtige französische Handelsminister, hat betreffs der Departements-Kommissionen, die sich nach dem Gesetz von 1892 mit den Verhältnissen der Frauen- und Kinderarbeit zu beschäftigen haben und Verbesserungsvorschläge unterbreiten sollen, folgendes Circular an die Präfekten gerichtet:

Das Gesetz vom 2. November 1892 betrifft die Arbeit der Kinder, minderjährigen Mädchen und Frauen in den industriellen Unternehmungen bestimmt, daß die Generalräte eine oder mehrere Kommissionen ernennen, die über die Ausführung des Gesetzes und eventuelle Verbesserungen desselben Berichte erstatten sollen, die den Ministern des Handels zu überreichen und der durch Artikel 22 eingerichteten Oberkommission mitzulegen sind.

Diese Kommissionen bestehen in allen Departements seit mehreren Jahren; doch haben sie bis jetzt nur sehr schwache Spuren ihres Daseins gezeigt. Einige sind zwei- oder dreimal zusammengetreten, andere nur einmal, die größte Anzahl aber überhaupt noch nicht.

Wie erklärt sich dieser Mangel an Thätigkeit?

Ich denke, die Hauptursache liegt in der Art und Weise, wie diese Kommissionen zusammengefaßt sind.

Nach Artikel 24 des Gesetzes sind Mitglieder der Kommissionen: die Kreis- und Departementsinspektoren, die Präsidenten und Vizepräsidenten des Gewerbezugs der wichtigsten Industriezentren des Departements und die Bergwerks-Inspektionsingenieure, wo solche vorhanden sind. Aber neben diesen haben die Generalräte (abgesehen von einigen Mitgliedern des Gesundheitsrates) zu diesen Kommissionen nur Unternehmer berufen, die übrigens unter den fähigsten Personen ausgewählt sind. Nur ganz ausnahmsweise haben sie sich an Arbeiter und Vertreter der Syndikate gewandt.

Um von diesen Kommissionen eine wirklich nützliche Thätigkeit zu erhalten, müssen nach meiner Meinung neben Juristen und Ingenieuren in sie eine Reihe von Vertretern der Unternehmer- und Arbeiter-Verbände (Handelskammern, Arbeitsbörsen, gewerbliche Syndikate) einreten.

Da das Gesetz vom 2. November 1892 ein Arbeiterschutz-Gesetz ist, und die Arbeitskommissionen des Departements den Zweck haben, Berichte über seine Ausführung zu machen und Wünsche hinsichtlich der möglichen Verbesserungen zum Ausdruck zu bringen, so ist es nur gerecht, daß Arbeiter und Unternehmer dort durch eine gleiche Anzahl Beauftragter vertreten sind.

Die Annäherung der von organisierten Gruppen der Arbeiter und Unternehmer entsandten Delegierten im Schoße dieser Kommissionen würde sicherlich zum Austausch von höchst interessanten Gesichtspunkten führen.

Ich füge hinzu, daß die Kommissionen bei solcher Zusammenfassung auch dem zuweilen erhobenen Vorwurf entgegen würden, ein Hindernis und nicht eine Unterstützung für die Thätigkeit der Arbeitsinspektoren zu sein. Sie würden im Gegenteil deren Arbeit erleichtern, indem sie zwischen den Staatsbeamten und den beauftragten Vertretern der Arbeiter, die jetzt sehr häufig in Verlegenheit sind, wie sie ihre Klagen auf einem regulären Wege vorbringen sollen, direkte Beziehungen herstellen.

Ich bitte Sie, Herr Präfekt, diese Erwägungen der Begutachtung (appréciation) des Generalrats Ihres Departements bei seiner nächsten Session zu unterbreiten. Auch wollen Sie mir über die Befehle, welche diese Versammlung glauben wird treffen zu müssen, gefälligst Bericht erstatten.

Meuterei im französischen Kolonialheer.

Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß eine der gegenwärtig im Sudan vorgehenden französischen Expeditionen, die unter Leitung des Hauptmanns Coulet und Lieutenanten Chanoine, eines Sohnes des bekannten Eminens, steht, sich schwerer Uebergriffe und sorgloser Grausamkeiten gegen die Eingeborenen zu schuldig kommen lassen. Daraus erteilte das Ministerium dem Oberlieutenant Klobb, dem Chef des vorgehenden militärischen Postens am Niger den Befehl, die Mission Coulet-Chanoine zurückzuholen und gegen die Schuldigen eine Untersuchung einzuleiten. Klobb kam in Begleitung des Lieutenanten Meunier und einer kleinen Mannschaft diesem Befehl nach; sollte jedoch nicht lebend von seiner Nachschub-Expedition zurückkehren. Aber nicht von den Eingeborenen wurde er und Meunier ermordet, sondern, wie sich jetzt herausstellt, von seinen eigenen Landsleuten, den Offizieren Coulet, Chanoine und seinen Gefolgsleuten, die aus Furcht vor Strafe einfach durch ihre Mannschaft Klobb und Meunier niederstießen ließen: ein neues Blatt im Ruhmeskranz des heutigen französischen Militarismus! Der „Nigaro“ giebt über die Umstände, unter denen die Ermordung erfolgte, folgenden näheren Bericht:

Infolge einer Untersuchung über die Expedition unter den Hauptleuten Coulet und Chanoine erhielt der Oberlieutenant Klobb den Befehl, das Kommando über die Mission zu übernehmen und die bloßgestellten Offiziere nach Murte (?) zu führen. Klobb und Meunier waren von einer Abteilung eingeborener Soldaten begleitet, als sie auf die Mission trafen. Klobb teilte der Expedition seinen Auftrag mit, worauf Coulet erwiderte, wenn Oberlieutenant Klobb darauf beharre, seinen Befehl auszuführen, könne er sich als toten Mann betrachten. Die Ausführung dieser Drohung war nicht fern. Als Klobb und Meunier mit ihrer Begleitmannschaft sich der Expedition näherten, ließ Hauptmann Coulet seine Leute sofort laden und sich schützbereit halten, nachdem er vorher eine Warnung an Klobb und Meunier hatte ergehen lassen. Klobb erwiderte: „Ich lasse nicht laden, schießen Sie, wenn Sie es wagen!“ und rückte mit Meunier vor. Coulet kommandierte „Feuer!“ Meunier und einige der Eingeborenen fielen; Klobb erhielt eine Kugel ins Bein, rückte aber weiter vor. Bald darauf starben Klobb und Meunier. Die Nachricht von diesem furchtbaren Doppelmord wurde von einem Sudanesen nach Schy überbracht. Außer den Hauptleuten Coulet und Chanoine umfaßte die Expedition noch 2 Offiziere, einen Militärarzt und zwei andere französische Unterbeamte.

Eine amtliche telegraphische Meldung der Residenten in Sah und Porto Kobo an den französischen Minister der Kolonien bestätigt diese Darstellung. Danach ist der Tod des Oberlieutenants Klobb und seines Adjutanten Meunier am 14. Juli in der Nähe von Murte erfolgt. Von den Begleitern derselben wurden 8 verwundet und 9 getötet, 500 sind verschunden. Als Klobb auf die Expedition Coulet stieß, rückte er trotz des Verbotes Coulets vor. Letzterer ließ dreimal Salvenfeuer abgeben, als Klobb auf 100—150 Meter herangekommen war. Die überlebenden Begleiter Klobbs sind in Dofso angekommen und führen Briefe Coulets an Klobb bei sich, in welchen der erstere die Absicht anzeigt, er werde ihn als Feind behandeln, wenn er es versuchen sollte, zu ihm zu kommen.

Oestreich-Ungarn.

Gegen den § 14. Der Landesverband der niederösterreichischen Provinzialmännlichkeit, welchem von den in Niederösterreich bestehenden 70 Handlungsgremien und Genossenschaften bereits 45 mit einer Gesamt-Mitgliedszahl von mehr als 5000 Angehörigen, richtet an sämtliche, vom Kronlande Niederösterreich in den Reichsrat entsendete Abgeordnete aus Anlaß der Forderung der Erhöhung eine Zuschrift, in welcher die Intervention der Abgeordneten gegen diese und die übrigen neuen Konsumsteuern angerufen wird.

Oestreich-russischer Garantie-Vertrag. „Korodny List“ veröffentlicht einen ihr angeblich aus Petersburg kreisenden zugewandten Brief, in welchem die panslawistische Politik des Haren besprochen und behauptet wird, daß seit dem 1. Mai 1897 zwischen Rußland und Oestreich ein Abkommen bestünde, welches Oestreich

seine Grenzen garantiere. Wie weiter verlautet, steht in den höchsten höheren Verwaltungsbehörden eine Personalveränderung bevor; sämtliche deutsche Funktionäre sollen entfernt und durch tschechische ersetzt werden.

Dänemark.

Zollschutz für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Im Finanzministerium ist heute eine Kommission von 11 Mitgliedern eingesetzt worden, deren Aufgabe ist, Untersuchungen darüber anzustellen, inwiefern angenommen werden kann, daß ein Zollschutz den landwirtschaftlichen Produkten und der dänischen Landwirtschaft im allgemeinen nützlich ist und in welcher Weise ein solcher gegebenenfalls durchzuführen wäre.

Belgien.

Die Wahl in Soignies. (Fig. Ver.) Wie bereits gemeldet, fand die Wahl in Soignies unter ganz besonderen Umständen statt. Die Liberalen, die bei der letzten Wahl 15 850 Stimmen erhielten, haben den Kampf aufgegeben. Die Liberalen, die 14 770 Stimmen erhalten hatten, waren diesem weichen Beispiel gefolgt. Aber unter den Liberalen hat sich ein „wilder“ Kandidat erhoben und von unserer Agitation zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts verbunden mit der Proportional-Vertretung Vorteil gezogen, um sich als Kandidat aller derer zu proklamieren, welche die Proportional-Vertretung in jeder Form wollten, selbst mit den Pluralstimmen. Dieser Präsident des „Freien Gedankens“ zählte also auf die Stimmen der Liberalen. Obwohl nun die Liberalen und Liberalen bei der letzten Wahl 14 770 + 15 850 = 30 620 Stimmen um die Sozialisten nur 22 500 Stimmen erhalten hatten, haben doch eine Menge Liberaler für unsere Kandidaten gestimmt, da sie diejenigen, welche die Regierungs-Wahlreform annehmen wollten, auch nicht um eine Stimme verstärken wollten.

Das Resultat der Wahl vom 20. August war: Dr. Franquart (Socialist) 23 922 Stimmen, Dr. Bricout (Lib) 24 742 Stimmen.

Rundgebung. (Fig. Ver.) Sonntag fand die Einweihung einer Fahne der Gruppe der früheren socialistischen Soldaten statt. Die Gruppe zählt in Brüssel gegenwärtig 600 Mitglieder. Die Rundgebung hat unter dem Zusammenlauf der jungen antimilitaristischen Garde stattgefunden. Diese beiden Gruppen ergänzen sich vortrefflich. Die jungen, welche die Soldaten mit unseren Ideen erfüllen, — die alten Soldaten, welche ihre Waffenkenntnis in den Dienst des Proletariats an dem Tage stellen, an welchem die Reaktion einen Staatsstreich versuchen sollte.

Amerika.

Die demokratische Plattform. Einem Bericht des „Standard“ zufolge haben die Demokraten auf ihrem Konvent zu Iowa den Plattform-Bericht und ein Programm adoptiert, das das Programm von Chicago bestätigt, aber sein Wort über die Silberfrage ähert. Dies sei besonders bedeutend in Anbetracht der eifrigen Vertretung des Silberprogramms in Iowa. Das Programm billigt den Krieg gegen Spanien, weil er für die Freiheit Kubas unternommen worden sei, aber es verurteilt den Krieg auf den Philippinen als einen Eroberungskrieg. Der Imperialismus sei von England inspiriert, um Bedingungen zu schaffen, die eine angelsächsische Allianz erzwingen würden. Die Ringe und Trübsen seien zu vernichten, weil sie die Vereinigten Staaten zum Ruin führen.

Afrika.

Transvaal-Krise. Endlich scheint die Transvaal-Regierung sich zu einer Antwort auf den Chamberlain'schen Vorschlag entschlossen zu haben, wenigstens berichtet das „Neuterische Bureau“ soeben aus Pretoria: Dem englischen Vertreter in Pretoria ist mündlich die Antwort der Südafrikanischen Republik auf den englischen Vorschlag zugegangen. Es liegt Grund vor zu der Annahme, daß Transvaal den Vorschlag auf eine gemeinsame Untersuchung nicht angenommen, sondern seinerseits neue Vorschläge gemacht hat.

Welcher Art die Antwort ist, bleibt danach zweifelhaft; wahrscheinlich wird sie die Fassung haben, die schon vor einigen Tagen von den „Times“ und dem „Standard“ signalisiert wurde. Friedlicher ist entschieden die Lage seit Sonnabend nicht geworden. In England wie in Transvaal beginnt man immer mehr mit der Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu rechnen, und auch der Oranje-Freistaat bereitet sich, wie es scheint, auf den Krieg vor. Siebenhundert Schiffslosten Kriegsmaterial wurden in Port Elizabeth ausgeladen und nach Alwal-North geschickt zur Verteilung im Oranje-Freistaat. Der Vorgang wird lebhaft besprochen.

Entgegen dieser Nachricht, die auf ein Hand-in-Hand-Gehen der beiden afrikanischen Republiken hindeutet, wissen die „Times“ aus Johannesburg zu melden, daß der Kommissionsbericht über die Dynamitfrage eine Spannung in den Beziehungen zwischen dem Oranje-Freistaat und der Südafrikanischen Republik hervorgerufen hat. Der Freistaat sei für Befestigung des Vertrages mit der Dynamitgesellschaft und betrachte den Kommissionsbericht als einen Bruch früherer Versprechungen. Kamens des Freistaates habe früher energischer Protest erhoben. Wolmarans reise von Pretoria nach Bloemfontein, um mit dem Oranje-Freistaat in der Angelegenheit zu unterhandeln. In Transvaal rechne man mit Sicherheit darauf, daß die Mehrheit des Volksraths sich gegen die Aufhebung des Vertrages mit der Dynamitgesellschaft aussprechen werde.

Um die Voeren einzuschüchtern, treibt die englische Presse mit Vorliebe den Sport, über neue große Rüstungen auf englischer Seite zu berichten; so schreibt der „Daily Telegraph“ unter der Spitzmarke „Militärische Vorbereitungen“:

Die Zusammenziehung der Truppenmacht, welche für den Fall des Ausbruchs eines Krieges in Südafrika verwandt werden wird, ist festgestellt worden und wird etwa 1200 Offiziere und 60000 Mann und Unteroffiziere betragen. Die Namen der betreffenden Bataillone, Batterien und Kompagnien befinden sich unter Siegel und werden den Garnisonstädten erst mitgeteilt werden, wenn dies absolut notwendig ist. Die in Frage kommenden Feldbatterien sind die 7., 10., 13., 14., 20., 44., 62., 66., 67. und 83. Drei dieser Batterien befinden sich bereits in Natal, die übrigen gehen von England aus. Anzeichen liegen auch dafür vor, daß 4 Batterien der Royal-Ordnance-Artillerie gehen.

Von einem nicht unbedeutenden Mißgeschick ist der Korrespondent des „Neuterischen Bureaus“ in Bloemfontein betroffen worden. Wie bekannt, waren die Meldungen dieses Bureaus im letzten spanisch-amerikanischen Kriege, wie während der Samoa-Reibungen höchst einseitig und parteiisch, und auch seine jetzigen Telegramme aus Pretoria, Bloemfontein und Johannesburg lassen kaum etwas an Tendenzlosigkeit zu wünschen übrig. Jetzt hat endlich, wie die „Nat.-Zt.“ meldet, das böse Geschick den phantastischen Korrespondenten des „Neuterischen Bureaus“ in Bloemfontein erreicht, nachdem die das Bureau in Johannesburg und Pretoria vertretenden Herren sich wiederholt die schärfsten Dementierungen gefallen und recht auffallend eigenmächtige Korrekturen der Wahrheit nachweisen lassen mußten. Die Behörden des Oranje-Freistaates haben sich mit dem ähnlichen Dementieren nicht begnügt, sondern den Neuterischen Korrespondenten, nachdem er in flagranti bei Absendung einer freierkundigen Nachricht ertappt worden war, einfach verhaftet und erst, nachdem er vor dem Strafrichter erschienen, gegen eine Kaution von 100 Pfd. Sterl. vorläufig wieder freigelassen. Der Herr, namens Putman, hatte nach dem bekannten Schema der erfindenden Rüstungen auf Voeren- und Afrilanberseite an das Londoner Neuter-Bureau folgende Depesche aufgegeben, deren Inhalt vollständig erkunden war: „Es steht fest, daß die Kommandanten Befehl erhielten, nächste Woche in Bloemfontein zusammenzutreten...“

Australien.

Samoanisches. Das „Neuterische Bureau“ meldet aus Apia vom 10. d. M.: Hier ist alles ruhig. Nataafa richtete an die Kommission ein Schreiben, in welchem er Abschaffung des Königtums und Ernennung Sells zum Chef der Regierung ansetzt. Grundsätzlich verlautet, Nataafa werde zum Gouverneur ernannt werden. Die feindselige Gesinnung der Eingeborenen untereinander dauert fort.

In Rennes.

Die Montag-Sitzung wird um 6 1/2 Uhr eröffnet. General Fabre sagt aus, er sei als Chef des vierten Bureaus Vorgesetzter von Dreyfus gewesen. Zeuge giebt die schlechteste Auskunft über Dreyfus und erzählt, daß er den Dienst vernachlässigt habe, um sich Nachrichten zu verschaffen. Die Art seiner Arbeiten habe ihn sehr wohl in den Stand gesetzt, dem Auslande Nachrichten zu liefern. General Fabre fährt in seiner Aussage fort, die Meinung der anderen Vorgesetzten im Bureau über Dreyfus habe ihn in seinem Verdachte bestärkt; jetzt, wie 1894, sei er überzeugt, daß Dreyfus der Urheber des Vordereaus sei. (Bewegung.)

Dreyfus, der mit ruhiger Stimme spricht, erkennt die Wichtigkeit der Erklärungen Fabres an hinsichtlich der Arbeiten, welche er insbesondere beim Dreyfus ausführen hatte.

Der Zeuge Oberstleutnant d'Abboville bestätigt lediglich die Aussagen Fabres, seines früheren Chefs.

Hierauf wird der Chef der Sicherheitspolizei Cochefert vernommen, welcher erklärt, General Mercier selbst habe ihn über die Affaire auf dem Laufenden gehalten und ihn um Rat gefragt. Er habe mit du Paty de Clam der Schriftprüfung durch das Diktat beigegeben. Er habe eine sichtbare Unruhe bei Dreyfus festgestellt und infolge davon selbst an ihn Fragen gerichtet. Da Dreyfus heftig seine Unschuld beteuert habe, so habe Zeuge den Eindruck gehabt, als könne derselbe schuldig sein. Die militärischen Behörden hätten sich hierauf mit der Affaire weiter befaßt und der Zeuge habe sich mit derselben nicht mehr beschäftigt. Dennoch, fügte er hinzu, hätte, falls er die Handschrift des Vordereaus gekannt hätte, seine Auffassung vielleicht sich noch ändern können.

Dreyfus erklärt, er werde auf diese Aussage antworten, wenn du Paty de Clam zur Stelle sei.

Der folgende Zeuge, Archivar Gribelin, sagt: Im Augenblicke seiner Verhaftung machte Dreyfus auf mich den Eindruck, als spiele er Komödie, da er Dinge in Unrede stellte, die jeder Offizier im Kriegsministerium kennen muß. Zeuge hatte die Kenntnis von näheren Beziehungen des Dreyfus mit Damen der Halbwelt; er giebt eine historische Darstellung der Affaire und bemerkt besonders, daß Esterhazy niemals in das Nachrichtenbureau gekommen sei. Zeuge begreift nicht, wie das „befreiende Dokument“ in die Hände Esterhazy's gefallen ist und erklärt, er habe Picquart mit Leblosigkeit gesehen, wie sie auf einem Tische die Geheimtuben über die Brief-tuben vor sich hatten. Auf zahlreiche an ihn gerichtete Fragen erkennt Gribelin an, daß er mit den Untertanen du Paty und Henry's zu Gunsten des Esterhazy zu thun gehabt habe, und giebt Aufschlüsse über die auf Befehl seiner Vorgesetzten von ihm unternommenen Schritte.

Demange fragt den Zeugen nach den Gründen für die romanhaften Degegnisse und weshalb Zeuge falsche Worte und Willen benutzte, da doch von einer Demunziation des Esterhazy noch keine Rede gewesen sei?

Gribelin antwortete: Fragen Sie doch du Paty! Glauben Sie nicht etwa, daß mich das amüsierte! (Anhaltendes Gelächter.)

Auf eine Frage Picquart's erklärt Gribelin, er habe niemals Befehl erhalten, die Korrespondenz Picquart's zu öffnen und habe dies auch nicht gethan.

Picquart besteht trotzdem darauf, daß seine Korrespondenz verlegt worden sei und fügt hinzu, er habe niemals Indiskretionen zu Gunsten von Leblois begangen, die Indiskretionen trüben von anderer Seite her.

Der Eskadronschef Lauth wiederholt seine vor dem Kassationshofe abgegebene Erklärung über die Mitteilung, die ihm von Henry über das Vordereaus gemacht wurde. Hauptmann Watton und ferner Gribelin seien zugegen gewesen. Henry allein habe den Agenten gekannt, welcher das Vordereaus überbrachte. Auf das „Petit bleu“ übergehend, sagte der Zeuge aus, daß es Picquart in einem Paket in den ersten Tagen des März zugegangen sei; er protestiert gegen Picquart's Behauptungen über Nachlässigkeiten und Leichtfertigkeiten von Offizieren des vierten Bureaus. Lauth befreit gewisse Behauptungen Picquart's, nach denen er der geistige Urheber der Fälschung Henry's sein soll, und erklärt schließlich, Henry habe keinerlei Bekanntschaften in der Presse gehabt und habe der ganzen Westkompagne fern gestanden.

Hierauf wird eine Pause gemacht.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erwidert Lauth auf eine Frage bezüglich des Briefes des Obersten Schneider, dieser Brief sei authentisch, er selbst habe eine Abschrift desselben angefertigt. Auf die Erklärung Picquart's, daß er das „Petit bleu“ bei seinem Austritt aus dem Ministerium unverändert zurückgelassen habe, giebt Lauth zu, daß das „Petit bleu“ keinerlei Kasur zeige, als er es photographierte.

Major Jund, welcher gleichzeitig mit Dreyfus zum Generalstab kommandiert war, sagt aus, er habe Kenntnis von starken Spielverlusten des Angeklagten und seiner Beziehungen zu Angehörigen der Halbwelt. Er, Zeuge, habe lange Zeit mit Dreyfus zusammen gearbeitet. Die zum Generalstabe kommandierten Offiziere seien über die Arbeiten in allen Bureaus auf dem Laufenden gehalten worden. Jund führt die Arbeiten einzeln auf, welche Dreyfus übertragen waren; darunter hauptsächlich die Studie über die deutsche Artillerie, welche ihn nöthigte, auch in den anderen Bureaus Erkundigungen einzuziehen.

Der Zeuge Jund erklärt weiter bezüglich der Note über Madagaskar, Dreyfus habe ihm anvertraut, daß er von einem Better, einem Attache im Ministerium des Auswärtigen, interessante Mittheilungen erhalten habe. Jund versichert, daß Picquart den „Petit bleu“ habe abgestempelt lassen wollen, um ihn als echt erscheinen zu lassen. Der Zeuge erzählt ferner einen sehr kuriosen Ausruf, der sich im Kabinett des Untersuchungsrichters Vertulus mit Esterhazy und der Frau Wags abspielte.

Vertulus verlangt hierauf sofort das Wort.

Präsident Jonauk erwidert ihm, daß er nach der Reihe das Wort erhalten solle.

Jund beendet dann seine Zeigenaussage unter allgemeiner Heiterkeit.

Dreyfus antwortet auf die Aussagen Jund's. Er verlangt eine Untersuchung, welche ergeben werde, daß er niemals gespielt habe, und stellt fest, daß die zum Generalstab kommandierten Offiziere im Juli 1894 wußten, daß sie zur Truppe kommandiert würden, zur Zeit, in welcher keine Manöver stattfanden. Bezüglich der Madagaskar-Note erklärt Dreyfus, daß niemals ein Better von ihm Attache im Ministerium des Auswärtigen gewesen sei. Schließlich fügt er noch hinzu, daß er nicht allein die Druckslegung der Arbeiten bezüglich der Verproviantierung der Grenztruppen überwacht habe, sondern daß mehrere zum Generalstab kommandierte Offiziere sich bei diesem Dienste ablösten.

Vertulus, der dann das Wort erhält, beschreibt die Einzelheiten seiner Zusammenkunft mit Henry und Jund. Zum Schluß der Verhandlung erklärte Vertulus energisch, er habe nicht gelacht, daß Esterhazy nicht ein Verräter sei; seine tiefe und unerschütterliche Ueberzeugung sei im Gegenteil, daß Esterhazy den Verzet verübt habe, und daß er ihn allein verübt habe.

Hierauf wird die Sitzung aufgehoben.

Die Liste der Fälschungen

stellt die „Frankfurter Zeitung“ zusammen, die damit einen erwünschten Lehrsatz durch das Labrynth des Dreyfus-Prozesses giebt: 1. Die falsche Depesche Panizzardi's vom 2. Novbr. 1894. Panizzardi hatte nach der Verhaftung des Dreyfus nach Rom telegraphiert, wenn Dreyfus keine direkten Beziehungen zu dem dortigen Generalstabe habe, solle man amtlich erklären lassen, daß Dreyfus mit Italien in keiner Verbindung stand. Das Auswärtige Amt hatte dem Kriegsministerium zuerst eine etwas abweichende Fassung zugeben lassen, schickte ihm aber dann den amtlichen Text. Diesen Text besitzte Henry und du Paty und brachten an seine Stelle einen ändern, in dem es heißt: „Der Kriegsminister hat Beweise, daß Dreyfus mit Deutschland Beziehungen unterhält.“ Diese gefälschte Depesche befand sich unter den Aktenstücken, die dem Kriegsgericht

ohne Wissen des Angeklagten und seines Verteidigers vorgelegt wurden und die Beurteilung des Drehfus entschied.

2. Der Brief des Obersten Schwarzkoppen an Panizzardi mit der bekannten Phrase „Co canaille de D.“ Rogei, Guignet und Henry selbst haben anerkannt, daß das D. sich nicht auf Drehfus bezieht. Trotzdem wurde der Brief gegen Drehfus verteidelt. Als der Generalstab die beginnende Revolutionsbewegung im Reime erkennen wollte, ließ er den Brief durch den „Clair“ veröffentlichten und mit der angeführten Phrase in folgender Fassung: „Cet animal de Droyfus.“ Obgleich das D. sich nicht auf Drehfus bezog, war Drehfus im Artikel des „Clair“ mit vollem Namen bezeichnet und als der Verräter erklärt.

3. Die Briefe des deutschen Kaisers. Die Existenz dieser Briefe wurde bestätigt in zwei großen Artikeln des „Anticonquérant“, und zwar infolge eines Besuches, den im Auftrage des Generalstabschefs Boisdeffre der Kammerpräsident deselben, Oberst Pauffin de St. Morel, bei Hofe gemacht hat; ebenso ist die Existenz dieser Briefe in einer Rede des Abgeordneten Williboeh verifiziert worden und Henry hat in einer Unterredung mit dem Rat Paleologue sowie in seiner Aussage im Zola-Prozess sich auf sie bezogen. Später hat man sich allerdings der Briefe geschämt und hat sie stillschweigend verschwinden lassen.

4. Der Brief Böhler vom Juli 1896. Der Brief war an Drehfus auf der Zuspätschickung gerichtet, war in auffallenden Buchstaben geschrieben und hatte Zwischenlinien, deren Worte mit sympathischer Tinte geschrieben waren, doch so, daß man sie deutlich lesen konnte, und zwar lauteten diese Worte: Wir verstehen Ihre Mitteilung nicht; sagen Sie, wo die Schranke sind mit den... Der Brief hatte, wenn er an Drehfus gelangte, den Zweck, an eine Verbindung desselben mit der Außenwelt glauben zu machen; da er aber Picquart in die Hände fiel zu einer Zeit, wo dieser sich schon mit Esterhazy beschäftigte, so sollte der Brief ihn von der Spur Esterhazy abbringen und ihn glauben lassen, daß ein Komplott bestünde zu dem Zwecke, Drehfus durch einen Strohmännchen zu ersetzen.

5. Ein Brief Schwarzkoppens an Panizzardi, der von der Hand Henrys den Vermerk trägt: „März 1894“. Schwarzkoppen schrieb darin, daß D. ihm viele interessante Sachen gebracht habe. Der Kommandant Guignet selbst hat vor dem Kassationshof nachgewiesen, daß das D. an einer Stelle geschrieben ist, wo zuvor ein anderer Buchstabe oder Name anratiert worden war. Die Bemerkung „März 1894“ ist ebenfalls falsch; der Brief von Henry wurde dem General Gonse im August 1894 übergeben, mit Umgehung Picquarts, der damals noch Chef des Nachrichtenbureaus war. Der Brief gehört zu den Schriftstücken, die Cavagnac auf der Kammertribüne verlas und die dann in allen Gemeinden Frankreichs angeschlagen wurden.

6. Die eigentliche Fälschung Henrys, d. h. ein angeblicher Brief Panizzardis an Schwarzkoppen. Er bildete das Hauptbeweisstück Cavagnacs. Es verlohnt sich, die betreffende Stelle des stenographischen Berichts über die Kammerstimmung vom 7. Juli 1898 nachzulesen:

Cavagnac: Im Augenblick, wo die Interpellation Casteln eingeleitet wurde, im November 1896, wurden die beiden Herren, von denen ich gesprochen habe (Schwarzkoppen und Panizzardi), unruhig, aus Gründen, die sehr klar hervorgehen aus Briefen, die ich vor Augen gehabt habe; und alsdann hat einer von ihnen einen Brief geschrieben, dessen Wortlaut folgender ist: „J'ai lu qu'un député va interpellator sur Droyfus. Si... je dirai que jamais j'avais des relations avec ce juif. C'est entendu. Si on vous demande, dites comme ça, car il ne faut pas jamais qu'on sache ce qui est arrivé avec lui.“ (Das schlechte Französisch sollte glaubhaft machen, daß der Brief von einem Nichtfranzosen ist. Red.)

A. Humbert: Das ist klar! Cavagnac: Ich habe mich von der materiellen und moralischen Authentizität dieses Dokumentes überzeugt.

Sieben Wochen später gestand Henry selbst ein, daß er den Brief fabriziert habe.

7. Die Fälschungen am „Petit bleu“. Dieser Kartenbrief führte bekanntlich Picquart auf die Spur Esterhazy's; er war an diesen mit seiner vollen Adresse gerichtet. Als Picquart aus dem Nachrichtenbureau und aus Paris entfernt war, wurde der Name Esterhazy anratiert und derselbe Name wieder auf die anratierte Stelle geschrieben. Das sollte glauben machen, es sei ein anderer Name anratiert und der Name Esterhazy als bösscher Absicht hineingesetzt worden. Dabei verfuhr der Fälscher aber so plump, daß er zwar den Namen Esterhazy anratierte, aber dessen Adresse unberührt stehen ließ. Bekanntlich wurde Picquart beschuldigt, diese Fälschung verübt zu haben; er kam aber durch eine Photographie, die er vom „Petit bleu“ nehmen ließ, nachweisen, daß die Fälschung erst nach seinem Weggang aus Paris begangen worden ist.

8. und 9. Die Depeschen „Speranza“ und „Blanche“, von Esterhazy und der Frau gefälscht, um Picquart zu kompromittieren und sein Zeugnis im Esterhazy-Prozess vor dem Kriegsgericht zu vernichten.

10. Die neueste Fälschung auf den Namen des Obersten Schneider, des österreichisch-ungarischen Militär-Attachés. Der Brief, den Schneider abgeschickt haben sollte, lautet:

Paris, 30. November 1897. Man hatte bereits wiederholt eine ähnliche Vermutung geäußert, daß der Verräter ein anderer ist, als Drehfus, und ich wäre nicht wieder darauf zurückgekommen, wenn ich nicht seit einem Jahre durch dritte Personen erfahren hätte, daß der deutsche und der italienische Militär-Attaché die gleiche These in den Salons, rechts und links, verteidigten. Ich bleibe immer noch bei der meiner Zeit über den Drehfus-Geschichte veröffentlichten Informationen. Ich betrachte sie noch immer als richtig und bleibe bei der Ansicht, daß Drehfus mit den deutschen Spionagedirektoren von Straßburg und Brüssel in Verbindung stand, die der große Generalstab sorgfältig selbst seinen eigenen Landsleuten verheimlicht.

Rennes, 21. August. Das Gerücht erhält sich aufrecht, daß der wirkliche Attentäter auf Labort in der Nähe von Rennes auf einem Bauernhofe versteckt gehalten wird. Die Ärzte haben Labort weitere Schonung auferlegt. Es ist daher wieder fraglich geworden, ob er überhaupt noch in dieser Woche den Sitzungen des Kriegsgerichts wird beizuhören können.

Krawalle in Paris.

In Paris kam es am Sonntag zu Zusammenstößen. Für Sonntagmorgens hatten die Anarchisten in Paris eine große Kundgebung auf der Place de la République angekündigt. Es fanden sich dort mehrere tausend Personen ein: Anarchisten, Sozialisten und Mitglieder der drei gegenwärtig verfolgten Parteien: Patriotes, Semestre Royaliste und Antisemites. Die Anarchisten standen unter der Leitung Sebastien Faures, des Chefredakteurs des „Journal du peuple“, und Charles Malatoz. Der Platz war mit Municipalgarde besetzt. Sebastien Faure versuchte, auf das Löwenstandbild auf der Place de la République eine Rede zu halten, aber die Polizei säuberte den Platz, wobei drei Verhaftungen vorgenommen wurden.

Als die Anarchisten an der Place de la République vertrieben waren, wollten sie sich, so berichtet das offiziöse Telegraphenbureau, mit Sebastien Faure an der Spitze, nach der Place du Trône begeben; die Polizei trat ihnen jedoch entgegen und es kam zu einem heftigen Zusammenstoß, wobei Revolver-schüsse abgegeben wurden; der die Polizei befehligende Kommissar wurde durch zwei Messerstiche verwundet. Die Menge setzte sodann den Marsch fort, wurde aber durch die Polizei angehalten, ehe sie zur Place du Trône gelangte. Es kam zu neuen heftigeren Zusammenstößen; es wurde wieder mit Revolvern geschossen und drei Polizisten wurden verletzt. Sebastien Faure besieg nun mit einigen Fremden einen Straßenbahnwagen, der nach der Place de la République

fuhr. Hier wurde er mit seinen Freunden verhaftet und nach der Chateau d'au-Maseme gebracht. Die Menge teilte sich nunmehr in zwei Gruppen. Die eine ging die Rue St. Maur entlang, die gerade unbewacht war, und gelangte, ohne angehalten zu werden, zur Kirche St. Joseph. Einige an der Spitze marschierende Individuen betreten die Kirche, rissen mehrere Bilder herunter, ergriffen einige Stühle, trugen sie auf die Straße, zerbrachen sie und zündeten ein Freudenfeuer vor der Kirche an. Die Polizei, durch Passanten von diesen Vorfällen unterrichtet, eilte hinzu und gestreute die Menge. Der andere Haufe, etwa 200 Personen mit einer roten Fahne, zog die Rue des Boulets entlang. Ein Polizeikommissar und ein Polizeiinspektor traten der Menge entgegen, wurden jedoch gestochen, geschlagen und niedergeworfen. Der Kommissar erlitt ernste Kontusionen, der Polizeiinspektor wurde schwer verletzt. Polizisten eilten zu Hilfe, und es kam zu einem heftigen Zusammenstoß, in dessen Verlauf vier Polizisten leicht verletzt wurden. Die Menge wurde auseinandergetrieben, 32 Personen wurden verhaftet. Seit 8 Uhr abends wurden die Teilnehmer an den Kundgebungen, welche sich bis zum Ostbahnhof ausdehnten, beständig durch die Polizei zurückgedrängt. Die Menge brach die Hochrufe auf die Armee und die Republik aus. Die Polizei trieb eine Anzahl junger Burichen, welche Zeitungspakete verbrannten, auseinander. Gegen 10 Uhr abends fanden auf dem Boulevard de Magenta und dem Boulevard de Strasbourg Aufstellungen statt, bei welchen Revolver-schüsse abgegeben wurden, die aber niemand verletzte. Mehrere Personen wurden verhaftet; zwei Zeitungskioske wurden in Brand gesetzt. In der Rue Chabrol dauerten die Kundgebungen bis Mitternacht fort. Bis dahin waren etwa 50 Personen verwundet worden, darunter mehrere Polizeigagenten. Die Teilnehmer an den Kundgebungen, welche sich nach dem Ostbahnhof gestreut hatten, wurden von dort vertrieben. 25 Personen wurden verhaftet, gegen 1 Uhr nachts war die Ruhe wieder hergestellt.

In der Strafen in der Nähe der Festung Guérin war die Zahl der Demonstrationen vielleicht 30000 Mann stark. Gegen Mitternacht wurden zwei Kompanien des 74. Infanterieregiments aus der nahen Kaserne Nouvelle France geholt. Es war das erste Mal seit langer Zeit, daß Truppen eingriffen. Die Infanteristen jagten hauptsächlich die vielen dort müßig sich herumtreibenden beurlaubten Soldaten weg.

Nach Feststellung der Polizeipräfectur sind bei diesen Straßenunruhen im ganzen 380 Personen verwundet worden, von denen 301 in Krankenhäuser gebracht wurden. Die Zahl der verwundeten Polizei-Agenten beträgt 59. Es wurden 150 Verhaftungen vorgenommen, von denen 80 nicht aufrecht erhalten wurden.

Infolge der Vorgänge am Sonntag werden Sebastien Faure und vier andere Personen wegen Aufruhrs und Mordversuchs gerichtlich verfolgt werden. Außerdem werden andere Teilnehmer an den Kundgebungen wegen Diebstahls und Brandstiftung in einer Kirche sowie wegen Aufreizung und Zusammenrottung vor Gericht gestellt werden.

Ueber die Belagerung von Guérin

Die Nacht zum Freitag verlief sehr spähhaft. Um 12 Uhr hörte man einen Gegenstand auf den Bürgersteig niederfallen; es war ein vierpfündiges Brot, das Guérin zugeworfen worden war. Ein Polizist hob es auf und brachte es zur Polizei. Guérin erschien fuchsend am Fenster und schimpfte über die Beschlagnahme mit den großen Worten: „Es ist des scheidenden Jahrhunderts unwürdig, daß man Männer am Essen verhindert. Beim ersten Ruf meiner Frauen: „Wir haben Hunger!“ werde ich auf den Polizeipräsidenten Lipine schießen.“

Lipine befindet sich immer in der Nähe der „Festung“. Den Polizisten rief Guérin zu: „Für die Ihr Euch in den Dienst einer Schurkenbande gestellt habt, solltet nicht zulassen, daß man uns aushungert. Das ist eine Schändlichkeit von einer Regierung, die nicht weiter ist als eine Bande Glender. Wir werden aber trotz alledem Widerstand leisten. Warum trägt man unser Brot fort? Da sollte man doch gleich auf uns schießen! So handelt nur Wilde. Uns aber wird man nicht zur Liebergabe zwingen können. Merkt Euch das!“ Damit verschwand er. Um 2 Uhr wurde den Belagerten wieder ein Brot zugeworfen, auch dieses fiel auf den Bürgersteig, und als ein Säugmann sich danach bückte, warf ihm jemand aus der „Festung“ einen Ziegelstein nach dem Kopf. Der Säugmann packt Brot und Stein zusammen und trug beides zur Polizei. Ein Guérin zugeworfener Blumenstrauß erreichte sein Ziel, doch Guérin warf ihn entrüstet zurück mit dem Vermerken, er könne die Blumen nicht essen. Gegen 3 Uhr hagelte es Würste, Käse, Tabak und Cigaretten nach den Fenstern Guérins, fast alles fiel jedoch auf den Bürgersteig, ebenso eine Hammelleule die um 4 Uhr zugeworfen wurde. Natürlich entzündend während der Nacht auch Aufläufe, die zu mehrfachen Verhaftungen führten. Beim Mondenschein sah man deutlich an jedem Fenster der Festung einen Mann mit dem Gewehr im Arm Wache halten. Guérin rechnete augenscheinlich auf die Hilfe der antisemitischen Straßenbewohner, wenn es zu einem ernsthaften Zusammenstoß mit der Polizei kommen sollte. Am Freitag hatte Guérin der Regierung angeboten, er wolle sich dem Untersuchungsrichter stellen, wenn er vorher zwei Stunden in der Stadt spazieren gehen dürfte. Man verwarf diesen Kapitulationsvorschlag.

Die allabendlichen Kundgebungen in der Rue de Chabrol waren am Sonntag besonders stark. Es kam wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Schlächter des Stadviertels La Bilette hatten am Sonntagabend eine Versammlung abgehalten, um über die Aufforderung der antisemitischen Führer, sich der Bewegung Guérins anzuschließen, zu beraten. Ein Teil der Schlächter war der Ansicht, daß Guérin unrecht gehandelt habe, die Bedingungen der Regierung abzulehnen; es wurde aber beschlossen, in Massen zur Rue Chabrol zu marschieren. Es war kurz vor Mitternacht, als die gesamte Menge zur Rue Chabrol aufbrach und mit der dort postierten Polizei zusammenstieß, wobei ein heftiges Handgemenge stattfand, in dem Stöcke und Messer eine große Rolle spielten.

Paris, 21. August. Heute herrschte in ganz Paris und in der Rue Chabrol vollständige Ruhe bis 7 Uhr abends. Im Ausbreitungen wie gestern zu verbinden, hat die Regierung Truppen beauftragt, alle Kultusgebäude mit starken Truppenabteilungen zu besetzen. Guérin hat heute kein Lebenszeichen von sich gegeben, seine Festung ist gänzlich geschlossen. Die Regierung trifft im Geheimen umfassende Maßregeln gegen einen nationalitisch-imperialistischen Handreich, der im Zusammenhang mit dem für Drehfus zu erwartenden unglücklichen Verlauf des Prozesses in Rennes für die nächsten Tage zu erwarten ist. Da die abermalige Beurteilung Drehfus' zu gewärtigen, ist die Regierung davon überzeugt, daß die Nationalisten und Royalisten die Rue Chabrol zum Mittelpunkt ihrer revolutionären Agitation machen werden.

Paris, 21. August. Angesichts der energischen Haltung, welche die Regierung annimmt, hat in den letzten Tagen eine ganze Anzahl antisemitischer Agitatoren Paris verlassen und sich nach Belgien begeben.

Paris, 21. August. Eine von der Polizei veröffentlichte Note besagt, daß die in den Berichten über die Aufstellungen am Sonntag angegebene Zahl der Verwundeten übertrieben sei. Die Zahl der verwundeten Schutzleute betrage 71. In der Josephs-Kirche wird morgen der Gottesdienst wieder abgehalten werden. Der dieselbst angerichtete Schaden wird auf 8000 Franks geschätzt. — Sämtliche Kirchen werden von heute an militärisch bewacht. — Der Gemeinderat beauftragte das Präsidium, sich zu Waldeck-Roussieu zu begeben und auf den politischen, moralischen und materiellen Schaden hinzuweisen, welchen die gegenwärtigen Ereignisse der Bevölkerung zufügen.

Parlamentarisches.

Die 24er-Kommission des Abgeordnetenhauses hielt heute Abend noch eine dreistündige Sitzung ab zur Verteidigung des Gemeindevahl-Gesetzes. Nachdem in voriger Sitzung der Kompromißvorschlag Freigen-Sattler gefallen war, hatten die Konservativen beantragt, einen neuen § 3a einzufügen, wonach durch Ortsstatut festgesetzt werden kann, daß a) von der Gesamtsumme der Steuerbeiträge aller Wähler 1/3 auf die erste, 1/3 auf die zweite und 1/3 auf die dritte Abteilung entfallen, b) Stimmberechtigten, deren für die Bildung der Wähler-abteilungen maßgebender Steuerbetrag den im Durchschnitt auf einen Wähler in der Gemeinde entfallenden Steuerbetrag übersteigt, stets der zweiten oder ersten Abteilung zuzuweisen sind; c) bei Bildung der Abteilungen die von den Wählern zu entrichtenden direkten Staatssteuern außer Anschlag zu lassen sind. Bei der Abstimmung wurden die §§ 3 und 4 der Regierungsvorlage, welche nebenfällige Bestimmungen enthalten, angenommen, dagegen der von den Konservativen beantragte § 3a und ebenso schließlich das ganze Gesetz mit 18 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Minister v. Miquel erklärte, daß es für die Regierung von Wert gewesen sei, die Meinung der Kommission kennen zu lernen. Dem Vorschlage Freigen-Sattler würde sie ihre Zustimmung haben geben können. Jedenfalls werde in nächster Session unter möglicher Berücksichtigung der lautgegebenen Wünsche dem Landtage eine neue Vorlage über die Bildung der Wähler-Abteilungen gemacht werden.

Sociales.

Uns wird geschrieben: Die Sonnabend-Kammer des „Vorwärts“ brachte unter dem Stichwort: „Zur Sittlichkeitsfrage“ eine Zuschrift, welche sich mit der im September in Brüssel tagenden internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Syphilis beschäftigt und über dieselbe einige die Öffentlichkeit interessierende Darlegungen giebt. Die Konferenz, welche die öffentliche Erörterung über die Mittel und Wege zur Bekämpfung der venerischen Krankheiten bezweckt, wurde von einer Zahl hervorragender Fachmänner auf diesem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege angeregt und vorbereitet.

Da es sich aber um eine hygienische Frage handelt, zu deren Beurteilung und Lösung medizinische Sachkenntnis allein nicht ausreicht, bei der vielmehr auch juristische, ethische, volkswirtschaftliche und politische Gesichtspunkte in Frage kommen, hat das Organisationskomitee sich nicht darauf beschränkt, Mediziner und Hygieniker zu dieser Konferenz einzuladen, sondern sich auch an Juristen, Juristen, Behörden, sowie an alle diejenigen Männer und Frauen gewandt, welche sich bisher durch schriftstellerische oder agitatorische Tätigkeit auf dem Gebiete der Syphilis- und Prostitutionsfragen bekannt gemacht haben. So sind u. a. Einladungen ergangen an die Genossen Webel, Schoenlank, Klara Zetkin, ferner an die in den Krankenhäusern vertretenen Arbeiter; und die Kassen werden, nachdem in öffentlicher Versammlung die Aufgaben der Konferenz erörtert worden sind, auch Delegierte nach Brüssel entsenden.

Man hat sich ferner an die Vertreterinnen der verschiedenen Richtungen der bürgerlichen Frauenbewegung gewandt, so an die inzwischen verstorbene Frau Jeanette Schwerin, sowie an die als Vorkämpferin für Keuschheit und Sittlichkeit bekannte Frau Vierber-Wöhm. Auch im Auslande sind die Führer und alle Bekannteren Anhänger der abolitionistischen Bewegung, d. i. der Bewegung, welche auf Abschaffung der Prostitutions-Reglementierung abzielt, zur Teilnahme an der Konferenz aufgefordert worden, man hat zu jedem Programmpunkt einen oder mehrere abolitionistisch gesinnte Referenten bestellt, ja noch mehr, man hat, um einer von den Abolitionisten befürchteten Majorisierung durch die medizinischen Mitglieder der Konferenz vorzubeugen, die Konzeption gemacht, daß eingebrachte Resolutionen nicht durch einfache Abstimmung als „Resolution der Konferenz“ angenommen und veröffentlicht, vielmehr bei den einzelnen Resolutionen die Namen der für und gegen dieselben stimmenden Konferenzmitglieder genannt werden sollen. Es ist daher völlig unzutreffend, wenn die — natürlich ebenfalls eingeladenen — Mrs. Butler von einer unglücklichen Absperrung oder auch nur von vorsichtiger Auswahl der Geladenen spricht. Die Konferenz wird in vollster Öffentlichkeit tagen; nicht nur ihre Berichte und Verhandlungen, sondern auch die Teilnahme an denselben wird einem Jeden, der Verständnis und Interesse für diese Fragen hat, zugänglich sein.

Wollen einige Sittlichkeitsfanatiker aus Furcht, mit ihren Lehren vor einem zum großen Teil hochverständigen Publikum nicht durchzudringen, groß bei Seite stehen und schon vorher gegen die Konferenz und deren Ergebnisse Stimmung machen, so ist die Schuld nicht auf Seiten der Leiter der Konferenz, welche allen Richtungen in gleich parteiloser Weise entgegengekommen sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, den 21. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Kassierer Stöver von der Deutschen See-Verfahrgenossenschaft ist nach Unterschlagung von 25 000 Mark flüchtig.

Wien, 21. August. (W. S.) Die „kaiserliche Volkszeitung“ schreibt, die Regierung könne das Abgeordnetenhaus gegenwärtig nicht auflösen, weil die Justizgesetzgebung unerledigt seien; desgleichen müßte die Gemeindevahlrechtsfrage zu einem einigermaßen befriedigenden Abschluß kommen. Miquel habe, wie im parlamentarischen Kreise versichert werde, erklärt, die Wahlrechtsfrage solle unter allen Umständen erledigt werden, auch wenn die Kanalvorlage falle. Am Mittwoch werde der Landtag auf acht Tage vertagt werden, und inzwischen dürften so viele Einflüsse in die Erwägungen der Krone sowie der Regierung einbringen, daß sich heute nicht absehen lasse, was komme. Ausschlaggebend sei die Meinung des Kaisers, auf den die Konservativen durch Anbiederung ihrer Waffengenossenschaft gegen den Ansturz hinarbeiten. Wenn sie damit Glück haben, komme es vielleicht zur Auflösung des Ministeriums, nicht aber des Abgeordnetenhauses.

Wien, 21. August. (W. S.) Abends 8 1/2 Uhr ist der Weichbischhof Schmitz gestorben, der nach bekanntlich glücklich überstandener Weinoperation gestern die erste Messe celebrierte.

Frankfurt a. M., 21. August. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Berlin gemeldet:

In politischen Kreisen ist man allgemein der Ueberzeugung, daß die Entwicklung der durch Ablehnung der Kanalvorlage geschaffenen Krisis einen sehr langsamen Verlauf nehmen wird, und hauptsächlich deshalb, weil sehr schwer neue Männer zur Durchführung der Kanalvorlage und der vom Reichskanzler angedeuteten Aenderung der inneren Politik gefunden werden dürften. Es taucht wieder der Gedanke auf, die Kanalfragen einer Enquete zu unterziehen, was natürlich auf eine Verschleppung hinausläufe. Die Konservativen würden einen solchen Vermittlungsvorschlag ablehnen; sie beschäftigten sich im Laufe dieser Session mit dem Minister des Innern, Herrn v. d. Rode, abzureden, weil er versucht hat, einen Druck auf die Landräte auszuüben. Es verlautete gestern, die Konservativen würden beantragen, alle aus dem Ministerium des Innern kommenden Gesetzentwürfe abzusehen. In ihren Reihen herrscht große Jüderfurcht, weil sie überzeugt sind, daß sich der Mann oder die Männer nicht finden werden, die einen Kampf gegen sie aufnehmen.

Belgrad, 21. August. (W. S.) Im ganzen werden 45 Personen wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung vor das Standsgericht gestellt werden, das im Laufe dieser Woche die Verhandlungen wieder aufnimmt.

Paris, 21. August. (W. S.) Der Vorkämpfer Fürst Münster ist in Urlaub nach Deutschland abgereist. Während seiner Abwesenheit führt der Vorkämpfer v. Below die Geschäfte.

Stimmungsberichte von der „Affaire“.

Ueber die Freitag-Sitzung

und den Eindruck des Zeugen Picquart schreibt uns unser Bericht-erstatler aus Rennes unterm 18. August:

Ich kündigte gestern bereits mit einigen Worten eine neue Fällung des Generalstabs an. Es schien, als ob die Thatsache erst in einigen Tagen bekannt sein würde, weshalb auch Geheimhaltung von mir verlangt war. Aber die in Paris durch den „Figaro“ veröffentlichte Nachricht hat sich hier mit der Schnelligkeit des Blitzes verbreitet und eine starke Erregung hervorgerufen. Man spricht von nichts als dem Schriftstück Schneiders, das vom General Mercier vor das Kriegsgericht gebracht wurde. Und wirklich fragt man sich, wie man nicht sofort sehen konnte, daß dieses Schriftstück, das die Ueberzeugung des Generals Roget bedingte, — wenigstens erklärte er das in seiner Aussage, — und das die Ueberzeugung des Generals Mercier bestätigte, eine Fällung war.

Ich habe sofort mit dem Genossen Jaurès darüber gesprochen. Dieser glaubt, daß es dasselbe Schriftstück ist, das dem General Pelloux gezeigt wurde, als er im Jahre 1897 seine Untersuchung im Betreff des Kommandanten Esterhazy führte, um ihn von der Schuld des Dreyfus zu überzeugen. Wohl gemerkt, es wurde dem General durch den Oberst Henry geliefert. Jaurès stützt diese Meinung auf das Datum des Briefes Schneiders, welches der 30. November 1897 ist.

Nebst dem fragt sich Jaurès, warum ein österreichischer Militär-Attaché in einem Bericht an seine Regierung französisch schreiben sollte; denn der Text des Briefes ist französisch. Warum sollte auch ein Vertreter des Dreiebundes in Paris die Meinung der Attachés Schwarztoppen und Panizzardi über diesen Punkt nur durch Dritte und durch Salongespräche kennen! Denn der Brief Schneiders lautet im Grunde: „Ich habe folgen hören, daß Schwarztoppen und Panizzardi in den Salons die Unschuld des Dreyfus behaupten. Ich dagegen halte an der Ueberzeugung fest, daß er der Verräter ist.“

Es ist undenkbar, daß der österreichische Militär-Attaché die Meinung der Vertreter der beiden verbündeten Nationen über diesen Punkt nur durch dazwischenliegende Gerichte kennt. Falls keine freundschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Herren bestehen, so haben sie offizielle Beziehungen, und es ist ganz undenkbar, daß sie zu dritten Personen ihre Ansichten nehmen müssen, um ihre gegenseitige Meinung über den Untergrund der Affaire Dreyfus zu erfahren.

Das ist die Ansicht Jaurès', der die Fällungen, die er beim Generalstab gefunden hat, gar nicht mehr zählt.

Die Nationalisten sind übrigens keineswegs zufriedentlich. Sie rechnen vor dem Prozeß stark auf die Aussage des Generals Mercier, und dieser hat nichts gesagt; er hat nur ein einziges jammervolles Schriftstück vorgebracht, das heute bereits als Fällung erkannt ist, das aber, wenn es echt wäre, auch absolut nichts beweisen könnte. Die Nationalisten fragen sich, wo dieser von den Revisionisten bewirkte Vormarsch, der auf jeder Etappe durch eine Enthüllung eines vom Generalstab begangenen Verbrechens bezeichnet ist, enden wird.

Der Oberst Picquart setzte seine Aussage fort; mit klarer Stimme fuhr er fort, die Lügen der Generale zu rächen.

Alles in diesem Prozeß war dunkel, geheimnisvoll, verhäßt und voll Lügen. Man glaubte sich mit den Generalen in eine tiefe Höhle begeben, in die das Licht nicht eindringen konnte und aus der die Wahrheit verbannt war und wo nur die Ungerechtigkeit und das Verbrechen zugegen sein durften. Aber Picquart hat den Dedel des Aekers gehoben. Es war, wie wenn plötzlich in diesem großen Festsaal des Theaters alle Thüren und Fenster weit geöffnet würden; man hatte eine Empfindung des Lichtes, der Luft, der Wahrheit.

Arme, arme Sonne der Armee, von der der Kriegsminister General Billot sagte, daß kein Frieden auf ihr sei! Sie ist total verblüht!

Der Oberst Picquart ließ alle Manöver, welche die Generalstabs-offiziere anstellten, um den Verräter Esterhazy zu retten, bei uns vorbeiziehen. Er zeigte uns, wie er die Unschuld Dreyfus' erwiderte und wie er ihn retten wollte. Er zeigte uns, wie er seine Vorgesetzten anging, selbst die Initiative zur Revision zu ergreifen, indem er ihnen die Gefahr zeigte, die es für die Armee hätte, wenn man anderen diese Initiative überließ. Er enthielt uns die verbrecherischen Worte des Generals Goussier, der auf die Ankündigung dieser Gefahr seitens Picquarts antwortete: „Wenn Sie nichts sagen, wird niemand es wissen.“

Der Oberst, der vom Generalstab geopfert wurde, weil er ein ehrliches und gerades Gewissen besaß, zeigte uns endlich, wie seine Vorgesetzten, denen er geantwortet hatte, daß er das Geheimnis von Dreyfus' Unschuld nicht mit ins Grab nehmen würde, sich seiner zu entledigen versuchten, wie sie ihn mit einer geringen Begleitung an die Grenze von Tripolis schickten, wo, wie sie hofften, eine gut gerichtete Kugel sie für immer von diesem Zeugen ihrer Verbrechen und Unwürdigkeit befreien würde.

Ich denke, die Offiziere, welche auf den Stühlen des Kriegsgerichts saßen, sind jetzt wohl über die Moral ihrer Vorgesetzten aufgeklärt.

So gewöhnt sie auch an die Strenge und Notwendigkeit der Disziplin sein mögen, so vorzuziehen sie auch gegen die Verdächtigen der Gerechtigkeit und des Rechtes sind, von der verbrecherischen Gemeinheit ihrer Vorgesetzten müssen sie betroffen sein.

Der General Roget warf sich zum Verteidiger des Generalstabs auf die Estrade, um mit großsprecherischer Miene noch einige Aufklärungen zu verlangen. Auch der erbärmliche Mercier, abstoßender und verbrecherischer aussehend als je, trat in seinem langen schwarzen Mantel ebenfalls noch einmal vor, um Erklärungen über die Zeit seiner Ministerschaft zu geben. Doch wurde der Eindruck der Aussage Picquarts in keiner Weise abgeschwächt.

Und wahrlich, wir ändern, die wir als Sozialisten diesen gräßlichen Militarismus bekämpfen, wir ändern, die wir dem öffentlichen Lawasten die Verbrechen der militärischen Oligarchie enthüllt haben, deren Frechheit und Vanditentum uns erschreckt, wir fühlen uns bei so viel Verbrechen unserer Landsleute im Namen Frankreichs tief erniedrigt.

Welche Erleichterung, wenn alle diese Leute, diese Verräter, Lügner, Meineidigen und Fälscher endgültig entlarvt und abgethan sein werden.

Wehr und mehr drängt sich im Prozeß von Rennes, der den Schluß des entsetzlichsten Dramas bildet, das je aufgeführt worden ist, mehr und mehr drängt sich und hier die Ueberzeugung auf, daß die verschieden gestalteten Verbrechen des Generalstabs den Beginn der Strafe hier finden werden.

Aber wir denken auch, daß die Einrichtung, welche diese ansehensvolle Flut von Verbrechen ermöglicht hat, daß der Militarismus hier seine eigene Verurteilung finden wird, ein Urteil, dessen Vollstreckung uns vorbehalten bleibt.

Ueber die Sonnabend-Sitzung.

speziell die Aussage Guignets, schreibt unser Berichtserstatler unterm 19. August:

Wird man heute von der Fällung Schneiders sprechen? Dieser Gedanke bedrückt uns alle, als wir in den Sitzungssaal treten, in welchem die Verurteilung und täglich sechs Stunden zurückfällt.

Aber die Sitzung beginnt und eine gute Stunde lang sprechen wir darüber, obwohl sie das Wort haben, nicht von der letzten Fällung.

Wie sehr hatte ich gedacht, daß die Generale das Monopol für Lüge und Böswilligkeit haben; einen so starken Gebrauch haben sie davon gemacht. Doch dem ist nicht so.

Der Kommandant Guignet hat uns gezeigt, daß es noch unbekanntes Schicksal höherer Schlichtigkeit und Gemeinheit auch unter den Offizieren von geringerem Range als Armeediebstahl gibt.

Auf den Zeugenstand gerufen, führt Kommandant Guignet eine elende Komödie auf; er hofft, einige Treffen zu ernten, wenn der Tag des Triumphes für die Ungerechtigkeit und Unbilligkeit ansteht, worauf er mit Sicherheit rechnet.

Es genügt, das Gesicht dieses Offiziers zu sehen, um seinen moralischen Wert zu erkennen. Wie in dem des Generals Mercier spiegelt sich darin Heuchelei, Gemeinheit, Böswilligkeit.

Man mußte es sehen, wie er erst schwor, die Wahrheit zu sagen, und dann Winkelzüge machte, und wie er in seiner ganzen Aussage von Anfang an versuchte, den Generalen den Hof zu machen, die in großer Anzahl hinter ihm an dem für die Zeugen reservierten Platz saßen.

Der Kommandant Guignet sagte nichts, als lediglich die ihm von den Offizieren des Generalstabs eingepaßte Section. Als er vom Zeugenstand abtrat, ein Meineidiger vor seinem Gewissen, beeißte sich der General Roget denn auch, ihm die Hand zu schütteln.

Außer der heuchlerischen Hofierung der früheren Kriegsminister enthielt seine Aussage, die in einer Stunde abrollte, nur das vor ihm Gesagte und wieder Gesagte, und nach ihm noch wiederholte nunmehr allbekannte Getrübte und Geschwätz.

Auch er glaubt an die Schuld des Dreyfus und stützt diesen Glauben, wie die andern, auf die Gefändnisse, das Vorderau und das geheime Dossier.

Wenn er spricht, so hat man die Empfindung, daß er seine Galle anderspeit, und in einem Augenblick hat er die Stirn, eine angebliche Indiscretion Dreyfus' zu erzählen; dieser hätte ihn im Jahre 1894 im Ministerium, wo sie zusammen waren, um Nachrichten über die Eisenbahnen gebeten. An seiner ganzen Aussage merkt man den falschen Zeugen, und Demange, der ihm einige Fragen stellt, fällt es nicht schwer, ihn in flagranti der Lüge zu überführen und darauf festzunageln.

Ich halte mich nicht bei der Erklärung auf, die er über die Beziehungen von Schwarztoppen und Panizzardi liefert, eine Erklärung, die natürlich die Schuld des Dreyfus beweisen soll. Ich übergehe auch die Analhie, die er vom System des Karren Vertillon giebt. Es scheint, daß der Kommandant Guignet die vorzüglichsten Arbeiten des verrückten Sachverständigen verstanden hat.

Was die Erklärungen anlangt, die er dem Kassationshof gegeben hat, so kennt sie der Kommandant Guignet nicht. Er erinnert sich nicht mehr, vorm Oberst du Paty de Clam angegeben zu haben, daß er der Urheber aller Untriebe des Generalstabs sei, daß er sogar der Mitschuldige Henrys bei der Ausföhrung seiner Fällung war. Und Demange muß, um ihm diese Thatsachen ins Gedächtnis zurückzurufen, die Verlesung der Aussage des Kommandanten Guignet vor dem Kassationshof beantragen.

Diese Verlesung setzt das Werkzeug der Generale sichtlich in Verlegenheit. Aber er will bis ans Ende gehen, und nun ereignet sich ein schwer wiegender Zwischenfall, der gefährliche diplomatische Verwicklungen herbeiföhren könnte.

Man hatte dem General Mercier in den nationallistischen Blättern gesagt: „Sprechen Sie, sagen Sie alles, sollte auch ein Krieg daraus entstehen.“

Mercier hat alles gesagt, und das war wenig. Doch hat er vor dem Kriegsgericht das gefälschte Schriftstück Schneiders niedergelegt. Seit länger als einer Stunde warteten wir, daß der Kommandant Guignet von dieser Fällung sprechen sollte. Endlich hat er davon gesprochen. In dem er auf das Dementi, das von der österreichisch-ungarischen Botschaft kam, sagte der Kommandant Guignet:

Das letzte Dementi ist dieser Bericht von großer Bedeutung. Ein deutliches Dementi ist ihm soeben in Betreff desselben erlassen. Ich weiß nicht, was an diesem Dementi wahr ist. Wir wissen in Frankreich, daß die Dreyfus aus Ems nicht immer echt sind. Wenn das Dementi sich bestätigt, so bemerke ich, daß das Schriftstück sich in einem Teil des geheimen Dossiers befindet, dessen Echtheit nicht in Zweifel gezogen ist und das offiziell von dem Kriegsminister mitgeteilt ist.

Dieses Dementi richtet sich also gegen die französische Regierung. Ob dies Dementi aufrecht erhalten werden wird, weiß ich nicht; wir sind in der Lage, die Echtheit des Schriftstückes festzustellen.

Der Verfasser des Berichts befindet sich in schlechter Lage, um sich zu verteidigen. Wir haben andere zahlreiche Dokumente von ihm. Wir haben einen Brief seiner Regierung, in welcher sie von ihm Nachrichten über ein französisches Schiff verlangt. Wir haben die Ansdrücke des Toastes, den er bei der Abreise seines Freundes A. ausgebracht hat.

Der Verfasser des hier beigebrachten Berichts dementiert eifrig; aber wir haben Schriftstücke von ihm, die ihn in Verlegenheit setzen können. Ich citiere die Wendung des Toastes, von dem ich sprach. Nachdem er Herrn A. gepriesen hat, fügt er hinzu: „Noch lange wird man in allen Armeen der Welt von Herrn A. sprechen . . . und man wird ihm sagen: Er war ein Typus.“

Offensichtlich sind die Worte nach vorhergegangener Verständigung der Generale mit dem Kommandanten Guignet gesprochen.

Um sich zu retten, schreden die Fälscher vor keinem Mittel zurück, und sie versuchen sogar, die wehren diplomatische Verwicklungen zu schaffen, um sich von dem Weg zum Zuchthaus, auf den ihre Verbrechen sie geführt haben, zurückzuziehen.

An die französische Regierung richtet sich dieses Dementi.“

Nach ihrem Sinne soll also die französische Regierung den Beweis des Gegenteils führen, soll Erklärungen, Entschuldigungen fordern und sich erheben. Und um so schämmer, wenn der Krieg aus all dem entsteht. Der General Mercier wird vom Zuchthaus gerettet sein, seine Mitschuldigen ebenfalls, und an der Spitze der französischen Armeen werden wir die Mitter vom Rastmesser und der Fällung haben, die uns zur Schande irgend eines neuen Sedan führen werden.

Aber nein! Die Regierung oder vielmehr Frankreich wird und kann sich nicht mit allen diesen Verbrechern solidarisch erklären. Was das gesunde, ehrliche und logische Land fordert, ist nur, von diesen Menschen befreit zu werden, die uns ins Verderben führen würden, nachdem sie uns entehrt haben.

Auch hofft man, daß das Manöver Guignet-Mercier noch nicht zu Ende ist. Was auch der meineidige Kommandant sagen möge, es ist nicht glaubhaft, daß das Schriftstück Schneiders nicht eine Fällung sei. Es ist nicht glaubhaft, wie ich schon gestern sagte, daß der österreichische Militär-Attaché an seine Regierung einen Bericht in französischer Sprache schreibt; es ist nicht glaubhaft, daß derselbe Militär-Attaché in diesem Bericht Gerüchte über die Meinung Schwarztoppens und Panizzardi über die Affaire Dreyfus zusammenträgt, da er aus erster Hand die Meinungen des italienischen und deutschen Attachés haben mußte, zumal ja, wie Guignet behauptet, der Oberst Schneider mit dem Oberst Schwarztoppen sehr befreundet war.

Das Schriftstück ist also eine Fällung. Jetzt muß die Regierung es in seinem ganzen Wortlaut den öffentlichen Verhandlungen zugänglich machen. Denn wenn es im geheimen Dossier sich befindet, und wenn es dort den Augen der Kriegsrichter vorgelesen ist, so haben wir nicht den ganzen Wortlaut besprechen können. Wir haben nur von dem Auszug Kenntnis, der vom General Mercier geliefert wurde. Um die Wahrheit zu enthüllen, brauchen wir das ganze Schriftstück, und die Untersuchung, die sich auf seine Herkunft und Echtheit erstrecken muß, wird ergeben, daß wir weiter nichts haben als ein neues Verbrechen seitens der Fälscher.

Wir haben schon die Fällung Henry gehabt, worin die Namen des italienischen und deutschen Attachés citirt waren. Der Krieg

entstand daraus nicht. Wir werden morgen die Bestätigung der Fällung Schneider haben, und der Krieg wird nicht daraus entstehen. Die Pflicht der Regierung ist deutlich gegeben: sie hat lediglich die Fälscher zu bestrafen.

Man wundert sich hier mit Recht und wird sich noch weiter wundern, daß das geheime Dossier aus seinem Geheimnis nach den Bedürfnissen der Anklage heraustritt. Picquart konnte vom Oberst Schwarztoppen nur unter der Bezeichnung A sprechen. Mercier bezeichnete ihn mit Namen und der Präsident des Kriegsgerichts hatte nichts dagegen. Die Zeugen der Verteidigung haben kein Stück des geheimen Dossiers bezeichnet und der öffentlichen Kritik übergeben dürfen; der General Mercier dagegen durfte mehrere Stücke aus seiner Aktenmappe ziehen, sie verlesen und in die Verhandlungen bringen.

Mit welchem Recht, muß man fragen, liefert der General Mercier Stücke aus, die bis jetzt geheim gehalten wurden? Mit welchem Rechte hat er Kopien davon bei sich, und benutzt sie, wenn er glaubt, daß sie seiner Sache und seinen Absichten dienen?

All dies wird bald beendigt sein, und es ist zu hoffen, daß der General Mercier vom Gesetz getroffen wird, das er seit vier Jahren mit solch außergewöhnlicher Frechheit verletz.

Nach dem Kommandanten Guignet tritt der General Boisdoffre, der frühere Chef des Generalstabs, an den Zeugenstand und ruft im Saale lebhaft Aufmerksamkeit hervor. Das ist also der Mann, zu welchem der Hauptmann Dreyfus so viel Vertrauen hatte! Das ist der Mann, auf den er dort unten auf der Teufelsinsel hoffte, wenn er an seine so lange erhoffte Rehabilitation dachte! Armer Dreyfus! Auch er ist ein Feind, und nicht einer von den geringsten, auch er wird sich sofort mit den andern Helmbuschgezierten solidarisch erklären und sagen: „Ich glaube an die Schuld des Dreyfus.“

Oh! Beweise! Er bringt keine! Aber was thut das? Er ist General, und das genügt. Er erklärt sich mit seiner krächzenden Stimme, und erinnert zuweilen, wenn er seine alten Thaten erzählt, an einen alten Genarmen auf dem Ritztag.

Er sucht durch gehässige Verdächtigungen das Zeugnis des Oberst Picquart zu entkräften. Doch wozu darauf eingehen, da es ja immer das alte Lied ist. Wozu weiter auf das Zeugnis des Generals Goussier eingehen und auf die Dozwischentkunst des Generals Willot, der sofort auftrat.

Alle diese uniformierten, mit Helmbusch und Sternen gezierten Menschen haben nur den einen Wunsch, Dreyfus zu verderben, um sich selbst zu retten. Sie benutzen immer dasselbe Mittel und dieselben Argumente.

Ich zweifle, daß es Ihnen gelingen wird, die Wahrheit zu unterdrücken. Uebrigens wird Labori in der nächsten Woche erscheinen, und es wird ein schönes Ballspiel werden, das er mit den Köpfen der Generale spielen wird!

Partei-Nachrichten.

Die Parteigenossen des Saalkreises beschloßen am Sonntag auf ihrem Kreisparteitage, sich überall, wo es möglich ist, selbständig an den Gemeindevahlen zu beteiligen.

Dem österreichischen Parteitage liegen Anträge vor, die darauf abzielen, die 1897 geschaffene Gliederung der Parteiorganisation nach nationalen Gruppen zum Teil wieder aufzuheben, da es sich herausgestellt hat, daß diese nationale Gliederung bei allgemeinen politischen Aktionen das gemeinsame Handeln erschwert.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Teilnahme an einer öffentlichen politischen Versammlung wurde von der anhaltischen Kreisdirektion Wallenstein gegen einen Minderjährigen eine Strafe von 15 M. oder 10 Tagen Haft verhängt. Unser anhaltisches Parteiblatt macht darauf aufmerksam, daß nach dem anhaltischen Vereinsgesetz Minderjährige die Teilnahme an öffentlichen Versammlungen gar nicht verboten ist.

Von der Strafkammer in Erfurt als Berufungsinstanz wurden zwei Genossen wegen Veranstaltung eines verbotenen Umzuges (es handelte sich um einen zwanglosen Spaziergang) zu je 6 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Jur Lohnbewegung der Bauschler. Seit dem letzten Bericht ist insofern eine Veränderung eingetreten, als im Laufe des heutigen Tages zu der bereits gemeldeten Zahl der Bewilligungen noch 7 Werkstellen mit 89 Kollegen hinzugekommen sind, und zwei größere Werkstellen, welche bisher keine Forderungen gestellt hatten, solche ihren Meistern unterbreitet haben.

In Charlottenburg hat Etiebig u. Köpfe bewilligt.

In der vorgestrichenen Nummer des „Vorwärts“ befindet sich eine Erwiderung der Arbeiter des Tischlermeisters Sauer auf unsere Mitteilung in Nr. 189 des „V.“ betreffs der dortigen Arbeitsverhältnisse. Wir halten an unserer damals gemachten Notiz fest, bloß festzustellen ist, daß die weiterarbeitenden Kollegen von der Streikleitung der Berliner Bauschler irrtümlich als unorganisierte bezeichnet wurden, selber haben sich auch hier einzelne Verbandsmitglieder und gegenüber gestellt und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie teilweise keine Forderungen gestellt und dann am Montag die Werkstatt nicht verlassen, wie es überall geschah.

Im übrigen können wir betonen, daß Herr Sommer auch heute noch nicht von den Berliner Kollegen aufgestellten Tarif bezahlt hat, also von einer Bewilligung nicht die Rede sein kann.

Die Lohnkommission für Charlottenburg.

Urhing, Metallarbeiter! Die Drücker der Berliner Metallwarenfabrik vormals Ludwark haben wegen Lohnforderungen sämtlich die Arbeit eingestellt. Zuguz ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.

In der Buchdruckerei von Otto Cule in Kottbus steht sämtliches Personal (drei verheiratete und vier ledige Kollegen) mit Ausnahme der Hilfsarbeiter in Kündigung. Grund: Arbeitszeit-Reduction von 9 1/2 auf 7 1/4 Stunden und Lohn-Abzug für die weniger geleistete Arbeitszeit. Als am Sonnabend sämtliche Kollegen vollen Lohn verlangten, wurde allen gelündigt. Am Montag wurde außerdem der bisherige Geschäftsführer sofort entlassen und dem Bemerkten, daß ihm 14 Tage Lohn ausgezahlt würden, er sich aber täglich im Comptoir zu melden hätte. — Vor Konditionsannahme wird gebeten, Erkundigungen beim Vertrauensmann, Kollegen Otto Weeske, Kottbus, Wärschenstr. 20, einzuziehen.

Die Maurer in Sorau haben gestern die Arbeit niedergelegt. Zuguz ist fernzuhalten.

Die erste Generalversammlung des neugegründeten elbisch-lothringischen Textilarbeiter-Verbandes, die kürzlich in Wülshausen tagte, war von 22 Delegierten aus 13 Orten besucht. Reichstags-Abgeordneter Hueb-Wülshausen wohnte als Gast den Verhandlungen bei. In seinem Referat über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Textilarbeiters und den Zweck des neuen Verbandes betonte er besonders die Notwendigkeit, bei der Auswahl der mit der Leitung und Führung der Organisation zu betrauten Personen äußerste Vorsicht walten zu lassen. Er warnte vor allzu leichtfertigen Streikunternehmungen (sofern von solchen in den nächst-

Orgelkonzert. Beim Orgelkonzert in der Marienkirche am Mittwoch, den 23. August, mittags 12 Uhr, werden Fräulein Hedwig Reuter, Herr Dr. Fr. Grimm, der Violonist Herr Bruno Schrammer und Herr Franz Schmidt im Verein mit Herrn Musikdirektor Otto Dinkel Kompositionen von Bach, Dänbel, Tartini, Beethoven, Mendelssohn, Raff, Alb. Becker und Dinkel zur Ausführung bringen. Als neu bezeichnet das Programm Dinkels sechste Konzert-Fantasie in F-dur. Der Eintritt ist frei.

Auf der „Trepow-Sternwarte“ hält am 25. Beobachtungsaften des Vereins von Freunden der Trepow-Sternwarte Mittwoch, den 23. August, abends 8 Uhr, Professor Urban Krieger einen großen Experimentalvortrag über die Wärmelehre. Zahlreiche Experimente sind für diesen Vortrag in Aussicht genommen. Es wird u. a. die Entzündung elektrischer Ströme durch die Thermoelemente, die Erzeugung flüssiger Kohlenäure, das Gefrieren von Quecksilber in einem schließenden Nadel vorgeführt. Bei den praktischen Anwendungen der Wärmelehre werden die Ursachen der Dampfessig-Explosionen, die Sprengung eines starken eisernen Hohlzylinders durch Gefrieren des Wassers, die regelmäßigen Explosionen der Wessler, etc. experimentell gezeigt. Nach dem Vortrag werden die Wandtafeln mit dem Reflektor beobachtet und vom Direktor G. S. Krüger erklärt.

Aus den Nachbarorten.

Trepow-Baumfällentweg. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, hält der Verein „Vorwärts“ seine Versammlung im Lokal von Staßfurt ab. Genosse Markwald hält einen Vortrag über die Judenfrage und werden die Parteigenossen um regen Besuch gebeten. Der Vorstand.

Wilmerdorf und Halensee. Die Parteigenossen werden auf die morgen, Mittwoch, abend im Volksgarten stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Stadtordeener G. Loh-Schöneberg referiert über die gegenwärtige politische Lage. Da außer der Wahl von Delegierten zur Kreisversammlung noch eine Diskussion über die Frequenz der gesperrten Lokale durch einzelne Arbeiter auf der Tagesordnung steht, erwartet zahlreichen Besuch. Der Vertrauensmann.

Charlottenburg. Die Parteigenossen und Genossen werden nochmals auf die am Mittwoch in der Gambius-Bräueri, Wallstraße 94, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. In der Bes. J. A. Altman über das Thema „Er soll Dem Herr sein“ referiert. In recht reger Beteiligung fordert namentlich die Frauen auf. Der Vertrauensmann.

Steglich-Friedenan. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gasthaus Gubin, Steglich, Ahornstr. 15a, eine Parteiverammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Jubel über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage referiert. Auch werden die Delegierten zur Kreisversammlung gewählt. Bei der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß Parteigenossen und Genossen zahlreich anwesend sind. Der Vertrauensmann.

Äpyenia. Am Mittwoch findet eine Flugblatt-Verbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich dazu um 7 Uhr abends recht zahlreich bei A. Stippeloh, Schönelerstraße, einzufinden. Der Vertrauensmann.

Äpyenia. Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Stippeloh, Schönelerstraße 5, eine Versammlung des Arbeitervereins statt, in der über wichtige kommunale Angelegenheiten diskutiert wird. Der Vorstand.

Pankow. Der Lesesaal des Sozialdemokratischen Arbeitervereins findet heute abend 8 1/2 Uhr bei Eder, Mühlensstr. 24, statt. Der Vorstand.

Die Kreisversammlung für den Wahlkreis Oberbarnim findet, wie uns vom Kreisvertrauensmann gemeldet wird, am Sonntag, den 3. September in Freiental a. D. im Raddasch'schen Lokale statt.

Statistisches vom Wahlstern der Krassen Ungerechtigkeit. Die Stadt Charlottenburg zählt nach der für das Jahr 1899 jetzt veröffentlichten Gemeindevählerliste 28 870 Kommunalwähler gegen 26 831 im Jahre 1898. Davon entfallen auf die I. Abteilung 251 (1898: 247), auf die II. Abteilung 1295 (98: 1231) und auf die III. Abteilung 27 329 (98: 25 353). Die Gesamtsteuersumme aller Wähler beläuft sich gegenwärtig auf 5 335 168 M. gegen 4 566 984 M. im vorigen Jahre und ist somit in diesem einen Jahre um 768 799 M. angewachsen. Zur I. Wählerabteilung gehören alle diejenigen Steuerzahler, welche einen Betrag von mindestens 3188 M. (98: 2554) zahlen. Die II. Abteilung beginnt mit dem Steuerbetrage von 3178 M. und endet mit 745 M. (98: 668), so daß die III. Abteilung mit dem auch noch sehr respektablem Steuerbetrage von 744 M. beginnt. Es wird also in Charlottenburg von Jahr zu Jahr ganz erheblich schwerer, in die zweite und gar in die erste Wählerklasse zu gelangen.

Eine planmäßige Vernichtung von Hunden scheint von rücksichtslosen Personen im „Friedenauer Ortsteil“ von Schöneberg betrieben zu werden. In ganz kurzer Zeit sind dort nach einander über 20 Tiere und hiervon allein in der letzten Woche 16 Stüd, von der Straße vergiftet zu ihren Besitzern zurückgeführt und dann verendet. Die Thäter kennt man nicht.

In der Alt-Buchhorster Wardsache verfolgt die Berliner Kriminalpolizei, nachdem die Verdachtsgründe gegen zwei Personen sich als nicht stichhaltig erwiesen haben, neue Spuren. Der Kriminalkommissar Braun stellte zu diesem Zweck am letzten Sonnabend in Hüttenwalde an der Spree Ermittlungen an.

Gerichts-Zeitung.

Der bekannte § 11 des Preßgesetzes bildete gestern wieder einmal den Gegenstand der Erwiderungen vor dem hiesigen Schöffengericht, vor welchem sich der Chefredakteur der „Voss. Ztg.“ Friedrich Stephan wegen Nichtaufnahme einer Verächtlichmachung zu verantworten hatte. Die „Voss. Ztg.“ brachte in ihrer Nr. 261 vom 7. Juni einen Bericht über eine förmliche Volksversammlung, in welcher es zu heftigen Austritten zwischen dem Vertreter der Naturheilkunde Max C. C. und anwesenden Ärzten, insbesondere dem prakt. Arzt Dr. C. Schürmeyer gekommen war. Gegen diesen Bericht, der von Dr. Schürmeyer selbst verfaßt war, richtete sich eine Verächtlichmachung des Herrn C. C., die in Nr. 265 der „Voss. Ztg.“ abgedruckt wurde. Dem gegenüber verlangte Dr. Schürmeyer, der Verfasser des berichteten Artikels, gleich „auf Grund des Preßgesetzes“ wiederum eine Verächtlichmachung, und als diese nach einigen Tagen noch nicht erschienen war, wandte er sich an die Staatsanwaltschaft. — Der Anwalt erwachte nach Form und Inhalt der Verächtlichmachung den Redakteur für verpflichtet, dieselbe abzuwenden, und da dies nicht geschehen sei, beantragte er 20 M. Geldstrafe. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Marxwisch bestritt dagegen die Pflicht zum Abdruck der Verächtlichmachung des Dr. Schürmeyer. Diese enthalte nichts, was er nicht schon in seinem ersten, der „Voss. Ztg.“ gelieferten Berichte behauptet habe. Wenn Herr C. C. die Richtigkeit dieser Behauptungen bestreite, könne die „Voss. Ztg.“ unwillig gezwungen werden, Herrn Dr. C. nochmals das Wort zu denselben Ausführungen zu gestatten. Auf diese Weise könnten die Parteien mit Behauptung und Gegenbehauptung wochenlang die Spalten einer Zeitung füllen. Das wäre eine vollständig willkürliche Ausbeutung der Bestimmungen des Preßgesetzes, nach welchen beiden Teilen Gelegenheit gegeben sein soll, einmal zu Worte zu kommen. Der Angeklagte habe jedenfalls in gutem Glauben gehandelt, zumal die Verächtlichmachung einen leidigen Ausdruck enthielt. — Der Gerichtshof war der Ansicht, daß das Verlangen des Dr. C. nach Verächtlichmachung objektiv berechtigt gewesen sei; andererseits habe der Angeklagte wohl rechtliche und tatsächliche Bedenken haben können, also in gutem Glauben gehandelt. Der Gerichtshof sprach ihn deshalb von Strafe und Kosten frei, ordnete aber die nachträgliche Aufnahme der Verächtlichmachung an.

Die Unerschlichkeit eines Dienstmädchens haben zwei jugendliche Schwindler, die gestern wegen Betruges und Diebstahls vor dem Schöffengericht standen, in dreifacher Weise ausgeübt. Die treibende Kraft des Schwindels war der 19jährige Weisgerber Karl Rudolf Vordato, während der 20jährige Fabrikarbeiter Wilhelm Brinkmann nur ein wenig nachgeholfen hat. Vordato, der mit seinen 19 Jahren schon eine „Praxis“ hat, sich aber um ehrliche Arbeit nicht kümmert, lernte die Freundin seiner Braut kennen, die sich als christliches Dienstmädchen über hundert Mark erspart hatte und ihm deshalb als geeignetes Objekt für betrügerische Unternehmungen erschien. Er bogerte dem Mädchen zunächst etwa 20 M. ab und brachte sie dann in folgender Weise um ihre gesamten Ersparnisse: Er schwindelte dem Mädchen vor, daß er „auf der Post“ beschäftigt sei und wiederholt durch Ankauf von Wechseln schönes Geld verdient habe. Dann redete er ihr zu, doch auch einmal eine so günstige Gelegenheit wahrzunehmen, einen ihm angebotenen Wechsel über 100 M. aufzukaufen und in kurzer Zeit sicher ein artiges Stämmchen daran zu verdienen. Das Dienstmädchen, welches von der Beschaffenheit eines Wechsels keine Ahnung hatte, ließ sich lockern, gab den ganzen Rest ihrer mühsam erworbenen Ersparnisse her und erhielt dafür ein beschriebenes Wechselformular, welches sie äußerst vorsichtig in ihrem Garderoberschrank versteckte und nur abends in der Mapfunde hier und da einmal hervorholte, um es wie einen glückverheißenden Talisman andächtig zu betrachten. Eines Tages erschienen beide Angeklagte bei ihr und Vordato brachte ihr die frohe Botschaft, daß der Wechsel mit 170 M. „herausgekommen“ sei (!) und eingelöst werden müsse, wozu allerdings noch 20 M. Stempelgeld erforderlich sei. Brinkmann bestätigte „als Kollege“ die Angaben seines Freundes. Da das Mädchen zum Ausgehen keine Zeit hatte, vertraute sie den Wechsel dem Vordato an, gab noch 20 Mark dazu und bat, das Geschäft für sie in Ordnung zu bringen. Vordato war damit wieder in den Besitz des von ihm angefertigten Wechsels gelangt, er hatte die Ersparnisse des armen Mädchens verjubelt und ließ sich nicht mehr sehen. Das Mädchen offenbarte sich in der Verzweiflung seiner Herrschaft und diese erlittene Anzeige bei der Polizei. Obwohl beide Angeklagte noch jung und unbescholten waren, glaubte der Gerichtshof doch mit Rücksicht auf die Dreistigkeit und Gemeingefährlichkeit dieses Schwindels widerumstände verlangen zu müssen, und verurteilte den Angeklagten Vordato zu 8 Monaten, Brinkmann zu 14 Tagen Gefängnis.

Durch eine thörichte Handlungsweise hat der Briefträger Paul Adamel Ehre und Amt aufs Spiel gesetzt und sich beinahe ins Justizhaus gebracht. Er stand gestern wegen schwerer Urkundenfälschung und versuchten Betruges vor der zweiten Herren-Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte befaß sich in seiner dienstfreien Zeit mit der Abfassung von Engagen, Wirtschäften und dergleichen. Der Schankwirt Urban führte für seinen Sohn eine Klage gegen die Berufsgenossenschaft. Am 18. Februar dieses Jahres erhielt er mittels eingeschriebenen Briefes vom Schiedsgericht das Urteil zugesandt, das dahin ging, daß sein Sohn mit seinen Ansprüchen abzuweisen sei. Gegen dies Erkenntnis wollte Urban beim Reichsversicherungsamt Einspruch erheben. Am 19. März erschien er beim Angeklagten, um ihn zu beauftragen, das Schriftstück abzulassen. Adamel erlab aus dem Briefumschlag, in dem sich das Urteil befand, daß es mit dem Ausgabestempel vom 18. Februar versehen und daß deshalb die zu wählende vierwöchige Frist überschritten sein würde, bevor die Berufungsschrift in die Hände der höheren Instanz gelangen konnte. Der Angeklagte wies seinen Auftraggeber hierauf hin, nahm aber dennoch den Auftrag an, um dem Vermerken, daß er versuchen wolle, sich mit seinem Kollegen, der den Brief bestellt hatte, zu einigen. Er fertigte dann die Berufungsschrift an und sandte sie ab. — Am dem Einwand der überschrittenen Berufungsfrist zu begegnen, sandte der Angeklagte den Briefumschlag ein, der nimmere mit dem Vergütungstempel (V) vom 21. Februar und mit dem Vermerk des Beamten: „Adressaten nicht angetroffen, lag bis zum 21. Februar“ versehen war. Es erregte Verdacht, daß der Brief nicht auch mit den Vergütungstempeln vom 19. und 20. Februar versehen war, wie es bei wiederholter vergeblicher Bestellung hätte geschehen müssen. Es wurden Ermittlungen angestellt, wodurch sich ergab, daß der Angeklagte den Stempel vom 21. Februar selbst aufgedrückt und den Vermerk des Beamten gefälscht haben mußte. Troy des erdrückenden Ergebnisses der Beweisabnahme beharrte der Angeklagte bei seinem Zeugnis, wodurch er seine Lage nur verschlechterte. Der Staatsanwalt beantragte eine Justizhaustrafe von anderthalb Jahren, der Gerichtshof glaubte aber doch, dem Angeklagten mildernde Umstände nicht verjagen zu sollen, und erludte auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten.

Unternehmer-Verbände.

Zur Gründung eines Schuhfabrikantenvereins sind die vorbereitenden Schritte eingeleitet worden. Die Aufgabe des Ringes soll in erster Linie eine Erhöhung der Schuhpreise sein. Begründet wird dieses Vorgehen mit der vom Verband Norddeutscher Schuhfabrikanten durchgeführten fünfprozentigen Preissteigerung für Leder, welcher bald eine weitere fünfprozentige Preissteigerung folgen soll. Auch die durch Konkurrenz gedrückten Preise für fertige Ware werden hierbei ins Feld geführt.

Vermischtes.

Die Pest in Portugal. Aus Oporto wird vom Sonntag berichtet: Hier wurden gestern drei neue Fälle von Pest vorkommen festgestellt. Die nach Oporto gesandten spanischen Ärzte halten den Sanitätsdienst und die getroffenen Vorbeugungsmahregeln in Portugal für ungenügend. Gerüchlicherweise verlautet von einer in Aigueira an Pest vorgekommenen Erkrankung und von einem Todesfall in Vorellos. Die Epidemie scheint an Verbreitung zu gewinnen. An der portugiesischen Grenze sind französischerseits mehrere Lazarette errichtet. Der spanische Konsul in Oporto soll zur Verantwortung gezogen werden, weil er es unterlassen hat, die Regierung von dem Auftreten der Pest in Kenntnis zu setzen. Aus Portugal kommende Reisende bestätigen, daß ein Pestfall in Lissabon vorgekommen ist. Die Pestepidemie scheint sich auch in portugiesisch Ostafrika bemerkbar zu machen. Aus London, 19. August, wird berichtet: Wie dem „Reuterschen Bureau“ aus Laureano Marquez gemeldet wird, sind noch amtliche Feststellungen in Magude, zwei Tagereisen von Laureano Marquez, mehrere als Pestepidemie verdächtige Erkrankungen vorgekommen. Den portugiesischen Behörden in Oporto kann der schwere Vorwurf nicht erspart werden, daß sie durch ihr Verhinderungssystem verhindert haben, die fürchterliche Krankheit im Keime zu ersticken. Welch ernste Gefahren dadurch für die benachbarten Staaten erwachsen sind, läßt sich noch gar nicht übersehen. Jedenfalls treffen diese schon allerlei Sicherheitsmahregeln, um beim Auftreten der Pest innerhalb ihrer Landesgrenzen gegen sie gerüstet zu sein. Auch Frankreich trifft bereits Vorbeugungen. Aus Paris, 20. August, wird darüber gemeldet: Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein Dekret, durch welches das Pasteurische Institut in Paris zur Herstellung von Antipest-Serum ermächtigt wird.

Ueber die Ausbreitung der Pest liegen neue amtliche Mitteilungen nicht vor. Gemeldet wird nur, daß die Sanitätsbehörde in Lissabon beschlossen hat, die Stadt Lissabon völlig gegen außen abzuriegeln, und daß andererseits das Wiener portugiesische Konsulat die Nachricht demontiert hat, auch in Lissabon seien schon Pestfälle zu verzeichnen. Inzwischen fahren die fremden Mächte fort, Schutzmahregeln gegen die Pest im Verkehr mit Portugal zu ergreifen. Spanien hat seine Quarantäne-Maßnahmen weiter ausgedehnt und auch aus Brasilien wird telegraphisch gemeldet, die Regierung hätte Quarantäne

angeordnet für Gerüste aus kontinentalen und insularen portugiesischen Häfen des Atlantischen Meeres und dem spanischen Hafen Vigo.

Auch Hamburg, das einen ziemlich bedeutenden Schiffsverkehr mit portugiesischen Häfen unterhält, hat seine Sicherheitsmahregeln ausgedehnt. Die von Oporto kommenden Schiffe werden in Cuxhaven von den Posten zur gesundheitspolizeilichen Kontrolle gebracht. Die Untersuchung geschieht durch einen für die Kontrollierung der Seeschiffe in Cuxhaven stationierten Arzt unter Leitung des Hafenarztes Dr. Noth. Alle von portugiesischen Häfen und von den Oporto benachbarten spanischen Häfen in Hamburg ankommenden Schiffe werden in Bezug auf den Gesundheitszustand der Mannschaften einer besonders sorgfältigen ärztlichen Ueberwachung unterworfen. Von Portugal werden Pumpen aller Art, getragene Kleider, gebrauchtes Bettzeug und Leibwäsche nur nach vorheriger Desinfektion zur Einfuhr zugelassen. Ferner wird auf Veranlassung des Hamburger Medizinalkollegiums provisorisch eine zweite Desinfektionsanstalt am neuen Hafen in Cuxhaven eingerichtet, die von Angestellten der Hamburger Desinfektionsanstalt unter ärztlicher Leitung bedient wird.

In Bremerhaven ist die elektrische Kraftstation der dortigen Strahnbahn, Eigentum der Köhler Accumulatorenwerke Gottfried Hagen, mit allen Maschinen niedergebrannt. Es liegt sahr-lässige Brandstiftung vor.

Gemütliches von der Rachelbahn. Eine ältere Handelsfrau aus Bremen, die seit Jahren den Wochenmarkt in Vellien besucht, hatte am Sonnabend die Station dieses Ortes verschlafen und erwachte, als der Zug sich bereits wieder in Bewegung gesetzt hatte. Ohne weiteres Bestimmen verließ die etwas unbeholfene Frau den fahrenden Zug auf der Strecke, und hülfsbereite Passagiere warfen das Gepäc der Händlerin, meist lebende Fische, zum Wagen hinaus. Frau und Fische blieben unverfehrt.

In der Landgemeinde Wichmannshausen ist, wie aus Kassel gemeldet wird, der Typhus ausgebrochen. Innerhalb einiger Tage wurden zwölf Familien von der Krankheit ergriffen. Drei Personen mußten in das Kasserler Krankenhaus übergeführt werden.

Eine Flaschenpost hat eine Dame am Strande von Westerland gefunden. Der darin befindliche Brief, der in deutscher, englischer und schwedischer Sprache geschrieben war, ergab, daß die Flasche von der schwedischen Spitzberger-Expedition, von der man seit längerer Zeit nichts gehört, ausgenommen worden war. Der Finder der Flasche wurde ersucht, die in dem Briefe enthaltenen Fragen über Ort und Tag des Fundes mit Angabe seines Namens und des Langes und Breitengrades des Fundortes zu beantworten und den Brief an das meteorologische Institut in Upsala zu senden, was auch geschehen ist.

Der Luftschiffer Spelterini in Bern hatte am Sonntag ein gefährliches Abenteuer zu bestehen, indem sein Ballon nach einem Aufstieg bis zu 4000 Meter und wunderbarer Fahrt bei einem mißglückten Landungsversuch etwa 200 Meter vom Ufer in den Dumersee wiederging. Die Insassen des Korbes, Spelterini und ein Herr und eine Dame aus Bern, schwebten in Lebensgefahr, doch gelang es einigen Schiffen, die Ertrinkenden wie den Ballon zu retten.

Ein Teilnehmer an der letzten Franklinschen Expedition nach dem Nordpol, John Robinson, starb vor einigen Tagen in Newport (Monmouth). Robinson ging als junger Mann auf den Walfischfang nach dem arktischen Ocean und besuchte später als Teilnehmer an der Franklinschen Expedition den entgegengesetzten Pol.

Abgekürztes Grenzverfahren. Eine Zeugenvernehmung unter hestren Umständen fand kürzlich auf der deutsch-französischen Grenze statt, da wo die Straße von dem lehringischen Dorfe Jbigny nach dem französischen Städtchen Diamont hinüberführt. Der Amtsrichter von Jbigny hatte in einer Diebstahlsaffäre einen französischen Gendarm (den Bestohlenen) und dessen Frau als Zeugen zu vernehmen. Um nun allen Weitläufigkeiten bei der Vernehmung von Ausländern aus dem Wege zu gehen, lud der Amtsrichter den Gendarmen auf die Grenze vor. Namentlich eines Badhofes wurde ein Tisch so aufgestellt, daß dessen eine Hälfte auf deutschen, die andere auf französischem Boden zu stehen kam. Auf der deutschen Seite saßen Amtsrichter und Gerichtssekretär, ihren Durst mit Wasser stillend, auf der französischen Seite der Gendarm und seine Frau, die Bier tranken. Nach Beendigung der Vernehmung legten Richter und Sekretär sich auf ihre Pflöc und radelten gut verächteter Sache dem heimischen Städtchen zu, indes die von drüben wieder gen Diamont zogen.

Marktpreise von Berlin am 19. August 1899

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.		Schweinefleisch		Kornpreise	
Waren	D. Gr.	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg
*) Weizen	15.80	14.80	1.60	1.60	1.60
*) Roggen	14.90	13.80	1.60	1.60	1.60
*) Futter-Gerste	13.20	12.80	1.60	1.60	1.60
*) Hafer gut	15.60	15.00	2.40	2.40	2.40
*) mittel	14.90	14.40	60 Stüd	4.00	2.20
*) gering	14.30	13.80	1 kg	2.20	2.20
*) Weizen	4.32	3.32	1 kg	2.80	1.20
*) Gerste	6.80	4.00	1 kg	2.60	1.20
*) Hafer	4.00	2.50	1 kg	2.40	1.20
*) Weizen	5.00	2.50	1 kg	1.80	0.80
*) Roggen	7.00	3.00	1 kg	2.50	1.20
*) Hafer	9.00	4.00	1 kg	1.60	0.80
*) Weizen, neue	1.00	1.20	1 kg	12.00	2.00
*) Weizen, alte	1.20	1.00	1 kg	12.00	2.00

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Notierungssätze — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Lappel-Centner.

*) Weizenmarktpreise. **Produktenmarkt vom 21. August.** Das namentlich für Weizen unverändert harte Landangebot wirkte hemmend auf die Kaufkraft, ohne jedoch die Preisgestaltung ungenügend zu beeinflussen. Weizen und Roggen zogen 0.75 bis 1.00 M. an. Hafer lag fester auf schwache Zufuhr. Spiritus verkehrte in fester Haltung. loco 70er zog 20 Pf. an und stellte sich auf 43.80. Am Marke waren 30 000 Liter. Termine behaupteten ihr letztes Niveau.

Gierberich vom 21. August. Normale Eier je nach Qualität von 2.75—3.00 M. per Schock. Auswärtige keine Ware je nach Qualität 2.20 bis 2.30 M. per Schock. Kalksteine je nach Qualität von —, M. bis —, M. per Schock. Tendenz: fester.

Kartoffelmarktpreise. Feinste Kartoffelstärke per 100 kg. Brutto inkl. Sad —, Prima trockene Kartoffelstärke per 100 kg. Brutto inkl. Sad und Wehl 19.00—19.10 M. Supra trockene Kartoffelstärke — M. Kartoffelmehl per 100 kg. Brutto —, Prima Kartoffelmehl 19.00 bis 19.10 M. per 100 kg.

Briefkasten der Expedition.

H. M. Frau Braun wohnt Kolonie Grunewald, Wernerstr. 18.

Witterungsübersicht vom 21. August 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenh.	Wetter	Temp. u. G. u. N.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenh.	Wetter	Temp. u. G. u. N.
Stolte	765.9	SW	3	bed.	18	Wuppertal	763.8	SW	1	wolklos	11
Stolte	765.9	SW	3	bed.	18	Wuppertal	763.8	SW	1	wolklos	11
Stolte	765.9	SW	3	bed.	18	Wuppertal	763.8	SW	1	wolklos	11
Stolte	765.9	SW	3	bed.	18	Wuppertal	763.8	SW	1	wolklos	11
Stolte	765.9	SW	3	bed.	18	Wuppertal	763.8	SW	1	wolklos	11

Weiter-Propgnose für Dienstag, den 22. August 1899. Etwas wärmer, vieloch heiter, zeitweise wolfig bei schwachen nördlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralftr. 18c:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bernstein und das Genossenschaftswesen. Referent Genosse Paul Jahn.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
240/16 Der Vorstand. J. A.: Paul Kärst, Mariannenstr. 23.

Wilmerdorf und Halensee!

Mittwoch, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Volksgarten“, Berlinerstr. Nr. 10:

Volks-Versammlung für Frauen und Männer.

Tages-Ordnung:
1. Die gegenwärtige politische Lage. Referent: Genosse E. Obst-Schneberg. 2. Diskussion. 3. Wahl von drei Delegierten zur Kreis-Konferenz. 4. Verschiedenes.
203/7
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vertrauensmann.

Achtung, Kistenmacher!

Dienstag, den 22. d. M., abends 8 Uhr, in Stecherts Festsälen, Andreadstr. Nr. 21:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Streit bei Drechsel, Barnimstr. 22; der Streit bei Voigt, Melchiorstr. 30 und die Ausperrung bei Einsporen, Reichenbergerstr. 47.
Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht, daß ein jeder Kollege in dieser Versammlung erscheint.
95/10 Die Kommission der Berliner Kistenmacher.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Dienstag, den 22. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Herdler, Steinmetzstr. 55:

Versammlung für Rixdorf.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Rud. Assmann über: „Die Unfallversicherung.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mittwoch, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Graumann, Rönningstr. 27:
Vertrauensmänner-Konferenz für den Süden.
113/12 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Modelltischler! Achtung!

Mittwoch, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstr. 178:

Oeffentl. Versammlung der Modelltischler

sowie aller in Maschinenfabriken und Eisengießereien beschäftigten Holzarbeiter Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtige günstige Wirtschaftslage und wie man sie auszunutzen kann? Referent: Rudolf Millarg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen jedes einzelnen Kollegen!
109/4 Der Vertrauensmann.

Verein deutscher Schuhmacher.

Mittwoch, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr:

Mitgliederversammlung des Bezirks Osten

bei Wilke, Andreadstr. Nr. 38.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Stellungnahme zur Handindustrie. 3. Verschiedenes.
Die Wider der Fabrikanten Philipp sind besonders eingeladen.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
170/5 Die Ortsverwaltung.

Droschkenkutscher!

Mittwoch, den 23. August, abends 9 Uhr, im „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Th. Metzner über: „Die Stillschließung der heutigen Gesellschaft.“ 2. Bericht der Revisoren über den Agitations- und Streikfonds. 3. Diskussion.
206/6 Das Agitationskomitee.

IV. Wahlkreis (Osten).

Sonntag, den 27. August ex.:

Sassallefeier

in Kellers Festsälen, Kopenstrasse 29.

Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz.

Anfang 4 Uhr.

215/13*

Das Komitee.

Achtung! Maurer. Achtung!

Dienstag, den 22. August, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Kopenstrasse 29:

Grosse Versammlung

der Mitglieder der Zahlstelle Berlin II des Central-Verbandes deutscher Maurer.

Tages-Ordnung:
Vortrag von P. Jahn über: Lebenshaltung und Volkswohlstand. 2. Gewerkschaftliches.
Guten Besuch erwartet
137/6* Die Verbandsleitung. J. A.: Karl Pansor.

Oeffentliche Versammlung aller Lithographen Berlins u. Umg.

am Donnerstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der „Arminshallen“, Kommandanten-Str. 20.

Tages-Ordnung:
1. Die Umwandlung des Unterstufungs-Fonds in eine Arbeitslosen-Unterstützungskasse. Referent: Kollege Schrader.
2. Die Notwendigkeit eines Kongresses der Lithographen Deutschlands und Wahl der Delegierten. Referent: Kollege Tischendorf.
3. Die Zustände innerhalb der Merkantill-Lithographie. Referent: Kollege Postner.
204/7b
Alle Kollegen (insbesondere auch alle Merkantill-Lithographen) sind dringend gebeten, in dieser wichtigen Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Donnerstag, den 24. August 1899, abends 8 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33:

Sitzung der Baudenputierten der Töpfer

Berlins und Umgegend.
Da wichtige Angelegenheiten zur Beratung stehen, muß jeder Bau vertreten sein. Die Kollegen der Firmen Tietel, Schöffel und Gärting sind hiermit besonders eingeladen.
193/10 Die Lohnkommission. J. A.: H. David.

Achtung! Puzer. Achtung!

Mittwoch, den 23. August 1899, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57:

Baudenputierten-Sitzung der Puzer

Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
Besprechung über den von dem Arbeiter-Gewerkschaftsbund ausgearbeiteten und übersandten Arbeitsvertrag.
191/3 Die Kollegen werden ersucht, von jedem Bau einen Deputierten zu entsenden.
Die Lohnkommission.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Vorträts sozialistischer Führer, Vorträge, Vorträge in Cigarrenspitzen, Weisen, Nadeln, Broschen, Knöpfen, Hüften Bildern u. dgl., sowie jede Drechlerwaare u. Repar. (Man verl. Preisfixant.

Möbel und Polsterwaren.

Großes Lager. Gebogene Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt
A. Schulz, Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung!

Fahrräder, Teilzahlung, konstante Bedingungen. (230000*)
Oranienstrasse 33, II.

Achtung! Rabitzpuzer und Plattenseker.

Mittwoch, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstr. 106.
Da die Angelegenheit sehr wichtig ist, ersuchen wir um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
252/15 Der Vorstand.

Einsegnungs-Anzüge 12-27 M

M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenstr. 4. am 26.

Bitte genau auf die Firma zu achten.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik

Gesamt-Lager, Berlin, Prinzenstr. 46, berichtet gegen Rücknahme garant. neue Bettfedern d. 90, 55 Pf., einzelne gelbbunnen d. 90, 55 Pf., bessere gelbbunnen d. 90, 55 Pf., vorzügliche Dunnen d. 90, 55 Pf.
— Von diesen Dunnen grünen 2 bis 4 Pfund zum großen Oberbett.
Versandung frei. Preis u. Proben gratis. Viele Anerkennungsbriefe.

5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.

H. Albrecht's Bäckerei
Oranienstr. 9. Krautstr. 19.
Faldenfelstr. 28. Laufferstr. 2.

Zahn-Klinik Vr. Dr. med. Schaper

beliebige Zahnärztliche
Frau Olga Jacobson, Dent.
Invalidenstr. 115.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler.

n. anderer gewerblicher Arbeiter. Eingetrag. R. 3 (Hamburg). Filiale Berlin D. (Moabit).

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 16. August unser Mitglied **Ferdinand Hübsch** gestorben ist und Sonntag, den 20. August, in Schwanenbühl beerdigt wurde. Ihre feinen Anwesenheit! 182/7 Die Kreisverwaltung.

Dankagung.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme und für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma Bernhard Joseph, sowie den Arbeitern und Kollegen aller Ortschaften meinen herzlichsten Dank.
204/8 Die trauernde Witwe Auguste Zarge nebst Kindern.

Kranzbinderi u. Blumenhandlung von 18090*

Robert Meyer,

No. 2. Mariannenstr. No. 2. Bildungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußer, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

Blumenhandlung und Kranzbinderi von 23010

Otto Knabe

19a Admiral-Strasse 19a empfiehlt Bildungskränze, Sträuße, Korollens, Topfgewächse aller Art.

Achtung! Rabitzpuzer und Plattenseker.

Mittwoch, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstr. 106.
Da die Angelegenheit sehr wichtig ist, ersuchen wir um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
252/15 Der Vorstand.

Einsegnungs-Anzüge 12-27 M

M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenstr. 4. am 26.

Bitte genau auf die Firma zu achten.

Sophastoffe

Sauch Reste in Nipp, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Plüsch (spottbillig!) 16090*
Probieren franco! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Berlin S., Oranienstr. 158.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt, Spezialarzt für

Haut- u. Harnleiden

Frauen-Krankheiten. Schöneberger Ufer 25. Spr. 9-1, 4-7. Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstr. 114, I.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Fahrräder, verpachtet gewesen, gebrauchte und neue erstklassige deutsche Fahrradrenner, Tourenräder, Damenräder, verkauft spottbillig Konzeptions-Verband, Neue Schönhäuserstr. 11. 75/14

Betten, Schlafbeden, Steppbeden

Portieren, Kleidungsstücke, Teppiche, Tischdecken, Reisekoffer, Regulatoren, Remontoiren spottbillig. Wandleite, Reanderstr. 6. 97/1*

Ruhbänke, ganze Wirtschaft,

wegen Beengnis spottbillig Waldemarstr. 68, I. links. 99/6*

Möbel, bear und Teilzahlung,

billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Köpenickerstr. 148*

Zahnbroschüre C. G. Kramer

jetzt Berlin O., Wallstr. 10. 1993b

Tafel-Margarine, allerfeinste Qualität,

täglich frisch, Grand 65 Pfennig, 5 Pfund 3 Mark. Geringere Marken und größere Quantitäten von 34 Pfennig an, frei ins Haus. 2. Wollenhauer, Margarine-Verbandgeschäft, Gipsstr. 20. 73*

Brillante Kapitalanlage, Haus,

zukunftreicher Gegend, elektrische Straßenbahn, nahe Bahnhof, hoher Ueberrück, unter Wert verkauft, Hypothek geregelt, Anzahlung 8000 Mark. Selbstkäufer - Offerten unter H. 3* an die Expedition dieses Blattes. 1743b

Weine im fünften Wahlkreis

legene Schankwirtschaft bin ich mitens zu verkaufen (1000 Mark). Näheres Dorff, Gipsstr. 27. 73

Verkauf.

Strickmaschinen, bestes Fabrikat, auch auf Teilzahlung. Gustav Brederer, Engel-Wer 20. 713*

Vermischte Anzeigen.

Stenographie.

Der Arbeiter-Stenographen-Verein „Stolze“ eröffnet neue Unterrichtskurse nach dem System „Stolze-Sören“: Montag, 28. August, Krause, Müllerstr. 7a; Dienstag, 29. August, Gruppe, Annenstr. 16; Donnerstag, 31. August, Jahn, Gräfenstr. 82, und Moabitier Klubhaus, Deusselstr. 9. Beginn 8 1/2 Uhr abends. Honorar incl. Lehrbuch 4 Mark. Erste Stunde unentgeltlich. 206/5

Elektra, Berliner Elektrotechnikum,

Prinzenstr. 55. Einzige und älteste Anstalt Berlins auf wissenschaftlich-praktischer Grundlage eröffnet am 23. August einen neuen Abendkurs für Elektromonteur. Anmeldungen persönlich. Prospekt gratis. 86/2*

Elektrotechnik. Neues Abendkursus,

Jachow, Alte Jakobstr. 24. 1993b

Gleisner's „Wedding-Kasino“, Saal

400 Personen fassend, ist für die Sommerabende im September und Oktober noch frei. Auch sind zwei Vereinszimmer mit Piano, 40-100 Personen fassend, zu vergeben. Schulstr. 29. 760*

Vereinszimmer, 40 Personen

fassend, frei. Gustav Ledewig, Kommandantenstr. 65, nahe Alte Jakobstr. 1962*

Elektrotechnik. Am 23. August

beginnt ein auf 5 Monate berechneter Abendkursus. Keine Vorkenntnisse. Vorzügliche Lehrmethode, glänzende Resultate. Prüfung, Abgangsgewinn. Stellenanmeldung. Anmeldung persönlich am Sonntag, Jachow, Alte Jakobstr. 24. 1991*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Maler, der als solcher auf ärztlichen Rat nicht mehr arbeiten darf,

sucht Beschäftigung, gleichviel. Zuschriften erbeten unter Z. 99 an J. Neul, Barnimstr. 42. 7150

Stellenangebote.

3.50 Feuerversicherung Bauenerstr. 3. 93/1*

Formen verlangt Bronzewarenfabrik Dresdenstr. 36. 98/11

Kräfte Arbeiter werden verlangt Torfftr. 34. 130/20*

Schlosser auf Apparate, genaue und zuverlässige Arbeiter, für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn gesucht. „Vogel“ Aktiengesellschaft, Badstr. 59. 942*

Radbauer, 4 tüchtige, finden

dauernde Beschäftigung auf Rantions-Löfde bei August Barmwalde, Spandau.

Parbiamacher bei hohem Lohn

verlangt Barnimstr. 41. 2093b

Bergolder und Weißbäcker

verlangt Goldleisenfabrik, Alexandrinerstr. 25. 2092b

Lehrling gesucht für unsere Firmen-

schilder-Fabrik, Goethe u. Steiner, Dresdenstr. 38. 2066b

Schneidergesellen auf Anoden-

paletts verlangen G. Vaaser u. Co., Brunnenstr. 84. 747

30 Ramfells, Anodenpaletts,

Jaden und Blasen, verlangen dauernd G. Vaaser u. Co., Brunnenstr. 84.

100 Ramfells auf Jodetts, Seide

zum Steppen gratis, Rump 1 Markt, verlangt Schulstr. 2. 20345b

Ramfells auf Jodetts, Schwarz,

Bernauerstr. 47e L. 1939*

Jodett-Arbeiterin auf gelbgrüne

und leicht verfarbte Sachen, 3-7 Mark Arbeitslohn, verlangt Bloch, Grüner Weg 12. 2000b

Arbeiterinnen verlangen Gebr. Siemens u. Co., Charlottenburg, Salzstr. 2. 1982b

Sämnchen, Halten, Näherinnen,

Bordteile, verlangt Jannuschek, Brunnenstr. 83. 747

Bernäherinnen auf Gageborten,

auch Lehrmädchen verlangt Thien, Tüftelstr. 24, vorn 2 Treppen. 743

Arbeiterinnen für Hülsen verlangt

Kaban, Alexanderstr. 25. 145/1*

Carion, Arbeiterinnen verlangt

Gebrüderstr. 45, Portier. 2065b

Am Arbeitsmarkt durch

besonderen Druck hervorgerobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Achtbare Herren,

welche den Verkauf eines leicht abzusetzenden Artikels gegen hohe Provision übernehmen wollen, werden um Entsendung ihrer Adresse unter U. G. 159 an Haassenstein & Vogler, A.-G., Magdeburg, gebeten. 107/3*

Preßergolder,

Preßergolderin sucht sofort Duraspapierfabrik Wilhelmstr. 29. 2045b

Achtung, Tischler!

In der Möbelfabrik von Siegel, Wasserstr. 14, haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang fernhalten! 108/12*

Achtung! Kistenmacher.

Wegen Differenzen ist der Zugang von Voigt, Melchiorstr., Drechsel, Barnimstr., und Einsporen, Reichenbergerstr., ferngehalten. 95/9

Achtung, Rixdorf!

In der Bauhilfsfabrik von Kurtzsch, Rixdorfstr. 6, sind die Forderungen nicht bewilligt. Zugang fernhalten.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Osten:

Robert Wenzels, Prandstr. 30, G. Vogel Wwe., Kopenstr. 83.

Chr. Schulz, Blumenstr. 14.

Nordosten:

J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:

D. Gahmann, Grünhägerstr. 65.

Karl Marx, Kasanien-Allee 95/53.

Emil Stolzenberg, Wienstr. 14.

V. Dehnel, Rixdorfstr. 24.

G. Vogel, Demminstr. 32.

H. Tich, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:

Karl Anders, Salzweidenerstr. 8.

Südwesten:

F. Chnefange, Bergmannstr. 23, G. II.

G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden:

Hans Vaake, Dresdenstr. 52/53.

F. Gutsmuth, Rottbuler Damm 8.

Südosten:

Frei Thiel, Esalingerstr. 35.

Aus England.

London, 17. August 1899.

(Ungeheuer über die Verschleppung der Transvaal-Krisis. — Die Abberufung des Generals Buller und dessen Ansicht über die Südafrikanische Liga. — Die strategischen Positionen an der Transvaal-Grenze. — Geringe Erregung der Londoner Bevölkerung. — Aufhebung englischer Genossenschafts-Produkte.)

Die Berichte über die Transvaal-Krisis wechseln mit jedem Tag. Bald heißt es, die Regierung der Boeren-Republik habe den Vorschlag Chamberlains zu Gunsten einer gemeinsamen Feststellung der neuen Wahlrechts-Reform angenommen, bald, sie habe eine allerneueste, die vorhergehende übertreffende Reform in Vorschlag gebracht, und dann wieder soll die englische Regierung selbst wieder ihre Forderungen geändert haben. Alle diese Gerüchte und Gegenberichte illustrieren nur die Verzögerungspolitik der Boeren, die offenbar hoffen, durch irgend einen Handstreich der Engländer ihre Position moralisch und materiell zu verbessern. Und daß man auf englischer Seite sehr ungeduldig wird, zeigt ein Blick in die englischen politischen Zeitungen. Selbst Blätter, die den Boeren sonst in jeder Weise die Stange halten, zeigen sich über deren jetzige Starrköpfigkeit sehr ungehalten. Hält die Boeren-Regierung ihre Weigerung, sich auf die vorgeschlagene Unterjochung einzulassen, aufrecht, so erleidet sie natürlich den das Handwerk sehr, die da sagen, die ganze Wahlreform sei Schwindel, der das Licht des Tages nicht vertrage.

Inzwischen zeigt die Abberufung des Generals Sir William Buller vom Oberkommando über die südafrikanischen Garnisonen, daß die Zukunft zum letzten Verwurfsgrund der Krönige in immer größerer Nähe rückt. General Buller hat sich wiederholt als außerordentlich boeren-freundlich geäußert, und als Vertreter Sir Alfred Milners hat er am 11. Januar dieses Jahres in einer Depesche an die heimische Regierung mit rüchhaltiger Offenheit erklärt, die Behauptungen der (englischen) Südafrikanischen Liga über Verleumdungen und Verachtungen von Engländern im Transvaal seien nur mit äußerster Vorsicht aufzunehmen. Was Chamberlain bezog, diesen Mann, dessen Ansichten ihm bekannt waren, im vorigen November mit dem Oberkommando am Kap zu betrauen, ist nicht recht ersichtlich — vielleicht daß hier eine höhere Gewalt, nämlich die Krönige, deren Machtwort in diesen Dingen viel gewichtiger ist und mit viel größerer Entschiedenheit gebraucht wird, als man es sich gemeinhin vorstellt, ihm diese Wahl aufzwang. Dies würde alsdann erklären, warum Chamberlain die vorerwähnte Depesche Bullers trotz ihres für die englische Partei im Transvaal so kompromittierenden Inhalts ins Blaue über die Transvaal-Angelegenheiten aufnahm. Denn mit ihrem Abdruck war, sobald die Verhältnisse sich zuspitzten, Bullers Verbleiben geradezu unmöglich.

Ich erwähne das als eine Konjektur. Der Zusammenhang der Abberufung oder des Rücktritts Bullers mit dessen Boerenfreundlichkeit aber wird allgemein zugestanden. General Forestier Walker, der an Bullers Stelle das Kommando übernimmt, hat mehr Erfahrungen mit Bezug auf die Kriegsführung in Südafrika als irgend ein anderer englischer Heerführer. Seine Wahl läßt über den Ernst der Situation keinen Zweifel.

Die Blätter beschäftigen sich denn auch immer ernsthafter mit den strategischen Fragen, die sich an einen Krieg in Südafrika knüpfen. Eine der verwundbarsten, wenn nicht die verwundbarste Stelle Englands in Südafrika ist offenbar die Diamantenstadt Kimberley. Ferner können die Boeren mit Leichtigkeit von der Wasser- und Nordwestgrenze ihres Landes aus überall die Eisenbahn, die von Kimberley nach Bulutwapa in Rhodesia geht, erreichen und zerstören und so diese Verbindung unterbrechen. Andererseits ist aber auch von dieser Seite her das Transvaal am leichtesten zugänglich. Im Grenzgebiet zwischen dem Transvaal und der Kolonie Natal ist der aus der Bodenformation sich ergebende strategische Vorteil entschieden auf Seiten der Boeren, und er wird noch bedeutend verstärkt, wenn der Orange-Freistaat mit dem Transvaal gemeinsame Sache macht. Daß die Regierung des ersteren beschlossen hat, den Van Reenen-Paß, der an der Westgrenze den Abstieg in das Gebiet von Natal beherrscht, mit Artillerie zu besetzen, wird von den Engländern als eine sehr bedrohliche Sache betrachtet. Ueberhaupt ist die Haltung des Orange-Freistaats von größter Bedeutung für die Anforderungen an die englischen Streitkräfte, und ein Zweifel über die Sympathien der Freistaatsbevölkerung für die Sache des Transvaal ist absolut ausgeschlossen. Selbst die an den Orange-Freistaat grenzenden Distrikte der Kapkolonie sind als absolut Transvaal-freundlich bekannt, so daß, wenn die vereinigten Boeren daselbst den ersten Angriff führen, sie sich wahrscheinlich mit Leichtigkeit der dortigen strategischen Position werden bemächtigen können. Diese und andere Thatsachen beleuchten einige der Schwierigkeiten, mit denen die Engländer zu thun haben werden, falls es doch zum Kriege kommt.

Noch aber wird man es als wahrscheinlich betrachten dürfen, daß die Boeren im letzten Moment nachgeben, denn auch für sie ist der Krieg keine Kleinigkeit. Nach einem heutigen Telegramm der „Times“ aus Pretoria wird es dort als fast sicher bezeichnet, daß der Chamberlain-Milnersche Vorschlag schließlich doch angenommen werden wird. Man weiß in Pretoria, daß die Krönige Victoria entschieden gegen den Krieg ist, aber die Erziehung von General Buller durch General Walker zeigt, daß ihr Einfluß seine Grenzen hat.

In der hiesigen Volksmasse läßt sich keine besondere Erregung pro und kontra herauserkennen. Der große Cricket-Match zwischen englischen und australischen Champions hat die letzten Tage die Masse des Publikums viel mehr interessiert, als der Handel mit Krüger. Es macht einen eigenartigen Eindruck, wenn man auf den Plakaten der Volksblätter mit Nischenbuchstaben ausgedruckt fand: „England auf die Probe gestellt“ und bei näherem Nachsehen fand, daß sich das auf den Ausgang des besagten Matches und nicht etwa auf ein Lebensinteresse der englischen Politik bezog. Die große Masse billigt die Politik der Regierung, soweit sie auf Erzielung von politischen Rechten für die längere Zeit im Transvaal niedergelassenen Engländer gerichtet ist, diejenigen aber, die Englands Recht auf ein derartiges Verlangen bestreiten oder es für unzulässig erklären, daß das große England der kleinen Boeren-Republik durch Drohungen Zugeständnisse abprecht, sind durchaus in der Minderheit. Vielleicht würden ihrer mehr sein, wenn nicht in der Bevölkerung die Ueberzeugung so stark verbreitet wäre, daß die Krönige gegen den Krieg ist.

Vor wenigen Tagen ist im Royal-Palast zu Sydenham die alljährliche Ausstellung von Erzeugnissen genossenschaftlicher Produktion eröffnet worden. Daß die englischen Konsumgenossenschaften über Produktionsunternehmungen großen Stils verfügen, ist bekannt, es sind Fabrikate ausgefertigt, die es in jeder Hinsicht mit den Erzeugnissen der großkapitalistischen Geschäfte aufnehmen. Eine besondere Gruppe von Ausstellern bilden die Teilhaberschafts-Genossenschaften, die in keiner direkten Abhängigkeit von Konsum-Genossenschaften stehen, wenn auch die meisten von ihnen ihren Hauptabsatz bei diesen finden. Der Titel „Teilhaberschaft“ (Co-partnership) bedeutet, daß die Arbeiter dieser Genossenschaften Teilhaber am Kapital, Gewinn und (bei den meisten) auch der Leitung des Geschäfts sind. Auch einige dieser Genossenschaften produzieren schon auf größerer Stufenleiter und mit anschließendem Kapital. Besonders stark sind sie in der Bekleidungsindustrie (Schuhe, Kleider etc.), ebenso gehören einige recht leistungsfähige Genossenschaftswebereien und eine Anzahl der (irischen) landwirtschaftlichen Genossenschaften dieser Genossenschaftskategorie an. Die Ausstellung wurde durch den gegenwärtigen Staatssekretär für Irland, Minister Gerald Balfour, eröffnet, dessen Rede mehr einem akademischen Vortrag über Aufgaben und Produktion glich, als einer Festansprache, aber gerade dadurch das besondere Gefallen der anwesenden Vorkämpfer, Freunde und Vertreter des Genossenschaftswesens erntete. Von den

irischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die außerordentlich schnell um sich greifen, — ihre Zahl beläuft sich jetzt auf 400 mit 40 000 Mitgliedern, — drückte Herr Balfour die feste Ueberzeugung aus, daß sie die irischen Kleinbauern in den Stand setzen würden, erfolgreich auf dem englischen Markt mit den Erzeugnissen landwirtschaftlicher Großbetriebe zu konkurrieren. —

Versammlungen.

Der Verband der in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von Berlin und Umgegend hielt am 14. August seine regelmäßige Mitgliederversammlung bei Feind, Weinstr. 11, ab. Mehrer hielt einen Vortrag über das Thema: „Gleiches Recht für alle.“ Eine Diskussion fand nicht statt. Sodann wurde Mattai als Revisor und Beschöner als 2. Schriftführer gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde noch etwas über die Lokalfrage diskutiert. Zum Schluß machte der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Mitgliederversammlung am 11. September bei Feind, Weinstr. 11, stattfindet.

Die Lohnbewegung der Möbelpolieranten stand auf der Tagesordnung einer stark besuchten Versammlung der Polieranten, die am Samstag im Englischen Hof, Rohlstr. 8, tagte. Berger sagte in seinen einleitenden Ausführungen: In den letzten zehn Jahren haben die Polieranten eine sehr trübe Zeit durchgemacht. Das Geschäft ging schlecht und die Löhne seien bedeutend gesunken. Jetzt mache sich eine Periode flotten Geschäftsganges bemerkbar, die Arbeitsgelegenheit sei so reichlich, daß zur Zeit fast gar keine arbeitslosen Polieranten vorhanden seien. Der Zeitpunkt sei günstig, um mit einer Verbesserung der Löhne vorzugehen. Eine schriftlich vorgenommene Umfrage unter den Kollegen der verschiedenen Werkstätten habe ergeben, daß mit wenigen Ausnahmen, alle Polieranten der Möbelbranche sich für den Eintritt in eine Lohnbewegung entschieden haben. Es sei anzunehmen, daß die Forderung: Neunstündige Arbeitszeit, 27 M. Wochenlohn und prozentuale Erhöhung der Accordpreise auf friedlichen Wege durchgesetzt werden können. Wenn das aber nicht der Fall sein sollte, dann würden die Polieranten auch vor den Notwendigkeiten nicht zurückstehen. Die kurze Diskussion, welche nun folgte, ließ erkennen, daß unter den Anwesenden vollkommene Einstimmigkeit über die Notwendigkeit einer Lohnverbesserung herrschte. Es wurde nun eine vorläufige Abstimmung vorgenommen. Diefelbe ergab, daß alle in Frage kommenden Werkstätten vertreten waren, und daß sich die große Mehrheit der Kollegen für den Eintritt in die Lohnbewegung erklärte. Eine einzelne Stimme war dagegen. Es wurde eine aus 18 Personen bestehende Lohnkommission gewählt und die Versammlung mit einem Hoch auf das Gelingen der Bewegung geschlossen.

Die Kollkutscher und Expeditionsarbeiter hielten am Sonntagabend in Cobus Festhale eine öffentliche Versammlung ab, die von etwa 1000 Männern und Frauen besucht war, so daß infolge des großen Andranges die Nebentüren und Büren geöffnet werden mußten, um allen Anwesenden Raum zu verschaffen. Dieser äußerst starke Zuspruch war ein erster Beweis für die Thatsache, daß die seit Jahren mit allen nur denkbaren Mitteln unternommenen Bemühungen die mehrere Tausend umfassenden Angehörigen dieses Berufes für die Organisation zu gewinnen, endlich einmal von Erfolg gekrönt waren. Bereits vor einigen Tagen war in einer Versammlung der Versuch gemacht worden, alle in diesem Beruf tätigen Personen aufzumitteln und für eine Lohnbewegung zu gewinnen. Eine in jener Versammlung gewählte Lohnkommission war beauftragt worden, das geeignete Material zu sammeln und die zu stellenden Lohnforderungen zu formulieren und der Versammlung zu unterbreiten. Redakteur Schumann, als Berichterstatter der Lohnkommission, schilderte in seinen kernigen Ausführungen, vielfach von lebhaftem Beifall unterbrochen, die übergroßen Anstrengungen sowie die äußerst traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, denen die Angehörigen dieser Berufe unterworfen sind. Von einer geregelten Arbeitszeit und entsprechenden Ruhepausen, wie in anderen Berufen, sei gar keine Rede, da Tag- und Nachtarbeit stets neben und aufeinander folgen, so daß sowohl den Ausführenden und Stallwächtern als auch den übrigen Arbeitern ein Familienleben fast gänzlich unbekannt ist, allen zusammen aber nur geringe unregelmäßige Zeit zur Ruhe und Erholung übrig bleibt, um sich auch als Mensch fühlen zu können. Die Müdigkeit der Kutscher, welche infolge dieser Anstrengungen und der mit dem ganzen Berufe verbundenen unregelmäßigen Lebensweise während der Fahrt einschlafen, seien auch die zahlreichen Unglücksfälle durch Ueberfahren etc. zuzuschreiben. Daher wolle man auch eine streng geregelte Arbeitszeit durchführen. Die Löhne sind geradezu jämmerlich, wenn man bedenke, daß die Kutscher fast durchweg gezwungen sind, ihre Nachzeiten in Wirtschaften einzunehmen. Wenn er aber nur 18 Mark Wochenlohn erhält, ist es undenkbar, als Familienwater zu existieren. Nur auf die üblichen Trinkgelder angewiesen zu sein, ist für die Geschäftsleute als Geber eine Plage und für den Kutscher als Nehmer eine Erniedrigung; daher sei auch die Vereitigung der Trinkgelder zu erstreben mit einer entsprechenden Lohn-erhöhung. Dafür könne man sehr gut den Ertrag aus dem Verkauf der leeren Kisten, Emballagen etc. verwenden. Die Auszahlung des Lohnes am Freitag sei gleichfalls zu fordern. Daß alle diese Forderungen berechtigt seien, habe eine Anzahl größerer Unternehmer durch Bewilligung derselben bereits anerkannt. Um aber, wie es bei der Firma Falod schon seit Jahren geschehe, den Nachregelungen, namentlich der Organisierten, vorzubeugen, ist auch die Bedingung gestellt, daß Nachregelungen infolge der Lohnbewegung unterbleiben. Allen Kutschern und Arbeitern aber müsse auch die Verpflichtung auferlegt werden, sich der Organisation, welche die ganze Lohnbewegung geschaffen, anzuschließen, dem „Verband der Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter Deutschlands“ anzuschließen.

Ferner sei es unbedingt erforderlich, daß auf allen Expeditions-höfen und den in Betracht kommenden Betriebsstätten sofort geeignete Vertrauensleute ernannt werden, deren Aufgabe es sein muß, alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse an Dreher in der Expedition des Verbandorgans „Der Kurier“ gelangen zu lassen. Die von der Lohnkommission aufgestellten Forderungen empfiehlt Redner am Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen zur Annahme in Form nachstehender Resolution: „Die am 20. August 1899 in Cobus Festhale tagende öffentliche Versammlung der Kollkutscher und Expeditionsarbeiter beschließt, an die vereinigten Spediture nachstehende Forderungen zu stellen: 1. Für die Kollkutscher einen Minimallohn von 22 M., nach einjähriger Thätigkeit 25 M. pro Woche; 2. für die Kollkutscher bei der Lohnzeit einen Minimal-Monatslohn von 75 M., nach einjähriger Thätigkeit 86 M., bezw. einen Wochenlohn von 18 resp. 21 M.; 3. Bezahlung der Ueberstunden von 9 Uhr abends ab mit 50 Pf. pro Stunde. Die Versammlung hält es ferner für unbedingt notwendig, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, und fordert infolge dessen von den vereinigten Spedituren, 4. daß in der Zeit vom 15. April bis 15. August, sowie vom 1. Dezember bis 1. Mai nach 7 Uhr abends, und in der Zeit vom 15. August bis 1. Dezember, sowie vom 1. März bis 15. April nach 8 Uhr abends kein Ausfuhr mehr auf die Tour geschickt werden darf; 5. Abschaffung der Stallwagen für die Kutscher; 6. für Bodenarbeiter wird verlangt für Tagelohn, für Nachtschicht zehnstündige Arbeitszeit, unterbrochen durch eine zweistündige Pause; ferner pro Ueberstunde an Wochentagen 35 Pf., Sonntagarbeit 50 Pf. pro Stunde, Anfangslohn 21 M., nach einem Jahr 24 M.; 7. Auszahlung des

Wochenlohnes am Freitag; 8. Nachregelungen dürfen wegen Vereitigung an der Lohnbewegung nicht stattfinden. Die Lohnkommission.“

In der Besprechung meldete sich Herr Montag als Groß-Spediteur zum Wort, um zu erklären, daß die Unternehmer ihre Millionen auch nicht so leicht verdienen, als man denkt, denn ein jeder müsse auch von früh bis spät arbeiten. (Stürmische Heiterkeit.) Er könne aber versichern, daß die Spediture, welche ebenfalls eine Kommission ernannt haben, bereit seien, die Forderungen anzuerkennen und zugleich mit der Lohnkommission zu verhandeln, so daß wohl alles zufrieden und zur Einigkeit führen werde! (Lebhafter Beifall.) Von einigen anderen Rednern wurden noch lebhaft Klagen über Mißstände im ganzen Beruf sowie bei einzelnen Unternehmern, die fast nur jüngere und billige Arbeiter beschäftigen, geäußert.

Nachdem Herr Montag noch mitgeteilt, daß die Kommission der Spediture am kommenden Freitag eine Sitzung behufs Beratung über die Forderungen der Arbeiter abhält, wurde man dahin einig, daß die Forderungen innerhalb dieser Zeit seitens der Lohnkommission den Unternehmern unterbreitet und in einer am Sonntag, 27. August, stattfindenden Versammlung über das Ergebnis Bericht erstattet werden soll. Bei etwaiger Ablehnung soll eventuell Arbeitseinstellung beschlossen werden. Hierauf wurde die Resolution im einzelnen wie im ganzen mit Begeisterung einstimmig angenommen. Dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter traten 142 Mann als Mitglieder bei. Mit einem begeisterten Hoch auf die Bewegung wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Die Maurer lokaler Richtung hatten sich am Sonntagvormittag bei Hoffmann in der Alexanderstraße zu einer Versammlung zusammengefunden. Zum Punkt 1 der Tagesordnung hielt Genosse Kehler einen Vortrag über Resolution und Socialdemokratie. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Vereinsangelegenheiten erstattet zunächst der Kassierer Bericht über das Stiftungsfest. Diefelbe brachte einen Ueberschuß von 84,98 M. Der Vorstand macht dann Mitteilung davon, daß er in den Fällen Knöpfchen und Diener, die ihm zur Regelung überwiesen worden sind, zu einem Ausschluß nicht kommen konnte. Denn Knöpfchen wegen eines früheren Streikbruchs ausgeschlossen werden sollte, müßte dies auch bei anderen Kollegen geschehen. Ebenso wenig könne Diener wegen der Accordarbeit ausgeschlossen werden, so lange die Kasser nicht offiziell gegen die Accordarbeit Stellung genommen haben. Die Versammlung billigt diesen Standpunkt. — Es liegt dann noch ein Antrag vor, diejenigen Mitglieder auszuschließen, welche zugleich dem Bund der Maurer- und Zimmermeister angehören. Der Antrag richtet sich gegen das Mitglied Reier, welcher selbstständig ist. Reier weist darauf hin, daß er seit 15 Jahren der politischen und gewerkschaftlichen Organisation angehört und immer seine Pflicht getan habe. Er habe stets Gemäßregelte bevorzugt, um dem Verein die Unterhaltungskosten zu sparen. Von anderer Seite wird ihm vorgeworfen, er benutze seine Mitgliedschaft im Verein dazu, den Arbeitgebern Zutrittsdienste zu leisten. Dies wird allgemein zurückgewiesen, da die Verhandlungen des Vereins ja öffentliche seien und auch sonst zur Kenntnis der Arbeitgeber gelangen können. Ueber den Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen. Nachdem noch eine Reihe von kleineren Angelegenheiten erledigt sind, wird die Versammlung geschlossen.

Die Glaser Berlin und Umgegend beschloßen in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung, die am Sonntag in den „Arminhallen“ tagte, in eine Lohnbewegung einzutreten und den Unternehmern in nächster Zeit folgende Forderungen zu unterbreiten:

A. Lohnarbeit: 50 Pf. Stundenlohn bei neunstündiger Arbeitszeit. Ueberstundenarbeit pro Stunde 60 Pf. Nachtarbeit in der Zeit von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens 1 M. pro Stunde. Die Lohnzahlung hat an den Sonntagen um 5 Uhr, an den Tagen vor den hohen Festen um 4 Uhr ohne Lohnabzug zu erfolgen.

B. Accordarbeit: Für gewöhnliche Bauarbeiten 25 Pf. pro Quadratmeter, für Klinkerarbeiten 40 Pf. pro Quadratmeter, für Dacharbeit 50 Pf. pro Quadratmeter. Unergewöhnliche Arbeiten nach Uebereinkunft, jedoch muß hierbei der Tagelohn gesichert sein. Ferner müssen die Fenster vom Boden in Lage bezw. Stundenlohn. Für Schürfraktionen nach baupolizeilicher Vorschrift hat der Arbeitgeber Sorge zu tragen.

Nach einer sehr langen, lebhaften Debatte, in der von mehreren Rednern die gänzliche Vereitigung der Accordarbeit befürwortet wurde, während andererseits die Ansicht zum Ausdruck kam, daß die Zeit hierfür noch nicht gekommen sei, stimmte die Versammlung dem vorgeschlagenen Tarif ziemlich einmütig zu. Im übrigen waren die Versammelten allgemein der Meinung, daß die Durchführung des Tarifs in der bevorstehenden sehr günstigen Konjunktur bei der nötigen Energie nicht allzu schwer fallen dürfte, zumal die geforderten Preise von verschiedenen Firmen bereits jetzt schon bezahlt werden.

Die Beschlußfassung über die Zeit, wann den Unternehmern die Forderungen unterbreitet werden sollen und über die weiteren Maßnahmen wurden einer Donnerstag, den 24. d. M., in den „Arminhallen“ stattfindenden Versammlung überlassen. Zunächst sollen überall Werkstätten-Vertrauensmänner, so weit dies noch nicht geschehen ist, gewählt werden, die ihre Adresse der Lohnkommission umgehend bekannt zu geben haben. Es wurde sodann darauf hingewiesen, daß jeder Glaser laut Beschluß der vorigen Versammlung verpflichtet ist, eine Sammelkarte von der Kommission zu entnehmen und 50 Pf. pro Woche an den Streikfonds abzuführen. Besonders soll aber dahin gewirkt werden, daß sich jeder Berufsgenosse der Organisation anschließt.

Ueber die Lohnbewegung der Einseher berichtete der Obmann, der Brauche in einer am Sonntag abgehaltenen Einseher-Versammlung: Die Bewegung entspreche nicht den Erwartungen. Bisher seien erst 22 Bewilligungen gemeldet. Es scheine, als ob ein großer Teil der Einseher nicht den Mut habe, ihre Forderungen zu stellen, wenigstens seien der Kommission erst sehr wenig diesbezügliche Mitteilungen gemacht worden. Weiter wurde bemerkt, daß der Verein der Einseher (Vokalorganisation) sich gar nicht um die Lohnbewegung kümmere. Ein Redner sagte auch darüber, daß Tischlermeister, welche bewilligt haben, Werkstatthalter auf Bauten schicken, damit sie dort in Lohn solche Arbeiten der Einseher ausführen, die den Meistern nach dem Einsehertarif zu teuer seien. Ferner wurde hervorgehoben, daß in den Verhandlungen zwischen der Kommission der Bautischler und der der Meister nur von den Forderungen der Tischler, aber nicht von denen der Einseher die Rede gewesen sei. Damit auch die Interessen der Einseher ausreichend vertreten werden, delegierte die Versammlung einen Einseher in die Kommission der Bautischler. — Ein Redner behauptete, die Mitteilung, welche der „Vorwärts“ in seiner Sonntagsnummer unter „Gewerkschaftliches“ druckte, wonach in der Werkstatt von Sommer in Charlottenburg die Forderungen bewilligt sein sollen, sei nicht richtig. Sommer habe bis jetzt noch gar nichts bewilligt. Die betreffende Notiz gehe auch nicht von der Organisation, sondern von einem der beteiligten Kollegen aus. Was in Nr. 189 des „Vorwärts“ über die Sommerische Werkstatt berichtet wurde, sei durchaus zutreffend.

Die Rüstmacher hielten am Samstag bei Stecher, Andreasstraße, eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab, um zunächst

*) Diese Mitteilungen sind der Redaktion von einer ganzen Anzahl Arbeiter der genannten Werkstatt zugegangen, die sich als Abonnenten unseres Blattes legitimierten.

zu dem Streik bei Voigt, Reichsstraße, Stellung zu nehmen. Wie berichtet wurde, hatte der Unternehmer ohne jedwede Veranlassung eine erhebliche Lohnerhöhung vorgenommen und haben die Verhandlungen, die von der Lohnkommission im Auftrage der Beteiligten mit Herrn Voigt geführt worden sind, kein Resultat gezeitigt. Die Arbeiter konnten sich diese Lohnerhöhung nicht gefallen lassen, und haben deshalb am Mittwoch einmütig die Arbeit eingestellt. Von den Ausständigen wurde auch das Verhalten der Polizei, die sich sofort der Firma zur Verfügung gestellt hat und den „Arbeitswilligen“ einen sehr weitgehenden Schutz gewährt, während sie den Ausständigen fortgesetzt Schwierigkeiten bereitet, einer herben Kritik unterzogen. Nach einer längeren Diskussion, in der das Vorgehen der Ausständigen von sämtlichen Rednern gut geheißen wurde, beschloß die Versammlung einmütig, den Streik als berechtigt anzuerkennen und die Streikenden moralisch und materiell zu unterstützen. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, nach welchem die Anfertigung von Arbeit für Voigt und auch für dessen Kunden in allen Werkstätten während der Dauer des Streiks verweigert werden soll.

Hierauf gab der Vertrauensmann die Abrechnung für das vergangene Halbjahr. Danach betragen die Einnahmen inklusive des alten Bestandes von 1089,82 M., insgesamt 3045,32 M., die Ausgaben, darunter 1761,25 M. Mahregelungs-Unterstützung vom 1. Mai und 512,50 M. Streik-Unterstützung, insgesamt 2474,40 M., jedoch noch ein Bestand von 570,92 M. verbleibt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und der Vertrauensmann entlastet. Sodann wurde beschlossen, dem Vertrauensmann ein Mandat von 1/2 Proz. der Einnahme zu erteilen. Als Vertrauensmann wurde Hr. Splinter und als Stellvertreter Schwanez wiedergewählt. Als Revisoren wurden Kubu, Sprung und Wittmann bestimmt. Hierauf berichtete Hr. Splinter über die bekanteten Vorgänge in der Berliner Gewerkschaftskommission betreffend den Abstimmungsmodus. Nach einer kurzen Debatte, in der das Vorgehen der Vertreter der großen centralorganisierten Gewerkschaften allseitig verurteilt wurde, beschloß man, die Dis-

ussion in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung fortzusetzen und dann endgültig zu entscheiden, ob die Beziehungen zur Gewerkschaftskommission abgebrochen und der Anschluß an die Geschäftscommission der Lokalorganisierten Gewerkschaften erfolgen soll. Unter „Beschwerden“ wurden die Zustände in der Werkstätte von Meißner, Spittelmarkt, kritisiert und der Lohnkommission aufgegeben, für eine Verringerung zu wirken. Nachdem noch zur baldigen Abrechnung der Sternwarte-Billets aufgefordert worden war, wurde bekannt gegeben, daß das Stiftungsfest Sonnabend, den 26. d. M. bei Stecher, Andreasstraße, stattfindet.

Der Verband der Schlächtergesellen Berlins und Umgegend hielt am Sonntag eine Versammlung ab, in der G. Straube über die Arbeiterbeschäftigung referierte. Der Redner lenkte zunächst die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die als völlig unzureichend und wie in seinen weiteren Ausführungen nach, daß auch diese Bestimmungen besonders im Schlächtergewerbe nur auf dem Papier stehen und fast nirgends die notwendige Beachtung finden. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der die verschiedenartigen Mißstände, unter denen die Schlächtergesellen zu leiden haben, geschildert wurden. Lange Arbeitszeit, äußerst niedrige Löhne, schlechte Schlafräume, ungesunde Arbeitsräume, die allen sanitären Anforderungen gänzlich fern liegen und unbillige Behandlung sind in diesen Berufen ganz besonders vorherrschend. Von den Rednern wurde auf einige Vorkommnisse verwiesen, woraus sich ergibt, daß oft ein großer Mangel an Reinlichkeit in den Schlaf- und Arbeitsräumen vorhanden ist. Außerdem wurde das Fehlen der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen kritisiert und verlangt, daß wenigstens die sanitären Kellertreppen, auf denen vielfach schwere Lasten auf und ab getragen werden müssen, eingegemauert erleuchtet werden, um zahlreiche Unfälle zu vermeiden. In nächster Zeit sollen mittels Fragebogen genaue Erhebungen über die Höhe der Löhne, Länge der Arbeitszeit und Beschaffenheit der Wohn- und Arbeitsräume veranfaßt werden. Ferner soll eine rege Agitation für den Verband entfaltet werden, um die Meister

zur Beseitigung der Mißstände veranlassen zu können. Der Verband, der trotz seines kurzen Bestehens schon ca. 300 Mitglieder zählt, hat sich unter anderen zur Hauptaufgabe gestellt: die Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen, Regelung der Arbeitsvermittlung durch unentgeltlichen Arbeitsnachweis, Unterstützung der Mitglieder und Gewährung von Rechtschutz, sowie Beseitigung der Mißstände im Beschäftigungswesen und Abschaffung aller der üblichen Verordnungen in Werkstätten und Fabriken, welche die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter illusorisch machen oder der Ehre und den Interessen der Arbeiter zuwiderlaufen. Das Verbandslokal für Berlin befindet sich bei Spiller, Rosenthalerstr. 57, für Rixdorf bei Meißner, Steinmeyerstr. 55.

Charlottenburg. Die hiesige Zählstelle des Verbandes der Maurer hielt Dienstag, den 15. August, abends in der Gambrius-Bräuerei eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab, in der Fritz Bufe als erster und A. Wild als zweiter Bevollmächtigter und W. Pantow als Schriftführer gewählt wurden. Als Delegierter in die Bauarbeiter-Vereinigung wurde Bernse gewählt. Strauß wurde als 2. Hilfskassierer bestimmt; er soll des Sonntags im Lokal von Wille, Bismarckstraße, Verbandsbeiträge entgegennehmen. Beim Restaurateur Prodelow im 7. Kommunal-Wahlbezirk soll eine Hilfs-Zählstelle des Verbandes errichtet werden. Hierauf erstattet Schulte Bericht über die Arbeiten der Aufsichtskommission; den Ausführungen des Redners wird größtenteils zugestimmt. Nachdem einem kranken Kollegen 30 M. Unterstützung bewilligt worden waren und der Kassierer aufgefordert hatte, Protokolle vom Verbandstage zu entnehmen, wurde die Versammlung mit dem üblichen Hoch geschlossen.

Geld-Bereinsung. Dienstag, 22. August, abends 8 Uhr, Königgräferstr. 111: Gesellschaftliches Zusammensein.
Berein der selbständigen Feuerschauer. Dienstag, abends 8 Uhr, bei Behrwalde: Außerordentliche Sitzung.
Adlershof. Am Donnerstag findet eine Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins statt. Vortrag des Generalsekretärs Gustav Gantzer über Unfall- und Invalidenversicherung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 22. August.
Neues Opern-Theater (Stoll).
Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Großmama. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Kanto. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Mikado. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Martha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Der Heiratmarkt. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelms-Theater.
Germinal oder: Der Streik der Bergarbeiter. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Rana. Anf. 8 Uhr.
Ostend. Die Kubanerin. Anfang 8 Uhr.
Neues. Historion. Hierauf: Der Kommerzienrat. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr.
Selle-Blanc. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Wolke. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sängerkapelle. Anfang 7 Uhr.
Vossage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Im Theater Das Land der Fjorde. Anfang 8 Uhr.

Opern-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstraße 132.
Täglich:
Die Kubanerin.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit. Im Garten: Benefiz für G. Felsch. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 5 Uhr.
Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Größter Saison-Erfolg!!!
Berlin lacht!
und das reizende **Presse-Ballett.**
Hierzu: Neues Spezialitäten-Programm. U. a. Robinson Baker-Trio, Japaneser Fuhushima Truppe, Warner-Amoros-Company etc. etc.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit dem Luftballett „Origoletis“.
*** Otto Rentler ***
Der Kosmograph Neueste Aufnahme.
Neu! Die Eröffnung Neu! des Dortmund Ems-Kanals am 11. August 1899 durch Se. Maj. d. Deutschen Kaiser.
Garten-Konzert 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kunstlerdank“, Unter den Linden 69.

Palast-Theater
früher **Feen-Palast, Burgstraße 22.**
Direktion: Winkler und Fröbel.
Sonnabend, 2. September:
Eröffnung
der durchweg wunderbar renovierten **Riefen-Brachträume.**
Grosses [72789] **Specialitäten-Programm.**
Vom Besten das Beste!
Sam 1. Male:
Spreng-Lokkden!
Große Original-Aufführung: **30 junge Chordamen**
können sich melden vormittags von 11-12 im Bureau des Palast-Theater, Burgstraße 22.

Victoria-Bräuerei
Lützowstraße 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Sommerliche Soiree der Norddeutschen Sängerkapelle
(Führmann, Horst, Walde).
Anf. Sonntag
vorm. 7, wochentags 8 Uhr.
Entrée 50 Pf. Sonntag 40 Pf.
Familienbillets 3 = 1 M.
Sonntag und
Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Räderdorfer Straße 71,
am Räderner Platz
Täglich: **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntag 4 Uhr. Entrée 20 Pf. Rinder 10 Pf. Sperrtag Nachh. 20 Pf. Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entrée 10 Pf. Rinder 10 Pf. Sperrtag Nachh. 10 Pf. Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sängerkapelle.
Germann Imbs, Direktor.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Neu! Neu!
Das urkomische **Bückerburger Bauern-Ensemble.**
Anfang der Vorstellung 6 Uhr abends.

CASTANS PANOPTICUM
Die sensationellen **lebenden Photographien!**
In Lebensgröße.
Die russische Damenkapelle „Mignon“ in moskowitzischen Kostümen.
Viele neue plastische Gruppen und Figuren.

Prater-Theater
Rahnen-Allee 7/9.
Täglich: **Dora Rosi.** Solistin mit Gesang u. Tanz u. Hugo Schulz. Musik von H. Kerben. Kostümbühne. Frau Lucia Sarow. Gebr. Millardo. Wrot. Duell. Tauma-Quartett, Gesang und Tanz. Die 3 Schönbrunn, humoristisches Bühnenstück. Die 4 Flaschen. Gyentris. Ballettgesellschaft Döring. Vendoro-Trio, Exerzieren am Hand-Tropfen. Daniel-Truppe, Pantomime. Konzert und Ball.
Entrée Sonntag und wochentags 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Reichshallen.
Garten resp. Saal
täglich:
Stettiner Sängerkapelle
(Weibel, Britton, Steich, Krone, Rischwayer, Schneider und Schrader).
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Entrée 50 Pf., Vorverkauf für die Wochentage 40 Pf. Num. Kalbo. 70 Pf. Sonntag 1 M. Ordre: Tage 1,50 M. Fremdenloge 2 M.
Jeden Freitag: Neues Programm.

R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen“
Konzertgarten u. Brachstraße
Sadstr. 16. Gesundbrunnen. Sadstr. 16.
Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstag:
Elite-Streich-Konzert.
Sonntags: **Großer Ball** im neuerbauten Saal.
Empfehle meine Konzerte zu allen Festlichkeiten.
R. Ballschmieders.

Achtung! Zimmerer. Achtung!
Sonnabend, den 26. August cr.:
Gr. Sommernachts-Ball
zur Feier des 6. Stiftungsfestes des **Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend**
in der **Brauerei Friedrichshain** (früher V. 108).
Die Nacht wird von Geist-Veranstaltungen unter Leitung des Musikdirektor Herrn Groß angeführt. — Die Damen werden von der Gesellschaft Sirzelewicz mit ihren humoristischen Vorträgen angeführt.
Um 1 Uhr: Kaffeepause. — Gr. Bandorchester. — Anf. des Konzerts 7 Uhr.
Tanz 8 Uhr abends. — Eintritt und Tanz: Billets 40 Pf.
Billets sind bei sämtlichen Bezirkskassieren des Vereins und in den mit Plakaten belegten Lokalen, sowie bei dem Vergnügungskomitee zu haben.
Um freundlichen Besuch ladet ein
Das Komitee:
Albert Höhle, Insterburgerstr. 4. Karl Pahlman, Pantow, Bollanstr. 15. Karl Höper, Charlottenburg, Kantstr. 114. Karl Fröhlich, Wobbit, Deulstr. 11. Emil Brandt, Waldemarstr. 67.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 14-15. Artistische Leitung: Paul Wildig.
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Ensembles.
Nur erstklassige Kräfte.
Georg Fischer (Vedersänger), Ernst Kühns (Charakterkomiker), Fritz Verra (Kofian-Soubrette), Charles Olton (Equilibrist), The Original Secars (Ruffelischer Akt), Mile. Marguerite mit ihren Kaffeetuben, Los Figanos (Instrumentalisten).
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entrée: Wochentags 30 Pf. | Entrée: Sonntags 25 Pf.
Numerierter Platz 40 Pf. | Numerierter Platz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. | Anfang der Vorstellung 6 Uhr.
In den Festhalten: Großer Ball.
Die Kaffeehäuser sind geöffnet. **Max Klem.**

Schweizer-Garten
Am Königsdör (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Jeden Mittwoch:
Großes Familien- und Kinderfest.
Auftreten des neuen Künstler-Ensembles.
Jeden Abend von 10-11 Uhr:
Robität. Der Robität!
Ober-Bonze von Kiautschou.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang in 3 Akten von J. Gieser. — Musik von Max Schmidt.
Volksbelustigungen aller Art. Im Saale: **Ball.**

Sanssouci, Kottbuser-Strasse 3a.
Während renoviert! 27792
Eröffnung:
Sonnabend, den 26. August, abends 8 Uhr.
Hoffmanns Norddeutsche Sängerkapelle.
Direktor: Adolf Hoffmann, Herrn Müller-Vihart, Rudolf Steinhilber, Hans Bar, Bruno Grünberger, Georg Reichel, Karl Reubardt, Theodor Wenzel, Emil Teich, Paul Wolfgang.
Gleichzeitig empfehle die Säle zu Festlichkeiten.

Cohns Festsäle, Beuthstrasse 20
Amt 1, 1722.
Empfehle meine Festsäle mit Bühne, von 100-1000 Personen fassend, zu Vermählungen und Festlichkeiten.
Sonnabende und Sonntage im September und Oktober noch zu haben.
22809
B. Niefs Flora-Säle, Weberstr. 17.
Sonnabende und Sonntage frei. 23062
Vereinigung 20-150 Personen. — Vermählungen etc.

Ging selbst zu bereiten
Es höchst einfach und hochpraktisch mit **Reichels Extrastarker Essig-Essenz.** Gibt sofort mit frischem Wasser den gesunden Speise-Essig und mit abgekochtem Wasser vorzüglichem Stimulans-Essig, von demselben Wohlgeschmack und Aroma wie guter Weineßig und ist viel besser, reiner und billiger wie anderer Essig. Dieser selbstbereite Essig ist absolut rein und klar, verdirbt nie und bleibt frei von Giftstoffen. In solchem Essig eingemachte Gerichte halten sich großartig. In Originalflaschen mit Reichels, jeder Teilstrich auf eine Weinschale voll. In 12 oder 6 Weinschalen Essig 1 M. u. 0,50. 23204
Die Selbstbereitung von Cognac, Rum und sämtlichen Liqueuren mit dem kombinirten Original Reichels Essenzen (Botanikalisch) geht nur mit meinem Namenzettel und einzig und allein nur direkt erhältlich bei **Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.** Amt IV, 3190. Verkaufsstellen nirgends. Zulassung durch meine Geisung frei Haus, auch einzelne Flaschen. Propaganda mit Rezepten gratis und franco, nebst Rezepten zu hochfeinem Eier-Cognac und köstlichem Rum-Kompott.
Zähne 2 M.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Zahnreinigung wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

W. Noacks Theater,
Bismarckstraße 16.
Täglich: **Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Ein lustiger Streich.
Poffe mit Gesang in 1 Akt von Strauss.
Das Blumenmädchen.
Bollschütz mit Gesang in 2 Akten von Johann Eißner.
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.
Seden Dienstag: **Seden Dienstag:**
Norddeutsche Sängerkapelle.
Biegler, Wolf, Hohenberg etc.
Entrée 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

H. Grupen Tanz-Institut,
Annenstr. 16 (früher Klubhaus).
Sonntags-Kursus per Monat 3 M.,
Dienstagabend-Kursus p. Monat 4 M.,
Säle und Vereinszimmer für Besprechungen u. Festlichkeiten. [23279]

Fahrräder
Stets großes Lager
erklafter Fabrikate auf Teilsahl.
ohne Preis-
höhung zu den
einfachsten Zahl-
bedingungen.
Rental gratis.
Adomeit & Landau
Lothringerstr. 48 I.
Dicht am Kolonnen Thor.
auf Teilszahlung.
J. Kellermann,
Prinzenstr. 97.
parterre, Eingang vom Platz 1*

Der Tod
ist ohne Gnade sicher allen Menschen
am Ende ihrer Existenz
sicher über die ewige
Concentration der Seelen
in Platonen zu 50 Pf.
1 M., 2 M., 3 M.
und
Vierfache 1 M. 500. Sperr-
Apparat 50 Pf. Leinwand
dennend jede Wiederkehr, dinst-
dingt Tapeten und Stoffe und
gerade alle Meter bis auf den
letzten Rest. Dinstzeit nirgends
findet. In 50 Pf. geruchlos und
nicht feuergefährlich. Der
Zeufel
holt auf der Stelle alle Schwaben
mit sich der ganzen Welt bei
der geringsten Verührung mit
„Poudre Nocturne“ (weißlich)
in Packeten zu 50 Pf., 1 M.,
2 M. und das Pfund 4 M.
Lohnt wie kein zweites Mittel
absolut sicher.
Einzig mögliche Ausrottung
und totale Vernichtung. Garan-
tie für radikalen Erfolg!
Glänzende Resultate sind
aus den fernsten Ländern.
Diese althergebrachten unüber-
trefflichen Spezial-Mittel sind
einzig und allein nur direkt zu
haben bei
Otto Reichel
Berlin SO., Eichenbahnstr. 4
gegenüber der Rathshalle.
Nirgends weiter! Alle Ver-
stellungen sofort frei nach jeder
Wohnung.
Nach außerhalb durch die Post.
Fernsprecher Amt IV, Nr. 3190.